

32. Sitzung

am Dienstag, dem 21. März 2006

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1240
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1240
Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung	1241
Sonstiger Eingang	1241

Fragestunde

1. Kulturwegweiser

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Spieß, Frau Koestermann, Perschau und Fraktion der CDU vom 22. Februar 2006 1241

2. Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur

Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Perschau und Fraktion der CDU vom 22. Februar 2006 1242

3. Gebäudesanierung und Energiesparen mit günstigen KfW-Krediten

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. März 2006 1248

4. Umweltkonzept „Green Goal“ und das Weserstadion

Anfrage der Abgeordneten Frau Garling, Kleen, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 14. März 2006 1248

5. Projekt „Zeit für Kinder“

Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Bartels, Karl Uwe Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU vom 14. März 2006 1250

6. Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Rahmen der Hilfe zur Erziehung (Kinder- und Jugendhilfegesetz)

Anfrage der Abgeordneten Crueger, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. März 2006 1251

7. Verkauf der Schule Otto-Braun-Straße

Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Köhler, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. März 2006 1252

Aktuelle Stunde

Keinen Eintritt für den Rhododendronpark!

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	1254
Abg. Frau Garling (SPD)	1255
Abg. Imhoff (CDU)	1256
Senator Neumeyer	1257
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	1259

Wahlalter bei Beiratswahlen auf 16 senken!

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
 vom 21. März 2006
 (Drucksache 16/487 S)

Abg. Bartels (CDU)	1260
Abg. Grotheer (SPD)	1262
Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen)	1264
Bürgermeister Röwekamp	1266
Abg. Grotheer (SPD)	1268
Abg. Perschau (CDU)	1269
Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen)	1270
Abstimmung	1270

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2003

Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2004
 (Drucksache 16/279 S)

Jahresbericht 2005 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2003 der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) des Rechnungshofes

vom 14. März 2005
 (Drucksache 16/303 S)

Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) für das Jahr 2003 (Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2004 - Drs. 16/279 S) und zum Jahresbericht 2005 des Rechnungshofes vom 14. März 2005 (Drs. 16/303 S)

vom 23. Januar 2006 (Drucksache 16/467 S)	1270
---	------

**Flächennutzungsplan Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001**

69. Änderung

- Huckelriede (Am Dammacker) -

(ehemals 83. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983)

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2006

(Drucksache 16/472 S)

Bebauungsplan 1808 A

für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen

Werdersee und Am Dammacker (zum Teil beiderseits)

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2006

(Drucksache 16/473 S)

Bebauungsplan 1808 B

für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen

Buntentorsdeich (einschließlich),

Am Dammacker (zum Teil einschließlich),

Werdersee,

Max-Eyth-Straße (zum Teil einschließlich) und

Niedersachsendam

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2006

(Drucksache 16/474 S) 1271

Bebauungsplan 2251

**für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Stapelfeldstraße, Waltjen-
straße (einschließlich, gerade Hausnummern 80 bis 138) und Lütjenburger
Straße (Verlängerung)**

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2006

(Drucksache 16/475 S)

Bebauungsplan 2276

**für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Ortstraße (gerade Haus-
nummern 8 bis 24), Liegnitzstraße (ungerade Hausnummern 55 bis 63) und
Stapelfeldstraße**

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2006

(Drucksache 16/476 S) 1272

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bildung 1272

Einhaltung von Geschwindigkeitsbegrenzung in Tempo-30-Zonen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 9. Juni 2005

(Drucksache 16/340 S)

Einhaltung von Geschwindigkeitsbegrenzung in Tempo-30-Zonen

Mitteilung des Senats vom 21. Februar 2006

(Drucksache 16/480 S)

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	1273
Abg. Kasper (SPD)	1275
Abg. Focke (CDU)	1276
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	1277
Bürgermeister Röwekamp	1278
Abstimmung	1280

**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadt-
gemeinde) für die Haushaltsjahre 2006 und 2007**

Mitteilung des Senats vom 28. Februar 2006

(Drucksache 16/481 S)

**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadt-
gemeinde) für die Haushaltsjahre 2006 und 2007**

Mitteilung des Senats vom 21. März 2006

(Drucksache 16/489 S) 1281

Umweltfreundliche Energieversorgung statt Kohlekraftwerk

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 7. März 2006

(Drucksache 16/482 S)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	1281
Abg. Imhoff (CDU)	1282
Abg. Frau Garling (SPD)	1284
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	1285
Staatsrätin Kramer	1285
Abstimmung	1286

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bau und Verkehr 1287

**Ortsgesetz zur Neuregelung der Kostenbeteiligung bei Angeboten der Förde-
rung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege**

Mitteilung des Senats vom 14. März 2006

(Drucksache 16/484 S)

Verbesserung der Ferienangebote in der Kindertagesbetreuung

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 21. März 2006

(Drucksache 16/488 S)

Abg. Dr. Schuster (SPD)	1287
Abg. Bartels (CDU)	1289
Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen)	1290
Abg. Dr. Schuster (SPD)	1292
Senatorin Röpke	1293
Abstimmung	1294

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 44

vom 14. März 2006

(Drucksache 16/485 S)	1295
-----------------------------	------

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Eckhoff, Dr. Schrörs, Frau Schwarz, Frau Wargalla, Frau Windler.

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 32. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe Jungseniorinnen und Jungsenioren vom Arbeiter-Samariter-Bund. - Ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Wahlalter bei Beiratswahlen auf 16 senken!, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21. März 2006, Drucksache 16/487 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Interfraktionell wurde vereinbart, diesen Antrag im Anschluss an die Aktuelle Stunde aufzurufen.

Ich stelle Einverständnis fest.

2. Verbesserung der Ferienangebote in der Kindertagesbetreuung, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 21. März 2006, Drucksache 16/488 S.

Auch hier muss gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Punkt außerhalb der Tagesordnung „Ortsgesetz zur Neuregelung der Kostenbeteiligung bei Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege“ zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. - Dann werden wir so verfahren.

3. Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2006 und 2007, Mitteilung des Senats vom 21. März 2006, Drucksache 16/489 S.

Ich gehe davon aus, dass diese Mitteilung des Senats noch während der heutigen Sitzung behandelt werden soll, und schlage Ihnen vor, sie mit dem Tagesordnungspunkt 16 zu verbinden.

Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch. - Dann werden wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

„Frühes Lernen - Kindergarten und Schule kooperieren“
Mitteilung des Senats vom 21. März 2006
(Drucksache 16/490 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Maitagung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Situation der sechsjährigen Grundschule
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Februar 2006
2. Trainingsmaßnahmen für Langzeiterwerbslose
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Februar 2006
Dazu
Antwort des Senats vom 21. März 2006
(Drucksache 16/491 S)

3. Nutzung von e-Government für bürgernahe, dezentrale Dienstleistungen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. März 2006
Dazu
Antwort des Senats vom 21. März 2006
(Drucksache 16/492 S)

III. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Unterschriftslisten für den Erhalt des Bereiches „Bürger-service“ im Ortsamt Osterholz

Diese Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

IV. Sonstiger Eingang

Bericht über eine zweitägige Informationsreise der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration nach Hamburg und Berlin

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes drei, Umzüge von stadtbremischen Behörden und Gesellschaften, und des Tagesordnungspunktes vier, Ortsgesetz zur Anpassung des Ortsrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes, sowie zur Verbindung der Tagesordnungspunkte fünf, sechs und sieben, es handelt sich hierbei um die Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2003, Jahresbericht 2005 des Rechnungshofes und Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses dazu, der Tagesordnungspunkte acht, neun und zehn, hierbei handelt es sich um die 69. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen sowie die Bebauungspläne 1808 A und 1808 B, des Tagesordnungspunktes elf, Bebauungsplan 2251, mit Tagesordnungspunkt zwölf, Bebauungsplan 2276, und der Tagesordnungspunkte 14 und 15, hierbei handelt es sich um die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung in Tempo-30-Zonen.

Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, bei den Tagesordnungspunkten fünf bis sieben auf eine Aussprache zu verzichten.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Außerdem möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktion der SPD die Große Anfrage „Beirätegesetz weiterentwickeln: Gesetzliche Grundlagen für Jugendbeiräte schaffen und Verfahrensrechte der Beiräte sichern“ mit der Drucksachen-Nummer 16/483 S zurückgezogen hat.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen sieben frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Kulturwegweiser**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Spieß, Frau Koestermann, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Dr. Spieß!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat spezielle, farblich von anderen Straßenschildern abgesetzte Wegweiser, die in anderen bundesdeutschen Städten den Weg zu Kultureinrichtungen weisen?

Welche Möglichkeiten sieht der Senat, diese „Kulturwegweiser“ auch in Bremen für die größten und wichtigsten Kultureinrichtungen aufzustellen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Neumeyer.

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Es ist beabsichtigt, die in Bremen vorhandene und nicht mehr zeitgemäße touristische Wegweisung zu erneuern. Mit der geplanten neuen Beschilderung wird dem Kraftfahrer der Weg zu Hotels, Busparkplätzen und dem Bereich der Kulturmeile gewiesen. Im Zusammenhang mit der Modernisierung dieser Wegweisung ist vorgesehen, zukünftig auch auf weitere Museen, Theater, einzelne Kultureinrichtungen, Freizeitstätten und Hotels zu weisen. Der Senat ist davon überzeugt, dass sich diese Wegweiser durch eine attraktive Gestaltung von anderen Wegweisern und Hinweisschildern unterscheiden müssen, um effektiv wirken zu können.

Zurzeit werden die Schilderanzahl und die Standorte für das neue touristische Wegweisungssystem ermittelt, um daraus die Kosten für die Erneuerung zu ermitteln. Die Fertigung und die Umsetzung des Systems sind von einer Entscheidung über die Mittel aus dem Aktionsprogramm 2010 abhängig, erst dann kann über die Finanzierung entschieden werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Ich begrüße erst einmal, dass Sie es doch positiv sehen, dass man eine solche Einrichtung schafft. Meine Frage bezieht sich darauf, dass Sie sagten, sie sollten sich abgrenzen, sie sollten eine andere Form haben. Können Sie das etwas konkretisieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Es gibt Entwürfe, die uns ein Designhaus entwickelt hat. Das sind rote, sehr auffällige und sehr moderne Schilder, die inhaltlich wunderbar dem Anspruch gerecht werden, aber wir müssen, wie gesagt, zunächst die Finanzierung absichern.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Sie sprachen es ja gerade an, dass Sie die Finanzierung abwarten wollen. Können Sie vielleicht einen Zeitraum sagen, in dem das ungefähr durchgeführt werden kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Die Schilder sind vom Design her beschrieben, die Standorte sind geprüft, die Anzahl der Schilder ist auch festgelegt. Das heißt, wir könnten in Produktion gehen, und zwar mit dem Haushaltsfortschritt und der politischen Beratung in der Deputation und in der Bürgerschaft.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Rohmeyer, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann beabsichtigt der Senator für Bildung und Wissenschaft, der Bildungsdeputation einen Sachstandsbericht über die Arbeit der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur zu geben?

Zweitens: Wer übernimmt nach der Kündigung des bisherigen Geschäftsführers der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur die Geschäfte der Gesellschaft?

Drittens: Beabsichtigt der Senator für Bildung und Wissenschaft, einen neuen Geschäftsführer für die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur einzustellen und falls ja, mit welchem Verfahren und mit welchem Zeithorizont?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senator für Bildung und Wissenschaft hat in der Sitzung der Deputation für Bildung am 22. Dezember 2005 erklärt, dass aufgrund der fehlenden Akzeptanz insbesondere auch im politischen Raum derzeit nicht die Voraussetzungen gegeben sind, Personal in die Gesellschaft überzuleiten, gegebenenfalls neues Personal einzustellen und die operativen Tätigkeiten aufzunehmen. Der Umbau- und Modernisierungsprozess des bremischen Bildungssystems ist daher zunächst in den vorhandenen Organisationsstrukturen fortzusetzen. Grundlage hierfür sind die beiden grundlegenden gutachterlichen Arbeiten zur Neuordnung des Landesinstituts für Schule, dem so genannten Tormin-Gutachten, und zur Neuverteilung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Gründung einer Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur, erstellt von der Unternehmensberatung Putz und Partner. Beide Gutachten sind in der Deputation für Bildung ausführlich vorgestellt worden.

Der Senator für Bildung und Wissenschaft wird einen zusammenfassenden Bericht zur weiteren Vorgehensweise in einer der nächsten Sitzungen der Deputation für Bildung einbringen.

Zu Frage zwei: Herr Hanno Humann, Mitarbeiter der senatorischen Behörde Bildung und Wissenschaft, ist im Nebenamt zum Geschäftsführer der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur mbH bestellt worden. Er hat keine operative Aufgabenstellung in diesem Amt.

Zu Frage drei: Die Einstellung eines neuen hauptamtlichen Geschäftsführers ist zurzeit nicht beabsichtigt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, können wir den Antworten eins bis drei entnehmen, dass in Ihrer Behörde über die Liquidierung der Gesellschaft nachgedacht wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist Ihre Interpretation! Ich denke, es ist ziemlich klar, dass wir Ihnen auch durch diese Antwort sagen, dass die Aufgaben, vor denen wir stehen, unbestritten sind, ob das jetzt durch die Infrastrukturgesellschaft gemacht wird oder mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Zu Ihrer Interpretation kann ich nicht sagen, ja, das ist so, sondern das ist Ihre Interpretation der Antwort.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, können Sie mir sagen, wer seinerzeit die Gründung der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur initiiert, gefordert oder gestützt hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, dass wir angesichts der dramatischen Haushaltsnotlage versucht haben, Wege zu finden, die sicherstellen, dass die Kinder in Bremen und Bremerhaven auch in Zukunft den guten Unterricht bekommen und nicht unter der Haushaltsnot leiden sollen, und da war es mir sehr wichtig, die zusätzlichen Haushaltsmittel zu bekommen, auch unter der Maßgabe, so eine Gesellschaft gründen zu sollen, die mit Außenansicht dazu führt, dass wir zu Minderausgaben kommen. Das war die Zielsetzung. Wer dort der Urheber war, weiß ich nicht so genau. Daran habe ich nicht so eine gute Erinnerung. Ich war es jedenfalls nicht.

(Abg. Perschau [CDU]: Ich kann Ihnen das sagen!)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Ich habe noch mehrere Zusatzfragen, Herr Präsident. Herr Senator, können Sie bestätigen, dass der seinerzeitige Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, der heutige Präsident des Senats, Böhrnsen, in mehreren Zeitungsartikeln, mir liegt hier einer vom 23. April 2004 vor, massiv die Gründung der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur gegen die berechtigten

Fragen der CDU in Schutz genommen hat? Ich will jetzt das Verlesen des Zitats in dieser Ausführlichkeit zurzeit noch nicht vornehmen. Er hat gesagt, dass es ein sehr durchdachtes und notwendiges Konzept sei und dass die CDU seinerzeit ja auch mit der Prüfung durch den Rechnungshof durchaus ein kritisches Verhältnis zur Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur hatte.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Was war jetzt bitte Ihre Frage?

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Ob Sie sich erinnern, dass zum Beispiel der SPD-Fraktionsvorsitzende, der heutige Präsident des Senats, die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur massiv vorangetrieben hat!)

Der damalige Fraktionsvorsitzende war meiner Erinnerung nach nicht derjenige, der das massiv vorangetrieben hat, sondern er war wie ich immer auch daran interessiert, dass unsere Kindern eine möglichst gute schulische Bildung bekommen. Daran kann ich mich sehr gut erinnern.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, wenn Sie jetzt sagen, dass Aufgaben, die eigentlich von der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur übernommen werden sollten, jetzt gegebenenfalls von der senatorischen Behörde für Bildung übernommen werden sollen, darf ich Sie da fragen, wieso das in der Vergangenheit nicht schon längst passiert ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Es ist in der Vergangenheit schon passiert, dass wir analysiert haben, wie wir etwas günstiger, schneller und effizienter machen können. Das haben wir aber auch in früheren Jahren, ohne dass wir überhaupt über die Bildungs-GmbH nachgedacht haben, schon vollzogen. Ich darf Sie nur an ein Projekt erinnern, das Sie die ganze Zeit sehr positiv begleitet haben, nämlich dass wir den Schwimmunterricht jetzt nicht mehr von ausgebildeten Schwimmlehrern praktizieren lassen, sondern von Schwimmmeistern in der Gesellschaft für öffentliche Bäder. Das ist genau so ein Projekt, für das wir keine GmbH benötigt haben, und da sparen wir etwa 30, 40 Prozent an Steuergeldern. Das ist der Beleg dafür, dass wir auch schon früher daran gedacht haben, aber es gibt eben Bereiche, wo das nur sehr zäh durchzuziehen ist, aber Schritt für Schritt kommen wir ganz gut voran. Es gibt genügend Beispiele, die

auf meinem Zettel noch für weitere Fragen stehen.

(Heiterkeit)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, es gibt eine Reihe von Vorschlägen, die der seinerzeitige Geschäftsführer der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur gemacht hat. Zum Teil sind es keine neuen Ideen, das wissen Sie genau wie ich. Warum sind sie in der Vergangenheit nicht schon längst von der Behörde umgesetzt worden, wenn es zum Teil fünf, sechs Jahre alte Ideen sind, wie zum Beispiel Effizienzgewinne bei Fremdreinigungen et cetera?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist einer der Punkte, die ich eben angesprochen habe. Wir haben bereits im Bereich der Fremdreinigung über 50 Prozent der Schulen, die wir jetzt mit Fremdreinigung und damit deutlich günstiger als mit eigenem Personal reinigen lassen. Das ist ein Prozess, der am Laufen ist. Ich darf des Weiteren auf die Sport- und Musikprojekte an unseren Grundschulen hinweisen, die wir ausschließlich mit Honorarkräften machen, wo wir Leistungen einkaufen und nicht mit eigenem Personal arbeiten. Viele Dinge, die wir dort von dem Geschäftsführer genannt bekommen haben, sind bereits umgesetzt. Deshalb sage ich es auch, es waren nicht unbedingt völlig vergebene Liebesmüh und vergebene Steuermittel, die wir dort ausgegeben haben, sondern ganz viele der Dinge, die von Putz und Partner, durch das Tormin-Gutachten und durch die Arbeit unseres Geschäftsführers angeregt worden sind, werden wir in Zukunft durchsetzen und haben wir bereits durchgesetzt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, können Sie beantworten, warum es die zugesagten quartalsmäßigen Berichte und die ständige Berichterstattung an die Deputation und den Haushalts- und Finanzausschuss et cetera nicht gegeben hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Dem Geschäftsführer ist das Leben in seinem neuen Amt nicht sehr leicht gemacht worden. In meiner Antwort steht auch, dass dem Mann gerade aus dem politischen Raum, aber auch aus anderen gesellschaftlichen Berei-

chen die Arbeit sehr schwer gemacht worden ist. Da kann man nicht erwarten, dass bei der Gründung einer solchen GmbH, die mit unglaublich vielen Problemen behaftet war, nun jedes Vierteljahr Erfolgsmeldungen herausgebracht werden können. Der Abschlussbericht ist so, dass wir gut damit weiterarbeiten können.

Ich glaube aber, wir sollten jetzt Abstand davon nehmen, eine GmbH, die operativ nicht mehr tätig ist, aufzufordern, jedes Vierteljahr einen Bericht abzulegen. Irgendwann wird es dann langweilig.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, können Sie sagen, wer im gesellschaftlichen und politischen Raum der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur das Leben schwer gemacht hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das sind sehr viele, und die möchte ich jetzt nicht alle aufzählen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, wenn Sie so etwas in eine Senatsantwort schreiben, werden Sie ja jemanden damit gemeint haben. Von daher möchte ich Sie schon bitten - es werden ja nicht 100.000 Gruppen sein, vermute ich -, dass Sie zumindest sagen, wer hier in Ihrer Senatsantwort gemeint ist.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Können Sie noch einmal das Zitat bitte vortragen, das Sie jetzt meinen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Das Zitat von Ihnen lautet: „Der Senator für Bildung und Wissenschaft hat in der Sitzung der Deputation für Bildung am 22. Dezember 2005 erklärt, dass aufgrund der fehlenden Akzeptanz, insbesondere auch im politischen Raum, derzeit nicht die Voraussetzungen gegeben sind“ et cetera.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Grünen!)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Sie beziehen sich jetzt konkret auf die fehlende Akzeptanz?

Präsident Weber: Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Auf das, was Sie eben auch noch einmal angeführt haben!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Die fehlende Akzeptanz von verschiedenen - ! Ich fange zunächst einmal mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meiner Behörde an, die keine große Motivation gezeigt haben, dort zu wechseln, unter schlechteren Bedingungen gegebenenfalls ihren Arbeitsplatz zu verändern. Das ist zunächst einmal die Basis. Dann habe ich gemerkt, dass es innerhalb der Deputation für Bildung immer wieder Fragestellungen gab, übrigens nicht nur von der Opposition, sondern auch aus den Reihen von CDU und SPD Nachfragen et cetera. Immer wieder ist es erschwert worden, diese Arbeit einzurichten. Ich hatte größte Probleme mit den Personalräten, ich hatte große Probleme mit der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, die auch entsprechende Fragestellungen an uns gerichtet haben. Von Anfang an war das sehr schwer durchzusetzen. Ich glaube, als kleine Einführung sollte das reichen!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Eine Abschlussbemerkung! Herr Senator, man kann feststellen, dass Sie nicht in der Lage waren, Beschlüsse des Senats, der Deputation und der Bürgerschaft umzusetzen. - Vielen Dank!

(Senator Lemke: Ich finde das reichlich dreist, lieber Herr Rohmeyer! Entschuldigung bitte! Unglaublich! - Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator Lemke, stimmen Sie meiner Aussage zu, dass es bei den Haushaltsberatungen nicht nur die SPD allein war, die die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur mit installiert hat, sondern dass auch die CDU der Einrichtung der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur zugestimmt hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Frau Stahmann, seit sechseinhalb Jahren mache ich in engstem Schulterchluss innerhalb dieser Koalition eine Bildungspolitik, die sich allein an den Interessen der hier lebenden Eltern ausrichtet, die uns ihre Kinder

anvertraut haben. Das, was mir eben unterstellt worden ist, hat mich schwer getroffen, Herr Rohmeyer!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ich möchte meine Frage wiederholen: War es auch die CDU, die die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur mit ins Leben gerufen hat?

(Zurufe von der SPD: Ja, eindeutig!)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wenn ich als Bildungs- und Wissenschaftssenator Dinge umsetze, dann machen wir das immer in engem Schulterchluss selbstverständlich mit unserem Koalitionspartner. Es gibt keine Entscheidung, die wir in der Deputation allein oder mit den Grünen getroffen haben.

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Das Parlament hat es gemacht!)

Das machen wir alles Gott sei Dank in sehr engem und vertrauensvollem Zusammenschluss mit der Koalition.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur hat ja letztendlich Regelaufgaben übernommen, die aus dem normalen Bildungshaushalt herausgelöst worden sind. Ist davon auszugehen, dass diese Regelaufgaben wieder in den Kernhaushalt, in den regulären Haushalt, zurückgeführt werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Selbstverständlich!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Pflugradt!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Senator, nachdem Sie die vierteljährlichen Berichte als langweilig abgetan haben, darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass der Haushaltsausschuss am 23. Juni 2004 einstimmig folgenden Beschluss gefasst hat: „Der Haushalts- und Finanzausschuss bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft, vierteljährlich über die realisierten Effizienzgewinne und

über die durch die Gesellschaft aufgezeigten weiteren Effizienzgewinne zu berichten. Der erste Bericht ist zum 30. November 2004 vorzulegen.“

Darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass Ihr Haus bis heute nicht in der Lage war, einen einzigen Bericht vorzulegen, dass dies mehrfach Anlass einer Diskussion im Haushaltsausschuss gewesen ist

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das stimmt ja gar nicht! - Zuruf des Abg. Dr. Sieling [SPD])

und dass es gerade erst letzten Freitag entsprechende kritische Anmerkungen gegeben hat?

(Zuruf: Das kann man ja nun nicht bestreiten!)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich habe Ihnen in sehr großer Ausführlichkeit berichtet, wie schwierig es war, diese Gesellschaft zu implementieren. Wir haben immer wieder innerhalb der Deputation berichtet, wie es um die Gesellschaft bestellt ist. Die Gesellschaft hat eigentlich nie richtig zu arbeiten begonnen. Sehr wohl haben wir im Rahmen von entsprechenden Vereinbarungen dafür gesorgt, dass die zur Verfügung gestellten Mittel ausschließlich und ganz zielführend in engster Absprache für bildungspolitische Projekte ausgegeben worden sind. Ich kann doch nicht eine Gesellschaft, die noch gar nicht richtig operativ arbeitet, ständig damit quälen, Berichte über Effizienzgewinne zu schreiben, die 2006 erbracht werden sollten. Das ist ja die Schwierigkeit, wenn ich über Effizienzgewinne berichten soll, dass ich dann schon 2005 berichten soll, wie diese Effizienzgewinne eventuell dargestellt werden können. Es ist ganz schwierig, hier dieser Berichtspflicht nachzukommen in einem Bereich, der von Anfang an unter einem ganz schlechten Stern stand.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass natürlich nachvollziehbar ist, was Sie eben ausgeführt haben, es aber auch sicherlich sinnvoll gewesen wäre, solche Zwischenberichte dann auch einmal dem Haushalts- und Finanzausschuss zu geben und dass man nicht einfach so die Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses übergehen kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wann immer wir entsprechende Aufforderungen bekommen haben, haben wir, hoffe ich, geantwortet. Wenn es so ist, dass wir

Ihnen irgendwo noch eine Antwort schuldig sind, werde ich das überprüfen lassen, Herr Pflugradt, und dann werden wir dieser Bringpflicht auch nachkommen. Ich darf noch hinzufügen, hier in der Antwort steht ja „in einer der nächsten Sitzungen“, aber wir haben intern festgelegt, dass wir am 18. Mai aus meiner Sicht den Abschlussbericht über die GmbH der Bildungsdeputation zur Kenntnis geben werden, und selbstverständlich werden wir Ihnen das dann auch zuleiten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Herr Senator Lemke, stimmen Sie mir zu, dass es schwierig ist, von einer Gesellschaft, die überhaupt noch nicht operativ tätig ist, Berichte zu geben oder erstellen zu lassen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Da stimme ich Ihnen voll zu!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Stimmen Sie mir auch zu, dass wir nicht nur in der Bildungsdeputation, sondern auch im Haushalts- und Finanzausschuss detailliert über die Verwendung der Mittel der Bildungs-GmbH informiert worden sind und erst am letzten Freitag dann sozusagen auch den Abschlussbericht bekommen haben? Es wurde daraus ersichtlich, dass noch 2,93 Euro übrig sind.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Da stimme ich Ihnen inhaltlich voll zu. Das ist richtig. Das ist für alle Abgeordneten sehr transparent und sehr offen dargestellt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Stimmen Sie mir auch zu, dass bei der Gründung der Bildungs-GmbH von vornherein Effizienzgewinne unterstellt wurden, die derart eingestellt wurden, dass die Haushaltsanschlüsse 2006/2007 entsprechend für das Bildungsressort reduziert und sie nicht in Abhängigkeit von konkreten Effizienzgewinnen gesetzt wurden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist genau so, wie Sie es gesagt haben, vollzogen worden!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir haben uns jetzt sehr lange darüber unterhalten, wer alles an der Gründung der Gesellschaft schuld gewesen ist oder nicht oder was mit Berichten gewesen ist. Stimmen Sie mir zu, dass es jetzt eigentlich allein auf die Frage ankommt, wie wir von dieser Gesellschaft schnell wieder wegkommen und wer die Verantwortung dafür trägt, dass diese Gesellschaft so schnell wie möglich aufgelöst wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Mich verwundert ein bisschen der Stellenwert dieser Debatte. Wenn wir das alles zusammenrechnen, was das Tormin-Gutachten gekostet hat, das Gutachten von Putz und Partner und die Bestellung des Geschäftsführers für ein halbes Jahr - ich glaube, es waren ungefähr sechs bis sieben Monate -, dann liegen wir ungefähr bei 50 Prozent der Verteuerung der Wachmannstraße, und wenn ich mir das vorstelle, verstehe ich nicht ganz genau den Stellenwert dieses Themas in unserer Stadt.

Wir haben ausschließlich überprüft, mit all diesen Maßgaben, wie wir die Steuergelder effizienter zu den Kindern bringen können. Da, glaube ich, sind viele Fragen leichter zu beantworten, nachdem wir diese Gutachten haben. Wir setzen sie durch, wir schaffen es, den Gürtel noch enger zu schnallen, aber der Stellenwert, den Bildung für die Kinder besitzt, darf dadurch nicht Schaden nehmen, und ich finde es nicht richtig, dieser Frage der Bildungs-GmbH - -. Vielleicht ist es ja schon das, was ich heute Morgen in den Nachrichten gehört habe, der beginnende Wahlkampf. Dann graut mir aber ein wenig davor, wenn es jetzt 14 oder 15 Monate auf dieser Ebene weitergeht. Das wäre furchtbar. Wir sind doch an konstruktiven Dingen interessiert, die das Land voranbringen und uns jetzt nicht 14 Monate lähmen sollten. Das ist so eine Frage, die ich zurückstelle.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Die in dem Gutachten getroffenen Feststellungen sind ja tatsächlich unstrittig und können sofort umgesetzt

werden, und zwar ohne die Beteiligung dieser Gesellschaft. Das haben Sie ja auch vorhin gesagt. Wann können wir damit rechnen, dass die Bildungsgesellschaft als solche aufgelöst wird, beziehungsweise welches Interesse besteht noch für Bremen, an der Beteiligung an dieser Gesellschaft festzuhalten? Es ist ja auch schon aus Haushaltsgründen erforderlich, dass man ein besonderes Interesse haben muss, wenn man an einer Gesellschaft beteiligt werden soll.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Diese Gesellschaft ist im Augenblick, wenn ich das etwas salopp sagen darf, auf Eis gelegt. Sie kostet den Steuerzahler keinen Pfennig Geld. Der Geschäftsführer, der im Augenblick eingesetzt ist, arbeitet nicht operativ, sondern da ist nur ein Name benannt, der die Geschäfte formal führen sollte. Er führt sie aber nicht, sondern alle Leistungen werden wie bisher vom Haus des Senators für Bildung umgesetzt. Wir bemühen uns, aufgrund der Vorgaben und der vielen Fragen, die beantwortet sind, effizienter zu werden. Das ist ein furchtbar anstrengender Prozess, der manchmal auch über die Schmerzgrenze hinausgeht, was wir auch dem Bürger zumuten müssen. Es ist aber alles zielgerichtet, in der Bildung effizienter zu arbeiten. Es entsteht kein Schaden, es entstehen keine unnötigen Kosten, und wir denken im Augenblick nicht daran, dieses Konstrukt wieder zu beleben.

Es macht aber auch keinen Sinn, jetzt mit Aufwand das alles ganz zu beerdigen. Vielleicht, theoretisch, kommt uns eines Tages die Erleuchtung, diese GmbH wieder zu beleben, sie neu einzusetzen. Dann ist es schlau, wenn man sie schon bestehen hat. Das machen übrigens ganz viele Gesellschaften so, dass sie nicht komplett abgewickelt werden, sondern dass man den Rahmen bestehen lässt, um ihn eines Tages wieder zu nutzen. Da uns das nichts kostet - so hat es mir mein Haus jedenfalls gesagt -, finde ich es ausgesprochen schlau, sich so zu verhalten. Es entstehen dadurch keine zusätzlichen Kosten für das Haus.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

(Senator Lemke: Aber das war immerhin rekordverdächtig, oder, Herr Präsident?)

Ich gebe Ihnen da Recht!

Bevor ich die nächste Anfrage aufrufe, darf ich auf den Besucherrängen ganz herzlich unsere ehemaligen Abgeordneten Gerdes und Willers begrüßen, die wahrscheinlich zur heutigen Aktuellen

Stunde hier erschienen sind. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Gebäudesanierung und Energiesparen mit günstigen KfW-Krediten**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

In welcher Form plant der Senat, die für den Sommer 2006 angekündigten Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen des Gebäudesanierungsprogramms für die energetische Sanierung von Schulen und Kindergärten in der Stadt Bremen in Anspruch zu nehmen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Das Bundeskabinett hat die KfW im Februar dieses Jahres beauftragt, im Rahmen des schon seit längerem laufenden CO₂-Sanierungsprogramms nunmehr auch Kommunalkredite für die energetische Sanierung vor allem von Schulgebäuden und Kindergärten bereitzustellen. Die genauen inhaltlichen und formalen Rahmenbedingungen sollen im Mai 2006 bekannt gegeben werden.

Das Kreditvolumen wird sich voraussichtlich auf etwa 1,4 Milliarden Euro jährlich belaufen. Der Zinssatz soll um zirka zwei Prozentpunkte unter den üblichen Konditionen des CO₂-Sanierungsprogramms liegen. Angedacht ist darüber hinaus eine weitere Zinsverbilligung für strukturschwache Gebiete. Nach jetzigem Kenntnisstand stellt dieses Angebot eine attraktive Option zur Finanzierung von Energiesparmaßnahmen im Bestand kommunaler Gebäude dar.

Sobald die genauen Förderungsvoraussetzungen von der KfW bekannt gegeben werden, wird der Senator für Finanzen zusammen mit der GBI und dem Senator für Bau, Umwelt und Verkehr die Einsatzmöglichkeiten prüfen. Energiesparmaßnahmen werden sowohl bei der Sanierung von

Gebäuden als auch bei der Bauunterhaltung durchgeführt, so dass Potentiale für die Inanspruchnahme der verbilligten KfW-Kredite grundsätzlich vorhanden sind und nach Möglichkeit auch ausgeschöpft werden. Eine erste Ermittlung der GBI hat ergeben, dass bei der Gebäudesanierung 2006 energetische Aspekte bei zahlreichen PCB-Sanierungen und Gesamtsanierungen von Bedeutung sind. Die Sanierung von Heizungsanlagen, Fassaden, Dächern und Fenstern macht bei dem noch zu beschließenden Gebäudesanierungsprogramm 2006 Beträge von über zehn Millionen Euro aus. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Eigentlich habe ich nur eine Nachfrage. Habe ich Sie also richtig verstanden, dass Sie möglichst frühzeitig alles in die Wege leiten, um an diesen günstigen Krediten zu partizipieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Wir halten das für vergünstigte Kredite und damit für eine interessante Option, Frau Mathes. Natürlich müssen wir auch immer im Hinterkopf behalten, dass es Kredite sind. Es ist kein geschenktes Geld, und auch vergünstigte Kredite muss man zurückzahlen. Insofern nutzen wir natürlich immer die besten Refinanzierungsmöglichkeiten. Es scheint so zu sein, dass die, wie gesagt, zwei Prozentpunkte unter den üblichen Refinanzierungsmöglichkeiten für CO₂-Maßnahmen liegen. Die spannendere Frage ist natürlich, wie das Volumen sein wird.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über das **Umweltkonzept „Green Goal“ und das Weserstadion**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Garling, Kleen, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Garling!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat das Umweltkonzept „Green Goal“ im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft 2006?

Zweitens: Inwieweit hat der Senat bereits jetzt Umweltgesichtspunkte beim Sport, insbesondere auch beim bisherigen Ausbau des Weserstadions, berücksichtigt?

Drittens: Sieht der Senat Möglichkeiten, Gedanken des „Green-Goal“-Konzeptes beim weiteren Sportstättenbau zu berücksichtigen?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: „Green Goal“ ist das erste Umweltkonzept für eine Sportgroßveranstaltung, das quantifizierte Ziele vorsieht. Schwerpunkte wurden in den Bereichen Wasser, Abfall, Energie und Mobilität gebildet. Dabei bleibt es den WM-Stadionbetreibern und WM-Städten überlassen, auf welchen Umweltbereich sie vor Ort den Schwerpunkt setzen. Die einen konzentrieren sich auf Wassersparen im Stadion, andere wollen ihren Strom- und Wärmeverbrauch senken und erneuerbare Energien nutzen, einige WM-Städte engagieren sich für Abfallvermeidung oder ein umweltverträgliches Verkehrssystem. Damit leistet jedes WM-Stadion und jeder Austragungsort mit seinen ganz spezifischen Maßnahmen einen wichtigen Beitrag, damit die Umweltziele von „Green Goal“ erreicht werden können.

Der Senat begrüßt das „Green-Goal“-Projekt. Es bietet die Möglichkeit, im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft viele Menschen über den Sport zwanglos auf die Belange des Umweltschutzes aufmerksam zu machen und ihnen die nachhaltige Entwicklung nahe zu bringen.

Zu Frage zwei: Bremen ist leider keine WM-Ausrichterstadt. Die Ansätze des „Green-Goal“-Konzeptes wurden in den bisherigen Ausbaustufen des Weserstadions auch nicht explizit berücksichtigt. Dennoch wurden natürlich so weit wie möglich wasser- und energiesparende Bauweisen verwendet, allein um die Betriebskosten niedrig zu halten. Dies gilt insbesondere für den Mantelbau an der Nordgeraden. Zur Abfallvermeidung werden so weit wie möglich Pfandsysteme eingesetzt. Zur Verbesserung der Umweltverträglichkeit der stadionbezogenen Verkehre wurde im Jahr 2003 von Werder Bremen und VBN ein Kombiticket für das VBN-Gebiet eingeführt, das von den Besuchern sehr gut angenommen wird. Zudem wird unter Federführung des Bauressorts an der Ausweitung der Park-and-ride-Kapazitäten gearbeitet.

Im Falle von weiteren Ausbaumaßnahmen am Weserstadion wird geprüft werden, ob die Ansätze des „Green-Goal“-Konzeptes weitere Anwendung finden können, zum Beispiel im Bereich

Photovoltaik. Es ist weiterhin darauf hinzuweisen, dass – auch als Ergebnis aus dem Moderationsverfahren Pauliner Marsch – Baumpflanzungen und Entsiegelungen, zum Beispiel durch die Schaffung eines Bürgerplatzes am Deichfuß, vorgenommen wurden, die über das notwendige Maß hinaus gingen.

Zu Frage drei: Der Senat ist davon überzeugt, dass Gedanken des „Green-Goal“-Konzeptes beim weiteren Sportstättenbau geprüft und so weit wie möglich berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Reduzierung des Wasserverbrauches, der größtmöglichen Vermeidung von Abfällen und der Nutzung von Einspar- und Effizienzpotentialen beim Energieverbrauch. Im Übrigen geht der Senat davon aus, dass bereits in der Vergangenheit im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten sparsam mit Energieressourcen umgegangen wurde. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Herr Bürgermeister, glauben Sie, dass „Green Goal“ lediglich einen Aufschlag im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft darstellen soll, mit dem lediglich langfristig Umwelt- und Energiefragen bei Sportstätten berücksichtigt werden sollen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: „Green Goal“ ist insoweit sicherlich eine Unterstützung. Ich gehe davon aus, dass nicht nur Bremen, sondern alle Bundesländer, nicht nur aus betriebswirtschaftlichen, sondern insbesondere auch aus ökologischen Gründen bei bisherigen Infrastrukturmaßnahmen sehr genau darauf geachtet haben, hier energiesparend und umweltverträglich zu wirtschaften und zu haushalten. „Green Goal“ ist die einmalige Gelegenheit, aus Anlass eines großartigen Sportereignisses die Aufmerksamkeit auch auf solche Maßnahmen zu lenken und das Bewusstsein weiter zu schärfen, und das unterstützt der Senat nachdrücklich.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Ist der Senat der Auffassung, dass es Sinn machen würde, grundsätzlich ein Umwelt- und Energiekonzept für den Bau, Umbau und Betrieb von Sportstätten zu entwickeln, an dem sich sowohl große als auch kleine Betreiber von Sportstätten orientieren können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Das wird zu prüfen sein. Sie können davon ausgehen, dass wir bei jeder Infrastrukturmaßnahme, die wir durchführen, sehr genau darauf achten, dass wir auch mit unseren Ressourcen, nicht nur mit den finanziellen, auch gerade mit den ökologischen, sparsam umgehen. Ob es für die ganz unterschiedlichen Bandbreiten von Sportstätten einheitliche Konzepte geben kann, wird zu prüfen sein.

Ich weiß sehr genau, dass wir zum Beispiel bei der Modernisierung oder beim Neubau insbesondere von Dusch- und WC-Einrichtungen sehr genau darauf achten, dass wir beispielsweise mit Wasserverbräuchen außerordentlich sparsam umgehen. Die Träger der Sporteinrichtungen haben ein originäres Interesse daran, den Wasser- und Energieverbrauch entsprechend gering zu halten. Das berücksichtigen wir bei jeder Sparmaßnahme. Einen generellen Katalog kann es dafür, glaube ich, nicht geben, aber wir werden es gern noch einmal prüfen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf das Projekt „**Zeit für Kinder**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Ahrens, Bartels, Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Ahrens, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat das Projekt „Zeit für Kinder“ der evangelischen Familien-Bildungsstätte, Fabi, in Hannover, das Eltern zum Beispiel in der Zeit nach der Geburt eines Kindes kurzfristig, unter anderem durch den Einsatz ehrenamtlicher Helfer, unterstützt, wenn den Eltern die Neuorganisation des Lebens schwer fällt?

Zweitens: Inwieweit hält der Senat dieses Projekt für eine sinnvolle Ergänzung des bisher schon vorgehaltenen Angebotes in Bremen?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, ein solches Projekt wie in Hannover auch in Bremen anzustoßen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die heutigen Familienstrukturen und die Anforderungen, vor denen Familien stehen, sowohl mit kleinen als auch mit älteren Kindern, erfordern häufig sowohl externe Unterstützungsleistungen als auch Hilfen zur eigenen Kompetenzentwicklung als Eltern. Darauf hat die Stadtgemeinde Bremen mit vielfältigen Programmen und Angeboten reagiert. Genannt werden können hier unter anderen die Angebote der Häuser für Familien, der Mütterzentren, der Familienbildungsträger, der Kirchengemeinden, des Gesundheitsamtes, des Jugendamtes und auch von freien Trägern der Wohlfahrtspflege.

Der Ansatz der evangelischen Familien-Bildungsstätte in Hannover, Frauen zu gewinnen, die junge Familien in den ersten Monaten nach der Geburt eines Kindes ehrenamtlich unterstützen, kann durchaus als eine sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden Programmen gesehen werden, zumal in Bremen mit einem Patenschaftsmodell auch schon positive Erfahrungen für bestimmte Zielgruppen vorliegen. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales wird prüfen, inwieweit ein Ansatz der ehrenamtlichen Unterstützung von jungen Familien aufgenommen und in Bremen umgesetzt werden kann. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ist Ihnen das Projekt „Familie im Stadtteil“, FiS, das jetzt zum 1. Januar 2006 in Bremerhaven im Stadtteil Lehe gestartet ist und sich inhaltlich mit dem gleichen Schwerpunkt beschäftigt, bekannt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Es ist mir bekannt, aber ich hatte noch keine Gelegenheit, es mir persönlich vorstellen zu lassen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Sie sagten eben, dass Sie das prüfen würden. Könnten Sie sich vorstellen, wenn die Prüfung abgeschlossen ist, Träger zu gewinnen, dies auf ehrenamtlicher Basis als zusätzlichen Baustein, der in diesen Bereich, den Sie eben erwähnt haben, mit eingefügt wird und das Ganze ja sinnvoll ergänzen würde, mit aufnehmen zu lassen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Prüfung heißt ja, dass wir erst einmal schauen, ob es überhaupt geeignet ist,

das hier in Bremen zusätzlich einzubauen in unser jetziges Unterstützungssystem. Sollten wir zu dieser Bewertung kommen, kann ich mir sehr wohl vorstellen, dass wir auch freie Träger dafür motivieren können, sich da einzubringen. Da haben wir sicherlich sehr engagierte Menschen, die das in solch einem positiven Fall dann mit unterstützen würden.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Rahmen der Hilfe zur Erziehung, Kinder- und Jugendhilfegesetz**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Crueger, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie wird in Bremen der Paragraph 27 Absatz 3 des SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfegesetz, umgesetzt, der insbesondere die Gewährung pädagogischer und damit verbundener therapeutischer Leistungen vorsieht?

Zweitens: Welche Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen werden für die Jugendlichen angeboten?

Drittens: An welche Anlauf- und Beratungsstellen können sich die Jugendlichen wenden, um diese Hilfen in Anspruch zu nehmen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Pädagogische und damit verbundene therapeutische Leistungen werden in der Stadtgemeinde Bremen als ambulante Hilfen im Rahmen des Leistungssegmentes „Heilpädagogische Einzelmaßnahme“ durch Träger der freien Jugendhilfe in Kooperation mit den kommunalen Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und deren Familien, Erziehungsberatungsstellen, und den ambulanten Diensten erbracht. Bei Hilfen zur Erziehung in stationären Einrichtungen sind in der Regel auch therapeutische Anteile in der Grundausstattung enthalten. Soweit im Einzelfall dar-

über hinaus erforderlich, werden therapeutische Leistungen gemäß Landesrahmenvertrag zum SGB VIII als Zusatzleistungen gewährt.

Zu Frage zwei: Durch die Kinder- und Jugendhilfe werden seit dem Haushaltsjahr 2005 keine eigenen Programme nach Paragraph 13 oder Paragraph 27 folgende SGB VIII mehr vorgehalten. Nach der mit dem Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz verabschiedeten letzten Novellierung des SGB VIII sind Leistungen nach SGB VIII grundsätzlich vorrangig vor Leistungen nach dem SGB II zu erbringen, jedoch gehen die Leistungen nach Paragraph 3 Absatz 2 und Paragraphen 14 bis 16 SGB II den Leistungen nach dem SGB VIII vor. Somit liegt die Zuständigkeit zur Gewährung von Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt für Jugendliche ab 15 Jahren vorrangig in der Zuständigkeit der Bagis. Wenn ein darüber hinausgehender sozialpädagogischer Förderbedarf besteht oder junge Menschen von den Leistungen des SGB II ausgeschlossen sind, können Fördermaßnahmen nach SGB VIII bewilligt werden.

Zur Beseitigung noch bestehender Unsicherheiten in der Zuständigkeitsabgrenzung entwickelt das Ressort, auch auf Grundlage eines Beschlusses der Jugendministerkonferenz nach SGB II, gegenwärtig Vorschläge für eine rechtskongruente Strukturanpassung sowie eine darauf bezogene trägerübergreifende Kooperationsvereinbarung.

Zu Frage drei: Für die Gewährung von Leistungen nach Paragraph 27 Absatz 3 des SGB VIII ist der ambulante Sozialdienst Junge Menschen im Amt für Soziale Dienste zuständig. Junge Menschen können sich daher sowohl an die Erziehungsberatungsstellen als auch an den ambulanten Sozialdienst Junge Menschen wenden.

Die Gewährung von Leistungen für die Inanspruchnahme von Arbeits- und Beschäftigungsmaßnahmen liegt in der primären Verantwortung der Bagis. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl weiterer Einrichtungen, Dienste und Projekte, die entsprechende Beratungen vornehmen. Die Veröffentlichung einer Liste von Anlauf- und Beratungsangeboten ist in Vorbereitung. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, auch nach der Beantwortung unserer Anfrage sind wir uns, glaube ich, einig darin, dass es im Moment spätestens nach der Einführung der Hartz-IV-Gesetze ein regelrechtes Bermuda-

Dreieck zwischen den einzelnen Anlaufstellen für junge Menschen gibt, wo nicht sichergestellt ist, dass auch jeder junge Mensch am Ende dort landet, wo er hingehört, und womöglich die Gefahr besteht, dass der eine oder andere in diesem Gewusel der Kompetenzen verloren geht.

Mein Anliegen an Sie an dieser Stelle wäre - ich glaube, dass wir die Debatte hier nicht zu weit führen können, es ist dann doch eine sehr spezifische Thematik -, dass wir uns das im Jugendhilfeausschuss noch einmal anschauen. Wenn Sie vielleicht an dieser Stelle schon einmal sagen könnten, ob Sie generell - mit der Möglichkeit, beispielsweise eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Bagis und dem Amt für Soziale Dienste zu schließen, wie das andere Kommunen gemacht haben - grundsätzlich bereit wären, diesen Weg mit uns politisch weiterzuverfolgen oder ob Sie eher andere Ansätze haben, denn dass man an der Stelle etwas tun muss, ist, glaube ich, offensichtlich.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ja, ich teile diese Auffassung. Wir sind gefordert. Das ergibt sich aus der Antwort des Senats. Da gibt es Schnittstellen, auch in der Gesetzessystematik von SGB II und SGB VIII, die noch nicht sauber geregelt sind. Das wird hier in Bremen auch so gesehen, und wir müssen sehen, dass eben keine Jugendlichen durch irgendwelche Roste fallen, sondern dass wir jeden Jugendlichen auch da erreichen, wo sein Bedarf ist. Wir haben eine Vielzahl von Beratungsangeboten. Wir haben uns das jetzt zum Beispiel für den Arbeitsbereich in der Jugendkonferenz, die wir durchgeführt haben, angesehen und uns einmal auflisten lassen, was es dort alles an Beratungsangeboten gibt. Für den Teil haben wir uns einmal vorgenommen, das zu sortieren und bedarfsgerechter weiterzuentwickeln. Das müssen wir für den jugendpolitischen Teil ebenso machen. Meine Vorstellung ist auch, dass wir das dann zusammenführen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte und damit letzte Anfrage der Fragestunde trägt den Titel „**Verkauf der Schule Otto-Braun-Straße**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Köhler, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Welchen Kaufpreis zahlt die International School Bremen als Käufer der Schule an der Otto-Braun-Straße an die Stadtgemeinde Bremen?

Zweitens: In welchem Gebäude ist die International School Bremen derzeit untergebracht, und wie hoch sind die geleisteten Mietkosten pro Monat?

Drittens: Gibt es Mietrückstände?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage eins: An der Schule Otto-Braun-Straße haben die International School Bremen und die Freie Evangelische Bekenntnisschule ein gemeinsames Interesse. Der beabsichtigte Verkauf soll daher an beide Privatschulen erfolgen, sofern es zu einem Verkauf kommt. Die GBI hat den beiden Interessenten unter Beachtung der bewertungsrechtlichen Vorschriften ein Kaufangebot unterbreitet, über das demnächst verhandelt werden wird. Falls die Verhandlungen zum Erfolg führen, wird dem Haushalts- und Finanzausschuss eine vertrauliche Vorlage mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt werden, in der wie üblich auch der Kaufpreis genannt wird. Eine öffentliche Darlegung von Kaufpreisen ist mit der Vertraulichkeit solcher Geschäftsbeziehungen mit Dritten nicht vereinbar.

Zu Frage zwei: Die International School Bremen ist zurzeit im Schulgebäude Thomas-Mann-Straße untergebracht und zahlt eine monatliche Miete, deren Höhe ebenso wie ein eventueller Kaufpreis der Vertraulichkeit unterliegt.

Zu Frage drei: Die Frage nach der Höhe von eventuellen Mietrückständen kann wegen der Vertraulichkeit ebenfalls nicht beantwortet werden. Wir werden dem Haushalts- und Finanzausschuss umfassend berichten. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, könnten Sie dem Haus erklären, warum all diese Sachen der Vertraulichkeit unterliegen, da die International School Bremen ja einen monatlichen Zuschuss von rund 18.000 Euro aus der Kasse der Stadt Bremen bekommt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Ja, aber ich sehe den Zusammenhang zu der von Ihnen gestellten Frage nicht; nach der Höhe eines Kaufpreises über einen Verkauf, der noch nicht erfolgt ist, nach der Höhe von Mietrückständen, über die wir hier nicht in dem Bereich berichten werden, denn dafür gibt es den Haushalts- und Finanzausschuss. Den Zusammenhang zu der Zuschusssituation kann ich so nicht erkennen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, trifft es zu, dass es Mietrückstände gibt, die sich auf eine sechsstellige Summe in der Höhe von rund 300.000 Euro belaufen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Ich habe Ihnen auch darauf schon eine Antwort gegeben, dass wir auch zu eventuellen Mietrückständen, ob ja oder nein, hier an dieser Stelle nichts sagen, sondern dass wir auch dort dem Haushalts- und Finanzausschuss entsprechend in einer vertraulichen Vorlage berichten werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, wie hoch beläuft sich der Verkehrswert für die genannten Grundstücke an der Otto-Braun-Straße? Das müsste der Senat ja beantworten können.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Ich sagte Ihnen ja, dass zurzeit Verkaufsverhandlungen laufen und dass die entsprechende Bewertung eingeholt werden wird. Das wird im Zusammenhang mit diesem Verkaufsverfahren entsprechend abgearbeitet werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ich möchte noch einmal fragen: Die International School Bremen hat ja seit 1998 öffentliche Zuschüsse bekommen, einmal vom Senator für Wirtschaft, die sich bis zum Jahr 2006 auf jährlich, 1998 lautete der Beschluss, eine Million D-Mark beliefen, und ab 2006 gibt es ja öf-

fentliche Zuschüsse für die International School Bremen durch die Änderung des Privatschulgesetzes in Höhe von 18.000 Euro monatlich. Warum ist dem Haus und der Bildungsdeputation oder den entsprechenden Gremien, dem Haushalts- und Finanzausschuss, keine Mitteilung gemacht worden über diese Mietrückstände?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Ich sagte Ihnen doch, dass ich Ihnen gar nicht bestätigen kann, ob es Mietrückstände gibt oder nicht. Das ist von Ihnen so unterstellt worden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich bitte Sie, Herr Senator, dass Sie die Bildungsdeputation über die Ergebnisse im Haushalts- und Finanzausschuss unterrichten, denn wie wir eben vom Bildungssenator gehört haben, kämpft er ja darum, dass alle Haushaltsmittel die Kinder unmittelbar erreichen, und wenn es Mietrückstände in dieser genannten Summe gibt, dann halte ich das schon für einen Vorgang, von dem dieses Haus zu unterrichten ist.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Ich sagte Ihnen ja, dass wir unterrichten. Ich sagte Ihnen auch, dass jetzt nicht der richtige Moment ist, es Ihnen hier zu sagen, sondern dass die entsprechenden Gremien natürlich umfangreich unterrichtet werden. Sie können davon ausgehen, dass mir auch die International School wie jede Schule hier sehr am Herzen liegt und dass wir alles tun, um diese Schule auch optimal auszustatten, dass die Gelder möglichst effizient eingesetzt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist der Tagesordnungspunkt eins erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Keinen Eintritt für den Rhododendronpark!

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Neumeyer.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist tatsächlich so: Ab 1. April soll für das Betreten des Rhododendronparks Eintritt kassiert werden. Acht Euro sollen die Bürgerinnen und Bürger bezahlen, und die große Koalition sagt sozusagen als Beschwichtigung: Dafür dürfen sie ja dann auch gleichzeitig in die Botanika, obwohl sie das in der Regel nicht wollen. Ein Schwachsinn allererster Güte!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Eintritt für den Rhododendronpark zu verlangen ist erstens unsozial, zweitens kinderfeindlich und drittens auch fiskalisch kontraproduktiv.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Grünen fordern Sie deshalb auf, sich hier erneut zu positionieren und gegen den Eintritt auszusprechen. Der Rhododendronpark muss öffentlich zugänglich bleiben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dass Eintritt für den Rhododendronpark unsozial und kinderfeindlich ist, liegt auf der Hand. Wichtige Wegebeziehungen werden gekappt, Freiräume für Erholung, Freizeitaktivitäten und Bewegung von Kindern werden zugesperrt. Der Park soll nur noch über lediglich drei Eingänge erreichbar sein: über die Marcusallee, über den Deliusweg und über die Ronzelenstraße. Die Vahr wurde gleich ganz abgehängt. Was ist denn die Folge davon, meine Damen und Herren? Die Folge ist: Arme werden ausgesperrt, Kinderspielplätze werden umzäunt, und das Ganze am Tatort „Garten der Menschenrechte“!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, der Senat ist wieder dabei, alles Mögliche zu tun, damit sich Bremen bundesweit blamiert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, es ist richtig! Der Rhododendronpark ist zur Hauptblütezeit eine national bedeutsame und wichtige touristische Attraktion. Er ist aber auch während dieser Zeit ein wichtiger Ort für Naherholung und Freizeitaktivitäten der Bremer Bürger und Bürgerinnen, und er zieht zunehmend glücklicherweise Familien, Kinder und junge Menschen an. Aber auch für die umliegenden Altenwohnun-

gen, entsprechende Einrichtungen, Seniorenheime, für die älteren Menschen ist der Park wichtig für ihre Lebensqualität.

Jetzt nur eine Anmerkung am Rande! Ihn mit anderen Gärten zu vergleichen, in denen auch Eintritt erhoben wird, wie es ja gemacht und immer gesagt wird, ist völlig absurd, weil die anderen Gärten, wenn da in der Deputationsvorlage die Insel Mainau benannt wird, eine ganz andere Bevölkerung und eine ganz andere Bedeutung haben. Dieser Rhododendronpark ist in einer Großstadt gelegen, wo wir zu wenig Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche und ältere Menschen haben, und deswegen hat er eine ganz andere Funktion. Der Vergleich ist absurd!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, aber auch fiskalisch, für den Bremer Haushalt ist diese Maßnahme kontraproduktiv. Selbst der Umweltsenator - damals noch Herr Eckhoff - legt in der Deputationsvorlage vom 1. Dezember 2005 dar, dass bei und mit der Einführung von Eintrittsgeldern in den Rhododendronpark davon auszugehen ist, dass sich die Besucherzahlen in den nächsten zwei Jahren drastisch verringern werden und daher das, was an Mehreinnahmen zu erzielen sei, eben relativ gering ist, so zum Beispiel im Jahr 2006 186.000 Euro. Einmal ganz abgesehen davon, dass auch wir Grünen diese Prognosen für viel zu optimistisch halten: Letztendlich ist der Senat wieder dabei, sich das nächste Finanzdebakel zu organisieren und selbst zu produzieren.

Man bewirkt nämlich ohne Not - das ist der zweite und entscheidende Effekt -, dass sich das bisherige Engagement Privater und Öffentlicher reduzieren oder auf null heruntergehen wird und hier zusätzlich auch das Engagement des Bundesamtes für Naturschutz nicht entsprechend genutzt wird. In der Summe, ich sage einmal, zu diesem Betrag, den man glaubt einzunehmen - das muss überhaupt nicht stimmen, das glauben wir nicht -, dem gegenüber, was man da an Potentialen, auch von Sponsoren, aber auch von Engagement für den Park dadurch zerstört, fällt das negativ in der Waage aus, und es ist auch fiskalisch der falsche Weg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Also an dieser Stelle zusammengefasst, und das erkennen Sie sehr richtig, ich sehe hier die nachdenklichen Gesichter: Es gibt kein rationales Argument für einen gebührenpflichtigen Parkbesuch! Das gibt es nicht, es gibt nur Gründe dagegen: unsozial, kinderfeindlich und fiskalisch kontraproduktiv.

Jetzt bin ich aber ganz ins Zweifeln gekommen und habe gedacht, was jetzt schon wieder gemacht wird. Dass man jetzt auch noch solch einen Aktionismus an den Tag legt und den Eintritt zum 1. April erheben will, das ist wirklich ein Aprilscherz erster Güte. Es ist so: In sämtlichen Vorlagen, bei allen Beschlüssen heißt es, es soll ein Eintritt erhoben werden zur Hauptblütezeit!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Die blühen ja nun bald!)

Was ist jetzt? Waren Sie einmal im Park? Sehen Sie sich dieses Jahr die Witterungsverhältnisse an! Wenn nicht gleich eine Temperaturexplosion passiert und wir in den nächsten Tagen nur noch über 30 Grad haben, dann wird voraussichtlich die Hauptblütezeit nicht vor dem 1. Mai zu erwarten sein. Das ist noch optimistisch geschätzt. Das ist wirklich jenseits von irgendwelchen Kenntnisständen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sehr geehrter Herr Senator Neumeyer, hier appelliere ich jetzt auch an Sie! Ich habe Ihrem Beitrag im „Weser-Kurier“ entnommen, dass Sie sagen: Ja, das Parlament hat den Beschluss gefasst, ich halte mich an die parlamentarischen Beschlüsse. Dieser Beschluss besagt aber, Eintrittsgeld zur Hauptblütezeit! Deswegen fordern wir Grünen Sie auf, das ist das Mindeste, dass man sich auch an die parlamentarischen Beschlüsse hält und dementsprechend nicht vor dem Beginn der Blütezeit dort Eintritt erhebt.

Ich weiß, Sie blättern in irgendeiner Vorlage, dort stand irgendetwas vom 1. April bis Ende Juni. Nichtsdestoweniger war immer die Aussage zur Hauptblütezeit. Es taucht in einer Vorlage einmal irgendwo am Rande auf, aber ich glaube, das war nie die Auseinandersetzung. Warum will man denn jetzt einfach den Rhododendronpark menschenleer produzieren? Das ist mir völlig unverständlich.

Dann noch einmal, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Ich meine, das ist doch überhaupt die Chance. Man verschiebt das bis zur Hauptblütezeit, dann haben Sie, Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, Zeit, Ihren irrsinnigen Beschluss zu revidieren, und wir haben wieder die Situation, dass jeder frei in den Rhododendronpark hineingehen kann.

Da möchte ich jetzt einmal auch die SPD an ihre Versprechen erinnern, und zwar hatten wir im Oktober letzten Jahres einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, kein Eintritt für den Rhododendronpark. Dieser Antrag kam zwar angeblich

zu früh, aber wir wissen jetzt, das war überhaupt nicht zu früh, es war der richtige Zeitpunkt. Aber leider hat es, wie immer, nichts genützt. In der Debatte zu diesem Antrag sagt Herr Dr. Schuster, und ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus der Sitzung der Stadtbürgerschaft vom 11. Oktober 2005: „Es muss gewährleistet werden, dass diese ganze Sache Akzeptanz vor Ort findet. Man muss mit der Bevölkerung, mit dem Beirat und dem Verein der Freunde des Rhododendronparks reden und diskutieren, hat man alternative Möglichkeiten, hat man sie nicht, um dort auch Verständnis zu schaffen.“ Soweit das Zitat!

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, wie häufig haben Sie denn mit dem Verein der Freunde des Rhododendronparks die Lage erörtert, um alternative Möglichkeiten zu realisieren? Wo waren Sie in der Beiratssitzung, als der Beirat Vorschläge gemacht hat? Ich habe davon nichts wahrgenommen, aber Sie können mich noch eines Besseren belehren.

Ich komme zum Schluss. Ich möchte deutlich machen, es ist noch nicht alles verloren. Sie können Ihren Worten noch Taten folgen lassen. Sprechen Sie sich wie wir Grünen gegen den Eintritt aus und arbeiten Sie wie versprochen mit den Vereinen, mit den Institutionen und mit den Bürgern vor Ort an einer wirklich zukunftsfähigen Lösung! Es gibt sie, man muss es nur wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man muss sich dieser Tage schon sehr wundern. Die Grünen wollen uns seit Jahren davon überzeugen, dass sie die besseren Finanzexperten sind und auch unpopuläre Maßnahmen nicht scheuen. Kaum kommt so eine unpopuläre Maßnahme, beantragen sie eine Aktuelle Stunde mit dem Titel „Kein Eintritt für den Rhododendronpark“. Ich muss schon sagen, das finde ich bemerkenswert.

Der Koalitionsausschuss, um das noch einmal deutlich zu machen, hat beschlossen, dass für den Park Eintritt erhoben werden soll. Es geht dabei darum, ihn in dieser Qualität, Größe und Artenvielfalt erhalten zu können. Dass diese Maßnahme nicht populär sein würde, hat sicherlich auch der Koalitionsausschuss gewusst. Dass es bei den Anwohnern zu Protesten kommen würde,

* Von der Rednerin nicht überprüft.

hat der Koalitionsausschuss auch gewusst. Es ist im Übrigen keine Maßnahme, die hier in Bremen geboren worden ist, Eintritt für Parks zu erheben, sondern im Gegenteil. Es gibt bundesweit eine Menge Parks, die Eintritt erheben.

Ich möchte Sie einmal bitten, sich diese lange Liste anzuhören: Da gibt es zum Beispiel den Park der Gärten in Bad Zwischenahn, es gibt den Palmengarten in Frankfurt, den großen Garten und Berggarten in Hannover, natürlich die vorhin schon angesprochene Insel Mainau, es gibt den Luisenpark in Mannheim und den Schlosspark Babelsberg in Potsdam und das Rosarium in Sangerhausen. Das ist nur eine kleine Aufzählung der Parks in Deutschland, in denen Eintritt erhoben wird. Ich habe mir eben noch einmal sagen lassen, in Berlin gibt es mehrere Parks, für die Eintritt erhoben wird. Wenn ich jetzt damit anfangen würde, den Eintritt aufzuzählen im europäischen Ausland, dann würden wir hier heute Abend noch sitzen. Ich will Ihnen das nicht zumuten.

All diese Gärten und Parks erheben Eintritt, um die Unterhaltung und Pflege dieser Parks langfristig gewährleisten zu können. Genau darum geht es hier bei uns auch: den Park nämlich zu erhalten in dieser Qualität genau für die Bewohner, die dort leben, und auch für die Menschen, die von weither kommen in Busladungen, um sich diesen Park anzusehen.

(Beifall bei der SPD)

Es wird erst ab neun Uhr Eintritt erhoben und auch nur bis 17 Uhr, so dass es jedem Bewohner möglich ist, diesen Park sowohl am Morgen als auch am Abend noch zu betreten. Auch die Schulkinder haben freien Zugang. Sie haben sicherlich die heutige Presse verfolgt, auch da gibt es eine Zusicherung, dass die Schulkinder, die einen Ranzen auf dem Rücken haben, selbstverständlich weiterhin frei durch diesen Park fahren können.

Der Rhododendronpark hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1936 zu einem Spezialpark entwickelt. Auch internationale Fachleute gehen davon aus, dass es sich bezogen auf den Arten- und Sortenbestand um den zweitgrößten Rhododendronpark der Welt handelt. Genau dies, meine Damen und Herren, wollen wir erhalten! Es fehlen in diesem Jahr aktuell 250.000 Euro, im nächsten Jahr werden es schon 400.000 Euro sein. Der Eintritt wird im Übrigen auch nur für die Blütezeit erhoben, und es geht kein Weg daran vorbei, auch wenn es unpopulär ist.

(Beifall bei der SPD)

Frau Mathes, ehrlich gesagt, wenn wir das jetzt verschieben würden von Mai bis Juli oder so und finden dann in den drei Monaten der Blütezeit eine andere Lösung, soll mir das eigentlich auch noch recht sein. Letztendlich geht es darum, dass beschlossen worden ist, diesen Eintritt zu erheben für die Zeit der Blüte.

Wir von der SPD-Fraktion haben allerdings Verständnis für die Anwohner des Parks. Wir können die Verärgerung verstehen. Wenn es ein Leben lang möglich gewesen ist, den Park ohne Eintritt zu betreten und sich auch an der Blüte zu erfreuen, dann können wir gut verstehen, dass es für die Menschen sehr ärgerlich ist, dass sie ab jetzt Eintritt bezahlen müssen. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass der Park ohne die Erhebung des Eintritts in Gefahr gerät und in dieser Qualität und Besonderheit nicht erhalten werden kann. Wenn wir es denn vielleicht nicht täten, Frau Dr. Mathes, dann hieße die Aktuelle Stunde heute möglicherweise „Die große Koalition macht den Rhododendronpark kaputt“. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff (CDU)*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Mathes, ich dachte, Sie bringen hier vielleicht noch ein paar neue Aspekte mit in die Aktuelle Stunde hinein, aber da kam bis jetzt von Ihnen noch nichts.

Zu dem Punkt „Kein Eintritt für den Rhododendronpark“ haben wir schon viermal einen Beschluss gefasst, ob in der Deputation oder hier in der Bürgerschaft, und viermal so hoch sind auch die Unterhaltungskosten des Parks wie in anderen Parks. Diesen Sachverhalt wollen Sie einfach nicht zur Kenntnis nehmen, das ist das Traurige an der Geschichte.

Lassen Sie es mich Ihnen noch einmal erklären: Der Rhododendronpark mit über 2000 verschiedenen Sorten Rhododendren ist weltweit ein Vorzeigepark! Er hat besonders viele reizvolle Themengärten, die sehr gut angenommen werden, und eine Artenvielfalt, die ihresgleichen sucht. Das alles hat natürlich seinen Preis, dieser liegt bei über zwei Millionen Euro Pflege pro Jahr. Das können wir uns nicht mehr leisten, aus diesem Grund wollen wir jetzt einen Versuch machen mit dem Eintrittsgeld. Ich finde, das ist nicht ungewöhnlich. Meine Kollegin Frau Garling hat eben

* Vom Redner nicht überprüft.

schon erzählt, wie in Deutschland in den verschiedensten Parks die verschiedensten Eintritte von zwei bis zu elf Euro genommen werden. Da blamieren wir uns nicht bundesweit, Frau Dr. Mathes, sondern wir reihen uns dort nur ein, wo sich andere schon längst befinden.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich ist es für die Anwohner schwer, sich mit dem Eintrittsgeld anzufreunden. Da müssen auch noch einige Lösungen gefunden werden. Das sage ich auch ganz klar, wenn die Kinder dort mit dem Fahrrad zur Schule fahren und den Park kreuzen wollen, dann muss irgendwie eine Lösung gefunden werden, dass sie dort auch durch können. Genauso müssen die Spielplätze natürlich auch benutzt werden können. Wir können doch keine Spielplätze machen, wo sich nachher kein Mensch aufhält und nur noch Unkraut wächst. Das passt alles nicht, da muss eine Lösung gefunden werden.

Doch man darf nicht verkennen, dass wir eine Jahreskarte anbieten, die extrem günstig ist im Gegensatz zu dem einmaligen Eintritt mit 20 Euro pro Jahr. An den Abendstunden und den frühen Morgenstunden ist der Eintritt auch frei. Das haben wir für die Bewohner dort vor Ort vorgesehen. Wir wollen das Geld akquirieren von den Tagesgästen, die von weiter her oder vom Bremer Umland kommen. Ich sage es noch einmal: Wenn busseweise Menschen nach Holland gebracht werden, um dort die Tulpenblüte anzuschauen, und dafür auch noch bezahlen, dann werden sie wohl auch für einen wesentlich hochwertigeren Rhododendronpark, auch wenn er in Bremen ist, ein paar Euro ausgeben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, überall in der Stadt versuchen wir, auch in der Grünpflege einzusparen, und der Rhododendronpark ist, wie ich eben schon sagte, viermal so teuer. Wie soll man das den Menschen in Walle oder Obervieland erklären, dass dort so viel Geld mehr für den Stadtteil ausgegeben wird? Ich kann dafür werben, dass wir diesen Versuch starten und ihn uns nach einem Jahr wieder anschauen - das haben wir immer so in der Deputation gesagt -, dann können wir entscheiden, ob dieser Beschluss auch so haltbar ist.

Wir sind auch nicht blauäugig an diese Sache herangegangen. Natürlich werden die Besucherzahlen erst einmal zurückgehen. Deswegen sind die Kostenschätzungen meines Erachtens dementsprechend schon realistisch heruntergefahren worden. Ich denke aber, eine bessere Vermark-

tung und Attraktivierung für den Park kann das schon teilweise wieder auffangen. Die Kosten für die 70 Meter Zaun und die drei Kassenhäuschen halten sich auch noch in Grenzen, so dass, wenn der Versuch jetzt schief gehen würde, man das von den jetzigen Kosten übernehmen kann, die der Eintritt gebracht hat.

Wenn Sie von den Grünen hier Regierungsverantwortung im Land Bremen tragen würden, dann wäre mir angst und bange. Das muss ich wirklich sagen.

Egal mit welchen Vorschlägen wir kommen in unserem Haushaltsnotlageland, Sie lehnen das ab. Im Sozialbereich sehe ich immer Frau Linnert, nein, das geht nicht, beim Rhododendronpark, nein, und außerdem ist das auch gar nicht so teuer. UMTS-Netz ausbauen, ja, aber doch nicht so! Oder Investitionen für Arbeitsplätze, nein, Investitionen sind grundsätzlich etwas Schlechtes, es wird nicht gemacht! Oder Wohnungsbau! Wohnungsbau ja, aber nur am Markt vorbei mit den Grünen!

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir schlagen Ihnen vernünftige Sanierungspolitik vor, und Sie versuchen hier mit ganz billiger kurzfristiger Effekthascherei, Wählerstimmen zu akquirieren, und das können wir nicht gutheißen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben immer gesagt, dass wir das alles immer nach einem ersten Jahr noch einmal ansehen wollen, um es dann zu bewerten. Wenn der gewünschte Effekt mit dem Eintritt nicht eintritt, dann muss es auch erlaubt sein, darüber nachzudenken, ob man dann überhaupt noch Eintritt nehmen will oder ob man den schönen Park aufgeben muss oder ein anderes Konzept dafür wählen muss. Bisher habe ich noch niemanden in dieser Stadt gehört, der den Rhododendronpark inhaltlich verändern möchte. Wir werden uns spätestens nach einem Jahr wieder treffen und werden dann über dieses Thema weiter ausführlich sprechen. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Neumeyer.

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Koalitionsausschuss hat sich am 28. Februar 2005 mit dem Rhododendronpark befasst und beschlossen, dass dort in der Blütezeit Eintritt genommen wer-

den soll. Das Gleiche hat die Bremische Bürgerschaft getan, sie hat sich hier zuletzt im Oktober letzten Jahres damit befasst. Die Deputation für Umwelt hat sich im Dezember damit befasst und auch der Senat im Dezember. Das heißt, wir sind hier in keiner aktuellen Situation, sondern in Wirklichkeit befinden wir uns in der konkreten Umsetzung von Beschlüssen, die Parlament, Senat und Koalitionsausschuss gefasst haben. Das Einzige, liebe Frau Dr. Mathes, was aktuell an der Aktuellen Stunde ist, ist, dass Sie heute einen neuen Umweltsenator haben.

Ich darf Ihnen sagen, ich hätte mir ganz ehrlich auch ein anderes erstes Thema gewünscht, mit dem wir uns hier zu umweltpolitischen Themen auseinander setzen, aber wenn Sie es möchten, dann reden wir gern über die Maßnahmen zum Rhododendronpark. Sie wissen alle, die Sie die letzten zwei Jahre im Parlament gewesen sind, dass wir entscheidende Einschnitte auch in dem laufenden Haushalt und in den letzten Haushalten haben vornehmen müssen, und zwar in allen Bereichen des senatorischen Handelns, in allen Behörden, und das geht natürlich auch nicht an der Pflege des öffentlichen Grüns vorbei.

Vorbeigegangen ist es allerdings, das will ich ganz offen und ganz deutlich sagen, in den letzten Jahren am Rhododendronpark, nicht weil wir nicht auch Einsparungen realisieren mussten bei der Pflege des öffentlichen Grüns, sondern weil zusätzliche Spareinschränkungen bei anderen Parkanlagen, bei anderen Parks und Einrichtungen wie den Wallanlagen, dem Waller Park, Höpkens Ruh und vielen anderen realisiert wurden, weil wir diese Spareinschränkungen und -anstrengungen im Rhododendronpark ausgesetzt haben.

Nun müssen wir im Doppelhaushalt 2006/2007 weitere Sparbemühungen umsetzen, und zwar auch und insbesondere, um die Bemühungen des Parlaments in die Realität zu übersetzen, dass wir den Konsolidierungskurs des Haushaltsnotlagelandes Bremen hier vernünftig fortsetzen. Das bedeutet leider nun einmal, wenn man sparen möchte, es führt zwangsläufig zu Einschnitten und Einschränkungen. Das muss man akzeptieren. Wer sparen möchte, und wir müssen sparen, wir wollen sparen, der muss dann auch den Menschen die Wahrheit sagen. Alles andere ist nicht sehr aufrichtig!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir müssen beim Rhododendronpark in diesem Jahr entsprechend der Haushaltsaufstellung rund 250.000 Euro einsparen, im nächsten Jahr werden das rund 400.000 Euro sein. Das ist bereits gesagt worden. Ich möchte Ihnen sagen, wie der

Pflegeaufwand des Rhododendronparks, nur damit Sie auch eine Vorstellung haben, in Relation zu anderen Parks ist. Je Quadratmeter Park- und Grünfläche setzen wir zwischen zehn Cent und 4,50 Euro ein. 4,50 Euro setzen wir exakt für den Rhododendronpark ein. Nur damit Sie einen Vergleich haben: Beispielsweise die Wallanlagen kosten ein Drittel des Pflegeaufwandes pro Quadratmeter. Der viermal so große Bürgerpark kostet genauso viel im Pflegeaufwand wie der Rhododendronpark.

Das alles sagt uns schon, dass wir es hier mit einem ganz besonderen Park zu tun haben. Es ist bereits angesprochen worden, dass wir es hier mit einem Park zu tun haben, der eine Strahlkraft hat, nicht für uns hier in Bremen, sondern ein bundesweites Angebot ist, der tatsächlich auch konkurriert mit Parkanlagen in Mannheim, in Karlsruhe, in Berlin und anderswo, Parkanlagen in Bad Zwischenahn, wo selbstverständlich auch überall Eintritt von den Gästen gefordert wird und wo es übrigens auch gern gezahlt wird, weil sie sich an der Blütenvielfalt erfreuen.

Die Frage ist doch: Was ist denn eigentlich die Alternative? Frau Dr. Mathes, die Alternative ist, wir müssen sparen. Sparen, einsparen heißt im Konkreten, wenn wir keine zusätzlichen Einnahmen generieren, dass wir im Pflegeaufwand nachlassen müssen bei der Qualität des Parks, der Qualität auch dieser wissenschaftlichen Einrichtung. Es ist bereits erwähnt worden, es gibt überhaupt nur einen Park weltweit, der mehr Rhododendren, Pflanzen, mehr Artenvielfalt dieser Art an einem Platz versammelt als der Rhododendronpark. Es gibt in Deutschland keine Einrichtung dieser Größenordnung mit einer so spezialisierten Ansammlung von Blüten und Pflanzen, wie es der Rhododendronpark ist. Das heißt, es geht hier um etwas ganz Besonderes. Da sage ich Ihnen ganz offen, das ist nicht die korrekte Antwort, hier einzusparen und zu einer Begradigung der Einrichtung zu kommen, zu einer Beliebigkeit. Der Rhododendronpark ist nicht eine Parkanlage wie viele andere, sondern er ist eben eine ganz herausgehobene Einrichtung, die besonderen Pflegeaufwand hat, und dieser Pflegeaufwand muss bezahlt werden. Die Alternative ist einsparen, das heißt Beliebigkeit, aber das wollen wir nicht.

Die Alternative kann auch sein, zusätzliche Einnahmen über Werbepartner zu generieren. Da sage ich Ihnen ganz offen, da will ich mich auch ganz gern selbst in Abstimmung mit dem Förderverein für den Rhododendronpark bemühen, dass wir so etwas hinbekommen. Es würde mich freuen, wenn wir den Standard auch absichern können über Sponsoring, aber da kann man hier keine Versprechen machen, da muss man viele Ein-

zelgespräche führen. Ich persönlich bin dazu bereit, das ist ein konstruktiver Weg.

Ich habe mich sehr geärgert, das sage ich auch ganz offen, als ich natürlich zunächst einmal nur durch die Medien informiert wurde, dass Schüler und Schülerinnen nicht mehr den Weg zur Schule finden können, weil die Radwege abgeschnitten werden. Ich habe mich geärgert, dass der Spielplatz nicht mehr bespielbar ist, aber die Realität sieht Gott sei Dank anders aus. Ich darf Ihnen also sagen, darf hier zusichern, die Schülerinnen und Schüler werden zu jeder Tages- und Nachtzeit ihren Weg durch den Rhododendronpark finden, um zur Schule zu kommen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Nachtzeit?)

Das ist mit den Schulen vor Ort so sichergestellt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Was den Spielplatz anbelangt, da gab es, wie ich jetzt nach Recherche, und da muss man sich eben tatsächlich etwas genauer informieren, habe feststellen dürfen, einen alten abgängigen Spielplatz, der ersetzt worden ist durch einen neuen Spielplatz in dem öffentlich zugänglichen Bereich, und zwar im Allmerspark, also ein ganz neuer Spielplatz, der im Übrigen die Belange und die Wünsche des Beirats aufnimmt und damit auch ein Versprechen gegenüber dem Beirat abbildet. Insoweit, sage ich auch an der Stelle, werden die Kinderinteressen ausreichend berücksichtigt, nicht nur ausreichend, sondern sehr angemessen berücksichtigt. Ich bin sehr froh, dass das auch gelingen konnte.

Meine Damen, meine Herren, wir sind uns, glaube ich, einig in der Bedeutung des Rhododendronparks. Er ist eine bedeutende wissenschaftliche Sammlung, er ist eine herausragende Attraktion, insbesondere in der Blütezeit, und er ist eben kein lokales Ereignis. Wir müssen aufpassen, dass es uns gelingt, den Park noch besser zu vermarkten. Ich darf Ihnen sagen, dass der Wert für Menschen, die von außerhalb zu uns kommen, wenn sie auch dafür etwas bezahlen, ein ganz anderer ist. Auch die Wertschätzung und die Verhinderung von Vandalismus sind deutlich einfacher. Insofern gibt es eine ganze Reihe von sehr positiven Argumenten, die dafür sprechen, es so zu machen.

Kurzum, ich denke, wir müssen uns das in der Tat sehr ordentlich ansehen. Es gibt auch zu Recht kritische Stimmen, die sollen auch nicht überhört werden. Wir werden uns im Herbst, das sage ich Ihnen jetzt zu, Frau Dr. Mathes, in der Deputation ansehen: Was hat es denn gebracht? Hat es den gewünschten Effekt gebracht, den wir uns vorge-

stellt haben? Hat es bis dahin auch andere Entwicklungen gegeben? Konnte es gelingen, auch Dritte zu aktivieren, sich für diesen Park zu engagieren? Daran würde ich auch gern mithelfen. Das heißt, wir werden uns dann mit den Fakten auseinandersetzen können: Was hat es tatsächlich in der Umsetzung gebracht?

Das Bundesamt für Naturschutz, das hatten Sie angesprochen, interessiert sich in der Tat, aber insbesondere für die Botanika, da hat es sich auch sehr stark finanziell engagiert, das ist auch gut so. Auch mit diesem werden wir weiter im Gespräch bleiben, so dass wir dann, im Herbst, nachdem die Blütesaison auch hinter uns liegen wird, feststellen können, wie es wirklich angenommen worden ist: Hat es den gewünschten Effekt gebracht, oder müssen wir Begleitmaßnahmen für die nächste Saison auf den Weg bringen? Bis dahin werden wir mit dem Bundesamt für Naturschutz gesprochen haben, inwieweit wir noch zu einer Verstärkung der Zusammenarbeit kommen können.

Insofern darf ich mich bei Ihnen bedanken. Ich hoffe, dass wir eine erfolgreiche Saison für den Rhododendronpark haben werden und dass wir alle, die wir miteinander diskutieren, auch für den Park werben. Ich hoffe weiter, Frau Dr. Mathes, dass auch die Diskussion heute einen Beitrag dazu geleistet hat, noch mehr Menschen für diesen Park zu interessieren, auf dass sich jeder diese schönen Einrichtung möglichst in den nächsten Monaten ansehen wird. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal eine Anmerkung, man muss es ja immer hier begründen, warum eine Aktuelle Stunde aktuell ist. Ich mache es jetzt auch noch einmal. Zumindest aktuell ist, dass Eintritt erhoben werden soll, obwohl kein einziger Rhododendron blüht. Das ist in der Tat etwas ganz Neues! Es ist so! Ich bin das Gelände abgefahren, und ich wette mit Ihnen, die Hauptblütezeit des Rhododendron wird nicht am 1. April beginnen.

(Zurufe von der SPD)

Sie können sogar sagen, wie viel Sie verlieren wollen. Ich habe nicht viel Zeit und muss auf das Wesentliche eingehen.

Zurückweisen möchte ich die Tatsache, dass die Grünen kein Alternativkonzept hätten, was näm-

lich in der Summe günstiger für den Park wäre, was in der Tat für die Haushaltsentlastung deutlicher wäre als mit Eintrittsgeldern, wenn die überhaupt mit den Eintrittsgeldern wirklich realisiert werden. Unser Vorschlag wird zur Konsequenz haben, dass man ohne Eintritt den Park erhält und noch weniger Belastungen beziehungsweise Verluste einfahren wird. Wir schlagen vor, erstens, die Reduktion des Pflegeaufwands, und zwar nicht da, wo die Rhododendren sind, die natürlich auch dementsprechend erhalten werden müssen, weil das den überregionalen Charakter ausmacht, sondern eine Reduktion des Pflegeaufwands insbesondere in dem Erweiterungsbereich.

Ich kann Ihnen da vielfältige Vorschläge machen, was man da machen könnte, von Sukzessionsflächen bis hin zu einem kleinen Wäldchen oder anderes, was wenig Pflegeaufwand erfordert. Man muss sich das auch vor Ort ansehen, dass Bereiche, wo keine Rhododendren sind, extrem gepflegt sind, und das kann sich in der Tat Bremen, wenn es nicht mehrere Sponsoren gibt, nicht leisten. Das sehe ich auch so, das ist der eine Vorschlag.

Der andere Vorschlag ist, an Strukturen zu sparen. Wir schlagen vor, die Rhododendronpark-Gesellschaft - RhopaG - aufzulösen, dass man wieder eine saubere Trennung hat zwischen Rhododendronpark auf der einen Seite und Botanika auf der anderen Seite. Warum soll eigentlich die Pflege und das Management dieses Parks nicht gemacht werden wie bei den Wallanlagen, wie bei allen anderen Grünflächen in dieser Stadt auch? Wir haben da die Abteilung Grünordnung bei SBUV, wir haben Stadtgrün, wir haben die Auftraggeber-Auftragnehmer-Funktion, wir haben das doch alles geregelt. Das kann man doch auch so bei dem Rhododendronpark machen, und ich garantiere Ihnen, in dem Moment, wenn Sie das machen und den Rhododendronpark aus den Klauen der RhopaG befreien, in dem Moment werden Sie Bürger und Bürgerinnen finden, die auch bereit sind, für die Finanzierung des Parks einen Beitrag zu leisten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der letzte Punkt, zur Finanzierung! Ich habe auch aktuell, wie Sie wissen, meine Kontakte zum Bundesamt für Naturschutz. Herr Neumeyer, das möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben, man hat keine Zeit, wenn man noch einmal möchte, dass sich das Bundesamt für Naturschutz hier auch finanziell engagiert, wo die Bereitschaft da ist, um nämlich Botanika grundsätzlich zu überarbeiten und zu sehen, wie man zu einer kostendeckenden Lösung kommt, mittels derer man gleichzeitig auch in der Lage ist, die Fragestellung der

Artenvielfalt, der Biodiversität zu vermitteln. Dann muss man sich aber hier an der Stelle beeilen, um die Finanzierung, um die entsprechenden Drittmittel einzuwerben. Also, wir haben Vorschläge, packen Sie es an, wir würden uns freuen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Wahlalter bei Beiratswahlen auf 16 senken!

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. März 2006
(Drucksache 16/487 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Röwekamp.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Bartels.

Abg. **Bartels** (CDU)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir legen Ihnen heute einen Dringlichkeitsantrag vor, mit dem wir das Wahlalter auf der Beiratsebene auf 16 absenken wollen. In allen Beiräten in den Stadtteilen hat man überlegt, wie man Jugendliche an der Ortspolitik beteiligen kann. Im Bremer Westen praktiziert man zum Beispiel den Dialog zwischen den Jugendlichen und Beiratsmitgliedern in Form von so genannten Jugendforen. Im Beirat Schwachhausen haben sich Jugendliche zusammengetan und möchten sich möglichst umfassend in die Beiratsarbeit einbringen können.

Wir haben als CDU-Fraktion dieses Interesse der Jugendlichen an politischer Teilhabe unterstützt, wie dies, das muss man sagen, alle Fraktionen im Ortsbeirat ebenfalls getan haben. Der Beirat, das kann man sagen, steht wie ein Mann hinter diesen Jugendbeiräten. Man kann den Eindruck haben, dass sowohl die Beiräte als auch die Jugendbeiratsvertreter voneinander lernen, was für den Stadtteil auch sehr profitabel ist. Wir nehmen die Jugendbeteiligung deshalb ernst und wollen dieses Demokratieverständnis stärken.

Wir haben es hier mit einem Kreis von Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren zu tun, die der-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

zeit mit zwei Vertretern an den Sitzungen des Beirats teilnehmen. Jedoch bietet unser Beirätegesetz keinen verlässlichen Spielraum für die Beteiligung der Jugendlichen an den Entscheidungen des Beirats.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Die Absenkung des aktiven und passiven Wahlalters auf 16 Jahre, im Gegensatz zu den institutionalisierten Jugendbeiräten, bietet den Jugendlichen nicht nur ein Rede- und Antragsrecht, sondern eine vollwertige Beteiligung an den Beratungen und Beschlussfassungen des Beirats. Deshalb schlagen wir das auch so vor. Meine Fraktion ist der Auffassung, dass junge Menschen die Möglichkeit erhalten sollten, zu ordentlichen und damit auch stimmberechtigten Beiratsmitgliedern gewählt zu werden. Dies ist nur durch die Absenkung des aktiven und passiven Wahlalters auf 16 Jahre möglich. Alles andere, meine Damen und Herren, wäre halbherzig und ein Krampf, denn der Beirat in seinem heutigen rechtlichen Rahmen kann nicht einfach per Beschluss ständige Gäste aufnehmen. Auch ist es den Jugendbeiräten nicht möglich, jederzeit Anträge zu stellen. Dieses Recht steht nach dem Bremischen Beirätegesetz ausschließlich den gewählten Beiratsmitgliedern zu. Den Jugendlichen aus dem Bereich der Globalmittel einen Pauschalbetrag zur freien Verfügung zu überlassen ist bisher ebenfalls nicht zulässig.

Wir haben bei aller gemeinsamen Diskussion mit den Jugendbeiräten schnell festgestellt, je verbindlicher man die Jugendbeiräte institutionalisieren will, desto schwieriger ist es. Im Gegensatz zu einer generellen Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, also auch für die Wahlen zum Landtag und die Stadtbürgerschaft beziehungsweise für die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung, sieht meine Fraktion keine verfassungsrechtlichen Bedenken bei einer Senkung des Wahlalters für die Beiratswahlen. Der Senat wird in unserem Antrag deshalb aufgefordert, kurzfristig eine entsprechende gesetzliche Grundlage vorzulegen, in der das aktive und passive Wahlrecht auf 16 Jahre gesenkt wird.

Die Jugendbeiräte haben über solch ein Hilfskonstrukt - und da sehen wir auch schon die rechtlichen Grenzen, die uns gesetzt sind - ein vom Beirat verliehenes Rede- und Antwortrecht eingeräumt bekommen. Sie können bislang aber nicht mit abstimmen. Ihre Anträge müssen von einem ordentlichen Beiratsmitglied übernommen werden. Die Jugendlichen sind vor Ort sehr engagiert, und das verdient auch unseren Respekt, meine Damen und Herren. Es ist schon ganz bemerkens-

wert, wenn man dort so einer Beiratssitzung beiwohnt.

Es gab bisher Vorschläge in der Diskussion, die eher wenig zielführend waren und auch keine echte Beteiligung von Jugendlichen erreicht hätten. So zum Beispiel war die Einbindung von Vierzehn- bis Einundzwanzigjährigen - in welcher Form auch immer auf der Beiratsebene - fraglich. Wenn man Vierzehn- bis Einundzwanzigjährigen das Wahlrecht für Jugendbeiräte einräumt, dann muss man sich erstens fragen, für wen sie sprechen sollen. Sprechen sie dann auch für die Fünfundzwanzig- bis Dreißigjährigen und für die Siebzig- bis Fünfundsiebzigjährigen oder nur für die eigene Altersgruppe? Ist das Ganze nur eine Alibiveranstaltung, bei der es gar nicht um echte Partizipation geht? Zweitens, was ist mit dem Kreis der Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen? Haben sie dann doppeltes Stimmrecht?

Es kann nicht ernsthaft das Ziel sein, dass man ein Wahlrecht wie bisher ausübt, aber dann noch für die Altersgruppe 18 bis 21, in der man sich befindet, Jugendbeiräte mit einer weiteren Stimme wählt, mit dem Erfolg, im Gegensatz zu allen anderen zwei Vertreter in den Beirat zu entsenden. Alter ist ja kein Verdienst, weder für die Jüngeren noch für die Älteren. Für uns gilt jede Stimme, und jeder hat eine Stimme und damit die gleiche Macht zu entscheiden, seine demokratisch legitimierte Vertreter in das Stadteilgremium zu entsenden.

Was zeigen uns die Erfahrungen mit einem abgesenkten Wahlalter in den anderen Kommunen? Es ist ja auch immer ganz hilfreich, einmal dorthin zu schauen. Bei den letzten Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, das war September 2004, lag die Wahlbeteiligung der Sechzehn- bis Achtzehnjährigen bei 60 Prozent. In Sachsen-Anhalt lag sie bei nur rund 40 Prozent. Zugleich lag sie aber immer über der Beteiligung der Altersgruppe 18 bis 25 Jahre. Große Unterschiede in der Wahlbeteiligung sind nicht zu erkennen. Allerdings gingen diesen Wahlen auch entsprechende zielgruppengerichtete Kampagnen voraus, zu denen ich hier auch rate und bei denen wir die Jugendlichen und auch die Beiräte vor Ort mitnehmen sollten.

In Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen gibt es also bisher ein abgesenktes Wahlalter auf Gemeindeebene. Allerdings können Sechzehn- und Siebzehnjährige ausschließlich aktiv wählen. Das passive Wahlrecht, sich für politische Ämter zur Wahl zu stellen, liegt in allen Bundesländern nach wie vor bei 18 Jahren. Wir aber sehen das aktive Wahlrecht an das passive gekoppelt. Nur so gibt es echte Partizipa-

tion. Diese beiden Rechte sind aus unserer Sicht nicht getrennt zu betrachten.

Unabhängig vom Alter der Erstwähler müssen sich alle Politiker aller demokratischen Parteien die Frage stellen, wie sie diese Wählerschicht dann erreichen können, denn nach wie vor ist es nicht überall gelungen, bei den Erstwählern, egal ob sie 16 oder 18 Jahre alt sind, das Interesse für die Wahl zu wecken. Gleichermaßen, sei hinzugefügt, gilt das auch für ältere Wählergruppen, das ist Ihnen seit langem bekannt. Da sind zu Technoklängen tanzende ehemalige Parteivorsitzende auf Parteitagsbühnen doch eher ein unrühmliches Stilblütenelement, Jugendliche für Parteien begeistern zu wollen, meine Damen und Herren. Politik und Demokratie, gerade in unseren Stadtteilen, leben vom Mitmachen, vom Streiten um die besseren Argumente und Alternativen. Das passt zu unserer Stadt, das passt zu dem von uns so hoch gelobten Bürgerengagement, das wir hier haben, und das passt zu unseren bremischen Beiräten.

Die Einbeziehung der Jugendlichen in die kommunalpolitische Arbeit vor Ort wird ein wesentlicher Beitrag sein, das kommunalpolitische Interesse von jungen Menschen zu wecken, und ich denke, es wird die Beiratssitzung auch beleben und bereichern. Diese neue Form der Partizipation geht alle Demokraten an, nicht nur uns hier im Haus, sondern eben auch in den Stadtteilen. Dieses Thema eignet sich schon gar nicht für parteipolitische Profilierung, das versteht nämlich niemand in der Stadt. Ich bin froh, dass wir das heute in breiter Mehrheit beschließen können. Dies wird keine Alibiveranstaltung, dies wird verantwortungsvolle Arbeit für die Menschen im Stadtteil. Es ist eine vollwertige Beteiligung von Jugendlichen an der Beiratsarbeit und eine Stärkung der Beiräte.

(Beifall bei der CDU)

Wir sehen das als einen sehr offensiven Vorschlag, den wir hier interfraktionell hoffentlich sehr einstimmig beschließen können. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Grotheer.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Jetzt spricht der Jüngste der SPD-Fraktion!)

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich komme gleich noch darauf zurück, Herr Pflugradt. Ich darf zunächst einmal

darauf hinweisen, dass wir uns ja nicht zum ersten Mal mit dem Thema der Stadtteilbeiräte beschäftigen. Ich darf aus einem Antragsentwurf zitieren, den wir als SPD formuliert haben. Wir haben gesagt: „Beiräte leisten in Bremen einen unverwechselbaren Beitrag zur demokratischen Kultur der Stadt. Diese sind als unmittelbar demokratisch legitimierte Stadtteilvertretungen wesentlicher Bestandteil und ein Motor des bremischen Konzeptes der aktiven Bürgerstadt. Die Motivation der Bürgerinnen und Bürger, sich als Mandatsträger oder durch aktive Beteiligung an Diskussionen und Bürgeranträge an stadtteilpolitischer Arbeit zu beteiligen, muss gefördert, unterstützt und wertgeschätzt werden.“ Das betrifft, Herr Pflugradt, also sicherlich die Jüngeren, aber auch die Lebensälteren. Auch wenn man über 40 oder 50 Jahre alt ist, finde ich, dass man sich auch zu Themen äußern können darf und muss, die andere Altersgruppen betreffen.

Ich bin Landtagsabgeordneter und Stadtbürgerschaftsabgeordneter, bin also auch kommunalpolitischer Abgeordneter in Bremen und nehme das ernst. Ich nehme auch das ernst, was wir zur Funktion der Beiräte sagen, und besuche deshalb regelmäßig die Sitzungen meines Stadtteilbeirates in Schwachhausen. Was ich dort sehe und höre, ist sehr spannend, und ich möchte Ihnen das kurz nahe bringen. Wir haben seit einiger Zeit eine Debatte um einen Jugendbeirat in Schwachhausen, der sich aus dem Jugendfreizeitheim an der Parkallee, das es seit einiger Zeit gibt, gegründet und entwickelt hat. Die Jugendlichen haben über ihr Anliegen, über ihre Arbeit einen Film gedreht. Sie haben ihre Arbeit im Beirat vorgestellt und dafür ganz viel Beifall bekommen. Das Ganze geht auf engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurück, die diese Jugendlichen anleiten. Aber es ist auch klar, wenn man das sieht, es ist bei den jungen Leuten durchaus die Bereitschaft für politisches Engagement vorhanden. Sie brauchen Unterstützung und müssen gelegentlich auch angeleitet werden, aber es ist ganz schädlich, wenn man Hürden und Probleme aufbaut, die das ganze Projekt unmöglich machen sollen.

In Schwachhausen haben wir das Glück gehabt, dass der Beirat sich über alle Parteigrenzen hinweg darauf verständigt hat, dass zwei Jugendliche als Vertreter des Jugendbeirates an den Sitzungen teilnehmen sollen. Es ging um die Frage, wie dies im Verfahren organisiert werden kann. Da hätten wir uns sehr gewünscht - Herr Pflugradt, das Thema ist wirklich spannend, und da sollten Sie auch zuhören -, dass sich das Innenressort in dieser Frage engagiert, und zwar nicht so, wie es das getan hat, sondern engagiert in dem Sinne, wie die Schwachhauser Parteien alle, die CDU, die SPD und auch die Grünen, das dort

formuliert haben, nämlich nicht Fragen zu stellen und Probleme aufzuwerfen, sondern zu helfen, das Projekt der Beteiligung von Jugendlichen voranzubringen und Probleme zu lösen.

(Beifall bei der SPD)

Die Haltung des Innenressorts lässt sich an sich in einem Wort zusammenfassen: Bedenken - mit Ausrufezeichen! -, Bedenken bei der Frage, wie man das mit der Abstimmung handhaben kann, Bedenken gegen das Rederecht und natürlich Bedenken, was die Vergabe von Mitteln durch den Jugendbeirat angeht! Dazu kann ich sagen, dass manche Bedenken auch berechtigt sind, keine Frage. Es ist ja nicht so, dass das alles aus der Luft gegriffen ist.

(Bürgermeister Röwekamp: Danke!)

Bitte, Herr Röwekamp, ich will ja nicht unfreundlich sein! Aber dass es dann so weit geht, dass man den Jugendlichen das Recht bestreitet, mit am Tisch des Beirats zu sitzen, geht mir dann doch ein bisschen weit. Das ging auch den Schwachhauser Beiratsmitgliedern zu weit. Es wurde deutlich, dass vielleicht dann doch noch andere Motivationen eine Rolle spielen als nur die rechtlichen Bedenken, die es gibt. Deshalb haben wir ja auch gesagt, dass wir nicht die Bedenken diskutieren wollen. Wir wollen sehen, dass wir dort, wo es notwendig ist und wo wir die Kompetenz haben, die bremischen Gesetze und Regelungen ändern, um eine solche Lösung zu ermöglichen. Ich sage es noch einmal, die Rolle der Politik ist hier nicht, Fragen zu stellen, sondern Fragen zu beantworten und Lösungen herbeizuführen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Ihnen sagen, dass dieses Schwachhauser Projekt - das ist der Initiator für diese Diskussion, die wir heute hier führen, gewesen - in der Öffentlichkeit eine breite Unterstützung gefunden hat. Nicht nur der Präsident der Bremischen Bürgerschaft hat dieses Projekt als Schirmherr unterstützt. Auch die Presse hat sich der Sache angenommen, und es hat sehr viel Zuspruch gegeben. An dieser Stelle möchte ich mich auch noch einmal ganz besonders bei unserem Ortsamtsleiter Werner Mühl bedanken, der sich sehr intensiv, mit sehr großer Geduld und mit sehr viel Engagement um diese Frage gekümmert hat.

(Beifall bei der SPD)

Er musste ja, wie Sie wissen, nach Ablauf seiner Amtszeit ausscheiden. Wir hoffen, dass er bald

wieder als Ortsamtsleiter in Schwachhausen seiner Arbeit nachgehen kann.

Wir haben jedenfalls, weil wir hinter diesem Projekt stehen, dieses Thema aufgegriffen, wir hatten uns in Schwachhausen ja verständigt, dass wir versuchen wollen, eine parteiübergreifende Initiative zu entwickeln. Wir haben dazu einige Dinge aufgeschrieben, die eben die Fragen des Wahlrechts, die Frage der Amtszeit der Jugendbeiräte betreffen, die Fragen des Stimmrechts, des Antragsrechts und alles das, was mit diesem Projekt zu tun hat. Wir haben das allerdings auch mit der Forderung nach einer Sicherung der Verfahrensrechte der Beiräte verbunden, die sich ja häufig darüber beklagen, dass die Verwaltung sie an die Kette legen möchte, was ihnen nicht gefällt.

Wir haben Anfang Dezember unseren Antrag an die CDU-Fraktion übersandt, haben dann drei Monate keine Reaktion gehört. Das fanden wir nach den Erklärungen, die vorher abgegeben worden waren, unverständlich und auch ärgerlich. Dann haben wir öffentlich nachgehakt und haben jetzt eine Reaktion in Form des Vorschlags, dass wir für die Beiräte das Wahlalter auf 16 Jahre absenken. Dazu kann ich Ihnen sagen: Wir begrüßen das! Dies ist ein richtig guter Weg, den Jugendlichen ab 16 ein umfassendes Recht für die Beteiligung auf Beiratsebene zu ermöglichen. Der Gedanke einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist ja nicht neu, sondern wir als SPD fordern das schon lange, aber eben nicht nur für die Beiratswahlen, sondern auch für die kommunalen und für die staatlichen Wahlen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist schon häufiger Gegenstand politischer Debatten gewesen, und es war auch schon Gegenstand von politischen Verhandlungen. Bei uns stand es zuletzt im Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl 2003. Wir hätten es gern in den Koalitionsvertrag aufgenommen, das ist nicht möglich gewesen, weil es an der CDU damals gescheitert ist. Dass es dort jetzt ein Nachdenken gegeben hat, dass die CDU sich in dieser Frage weiterentwickelt, das finde ich toll, das finde ich gut.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen das mit dem Blick in die Zukunft betrachten und nicht allzu lange uns mit der Vergangenheit aufhalten, aber ganz verkneifen konnte ich es mir an dieser Stelle nicht, weil ich mich, das muss ich auch sagen, persönlich darüber geärgert habe, dass so lange Zeit bei der CDU-Fraktion Schweigen war, nachdem es ja durchaus diese hoffnungsvollen Erklärungen in Schwachhausen gegeben hatte.

Wir sagen, Jugendliche übernehmen mit 16 Jahren viel Verantwortung in der Familie, im Beruf, in der Ausbildung. Sie können auch, das ist mir nun geläufig aus meiner beruflichen Tätigkeit, mit 16 Jahren als Zeugen vor Gericht nicht nur vernommen, sondern auch vereidigt werden, worauf ja eine besonders hohe Strafe steht, wenn man falsche Angaben macht. Es gibt viele Bereiche, in denen sie schon wie Volljährige behandelt werden. Daher ist es konsequent, wenn man ihnen die Möglichkeit einräumt, sich bei den Wahlen auch zu beteiligen, damit sie selbst über ihre Zukunft mitbestimmen können. Deshalb sage ich Ihnen hier: Dies ist gut, aber dies ist für die SPD nur der erste Schritt für eine generelle Einführung des Wahlalters 16 Jahre bei allen Wahlen. Wir werden dieses Thema am Donnerstag ja noch diskutieren können, dazu liegt ein Antrag der Grünen vor, der hier debattiert werden wird, und mein Kollege Thomas Ehmke wird dazu dann noch weitere Ausführungen machen können. Wir freuen uns schon auf diese Debatte!

Wir haben mit diesem Modell eine Lösung für die Beiräte ab 16 Jahren. Was wir noch nicht haben, das ist das, was ja auch Gegenstand der Initiative Schwachhausens ist, nämlich die Beteiligung der Jugendlichen ab 14 Jahren. Dieses Thema ist mit dem heutigen Beschluss und mit einer Änderung des Gesetzes, die ja erfolgen soll, noch nicht beendet, sondern wir werden für diesen Kreis der Jugendlichen noch weiter über eine Beteiligung nachdenken, wir werden weiter nach Lösungen suchen, und ich bin auch zuversichtlich nach dem, was wir jetzt hier erleben, dass wir auch dort vorankommen werden. Dabei ist es sicherlich so, dass es nicht nur diesen einen Weg gibt, den die Schwachhauser vorgeschlagen haben, sondern da gibt es ja andere Lösungen, wie wir sie in anderen Stadtteilen vorfinden.

Zum Schluss will ich noch einen kleinen Ausblick wagen. Wir werden als Parteien ja alle darum werben müssen, dass die Jugendlichen sich an der Beiratswahl dann auch beteiligen und dass dies nicht nur auf dem Papier steht. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass dieses Projekt Wahlalter 16 Jahre für die Beiräte zu einem Erfolg wird. Nur dann werden wir das auch künftig vertreten können. Ich meine, wir haben ein gemeinsames Programm - ich will nicht von Problem reden -, aber wir müssen alle in unseren Parteien mobilisieren, nach außen für die Teilnahme an den Wahlen und nach innen dafür, dass wir junge Kandidatinnen und Kandidaten für die Beirätewahl finden. Ich bin zuversichtlich, dass wir das schaffen werden.

Wer die Demokratie stärken will, muss an einer breiten Beteiligung der Bevölkerung an den Wah-

len interessiert sein, und das sollten wir gemeinsam organisieren. - Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Crueger.

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihr Dringlichkeitsantrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der großen Koalition, kam ja doch etwas kurzfristig und hat mich dann, als ich das heute erfuhr, fast schon an ein Bibelzitat erinnert: „Es geschehen doch noch Zeichen und Wunder!“

(Abg. Kleen [SPD]: Heute ist Tag der Poesie!)

Heute ist Tag der Poesie? Das wusste ich noch gar nicht. Danke, Herr Kollege Kleen!

Die Grünen haben dieses Thema des Öfteren hier aufgegriffen, das letzte Mal anlässlich der Ergebnisse von „Jugend im Parlament 2002“, da hatten die Jugendlichen unter anderem eine Resolution verfasst, das Wahlalter zu senken. Damals hat meine Kollegin Anja Stahmann hier gestanden und vehement versucht, Ihnen das als Position nahe zu bringen. Bei der SPD gibt es da, das klang ja bei der Rede von Herrn Grotheer durch, stets Sympathien, aber bei der CDU ist da nie etwas zu machen gewesen. Wir haben immer gefordert, dass es auf Landesebene durchgesetzt werden sollte. Ich meine, die Unterscheidung der kommunalen und der Landesebene ist in Bremen ja auch ein bisschen schwerer als woanders.

Sie haben jetzt den ganz einfachen Weg gewählt und gesagt, wir machen es für die Beiräte. Wir sehen das erst einmal als Erfolg, dann sind wir wenigstens ein Stückchen weiter, deswegen tragen wir diesen Antrag auch mit. Es mag sein, dass das mit der Initiative dieser Jugendlichen, die da ganz engagiert im Stadtteil für ihre Rechte und ihre Möglichkeiten mitzureden kämpfen, etwas zu tun hat. Es mag auch sein, dass das noch ein Stück weit Ausfluss aus dem gescheiterten Anliegen der Bürgerschaft ist, sich mit dem Volksbegehren der Initiative „Mehr Demokratie e.V.“ auf parlamentarischem Wege auseinander zu setzen. Da klang ja auch schon an: Gut, wir machen zwar nicht das, aber vielleicht können wir uns vorstellen, dass wir die Jugendlichen stärker auf der Beiratsebene mit einbeziehen.

Ich habe grundsätzlich weiterhin, das ist auch Position meiner Fraktion, die Meinung, dass wir, wenn wir in Bremen angesichts der politischen

Verhältnisse, wie wir sie haben, auch angesichts der Vorteile, die das mit sich bringt - wir sprechen ja immer vom Demokratielabor -, die Beteiligung von Jugendlichen ernsthaft uns auf die Fahnen schreiben wollen, das nicht nur bei der Beirats-ebene belassen dürfen, sondern dann müssen wir ganz selbstverständlich auch sagen: Es geht darum, dass die Jugendlichen auch mitwählen dürfen, wenn es um die Wahl zur Stadtbürgerschaft, zur Stadtverordnetenversammlung und natürlich auch zum Landtag hier in Bremen geht.

(Abg. Perschau [CDU]: Bundesweit gibt es das nicht! In keinem Bundesland!)

Das ist die einzige Möglichkeit, Jugendlichen wirklich ernsthafte Beteiligung bei den Entscheidungen zu geben, die sie angehen, wenn Haushalte hier beschlossen werden, die die nächsten 20 Jahre vorbelasten und darüber hinaus. Wenn sie diese Entscheidungen mit beeinflussen wollen, dann geht das nur mit dem Wahlalter 16 Jahre auf Landesebene.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, dass das Wahlalter 16 Jahre für die Beiräte dem Jugendbeirat an sich auch nicht so viel helfen wird. Das ist eine ganz zweiseitige Sache, das wurde jetzt in Ihren beiden Reden sehr stark miteinander verknüpft. Es wird eher die Schwierigkeit geben, dass es jetzt in Zukunft die einen gibt, die dann 16 Jahre oder älter sind und wählen, auch dann gewählt werden können. Das ist erst einmal gut. Aber was bedeutet das, wie können sie gewählt werden? Sie können doch im Grunde nur gewählt werden, wenn sie auf einer Parteiliste antreten. Das heißt, wie soll das, was der Jugendbeirat sich als seinen Kodex auferlegt hat, nämlich dass er sagt, er will parteiunabhängig sein, er will hier etwas auf die Beine stellen, was sich nicht an Parteifarben festmacht, sondern was aus dem Engagement der Jugendlichen heraus getragen wird, gehen? Sagen Sie mir einmal, wie das praktisch funktionieren soll, wenn natürlich jeder Jugendliche prinzipiell als Einzelbewerber oder wie auch immer zur Beiratswahl antreten kann, aber wir doch alle wissen, wie es in der Praxis läuft, nämlich die einzige Möglichkeit für junge Menschen nach wie vor sein wird, sich auf einem Parteiticket für so ein Parlament wählen zu lassen und dem Jugendbeirat damit vielleicht ein Stück weit auch etwas verloren geht!

Zumindest bleiben die außen vor, die bislang unter 16 Jahre sind und sich schon im Jugendbeirat engagieren, Vierzehn- bis Sechzehnjährige gibt es da auch schon einige, und es wäre ja auch wünschenswert, wenn das noch ein paar mehr werden würden, und die stehen weiterhin vor dem

Problem, das ist weiterhin ungelöst: Wie sollen sie sich im Beirat beteiligen können?

Das, meine ich, und das ist Position unserer Fraktion, sollte nicht primär auf der Schiene laufen, dass sie mit irgendwelchen formalen Rechten ausgestattet werden, die unsere Verfassung nun einmal nicht hergibt. Man kann sich nicht jemanden dazu wählen, das ist schon so. Ich finde es doch viel spannender zu schauen: Inwieweit können sie als Experten in eigener Sache beteiligt werden? Das ist doch auch im Grunde das, was das Interesse der Jugendlichen dort vor Ort ist, sie wollen mitreden können, wenn es um Entscheidungen geht, die sie betreffen, sie wollen ernst genommen werden, sie wollen auch eine gewisse demokratische Legitimierung unter ihresgleichen. Deshalb haben sie sich dieses Modell überlegt, dass sie an den Schulen gewählt werden.

Dann muss man sich als Beirat doch mit ihnen an einen Tisch setzen, muss sie als beratende Mitglieder, wie wir das auch in jeder Deputation hier kennen, mit in die Diskussion einbeziehen. Dass sie dann auch ganz selbstverständlich wissen, dass womöglich dann gegen ihr Votum entschieden wird, das ist doch nun einmal die Sache der Demokratie, damit haben sie, glaube ich, auch kein Problem. Sie haben ein Problem damit, dass im Moment diese demokratischen Abläufe passieren und kein Mensch sie fragt. Wir entkommunalisieren Freizeitheime, und kein Mensch fragt, welche Ideen und Konzepte die Jugendlichen dabei haben. Das ist doch die Crux, das ist doch das, was im Moment falsch gemacht wird, dagegen hat sich dieser Jugendbeirat formiert. Das hat, glaube ich, primär nicht etwas damit zu tun, ob sie nun in Zukunft als gewählte Mandatsträger da sitzen können, denn dann ist es immer noch nur einer, oder es sind zwei, eine Mehrheit haben sie damit noch lange nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir uns genau anschauen, welche Modelle es in den verschiedenen Beiräten gibt, dann ist der Jugendbeirat in Schwachhausen das eine. In Huchting gibt es ein Modell, da übernehmen Beiratsmitglieder die Patenschaften für Jugendprojekte, die aus Globalmitteln finanziert wurden. Sie kürzen übrigens die Globalmittel beziehungsweise die Beiratsmittel auch um ein Drittel, das muss man auch, wenn man über Stärkung der Beiräte redet, mit im Blick behalten. Jedenfalls gibt es in Huchting so ein Patenschaftsmodell. In Bremen-Nord gibt es den Präventionsrat, der sich auch damit beschäftigt, die Jugendlichen stärker einzubeziehen, Herr Bartels sprach das schon an, im Bremer Westen haben wir die Jugendforen. Das

heißt, wir haben ganz viele verschiedene Modelle, und ich glaube, es ist auch falsch, sich eines dieser Modelle jetzt herauszupicken und zu sagen: Das ist jetzt das Richtige, das ist jetzt der Weg, wie sich Jugendliche beteiligen sollen.

Sicht unserer Fraktion ist: Es gibt ein ganz grundsätzliches Problem, dass im Moment ein Viertel unserer Bevölkerung von demokratischen Prozessen ausgeschlossen wird, weil es nicht wählen darf. Deshalb müssen wir das Wahlalter reformieren. Die andere Baustelle ist: Wie können wir in den Beiräten, dort, wo stadtteilnahe Entscheidungen getroffen werden, Jugendlichen die Möglichkeit geben mitzureden? Das, finde ich, hat in den einzelnen Beiräten ganz viel damit zu tun, worauf die Jugendlichen Lust haben, was ihre Interessen und wie sie sozialisiert sind. Das mag nicht immer so wie in Schwachhausen sehr stark an formalen Strukturen orientiert sein, das mag in anderen Stadtteilen ganz anders aussehen. Da geht es darum, dass den Jugendlichen, die heute sagen, sie haben Lust mitzureden, nicht, wie es in einem Ortsamt passiert ist, vom Ortsamtsleiter der Stecker herausgezogen wird, wenn sie ihr Projekt präsentieren wollen, sondern dass Politik es ihnen ermöglicht, in Ruhe auszureden und dass man sich mit den Argumenten, die sie vorbringen, auseinandersetzt. Das ist es doch, wofür es politisch geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Sinne: Wir tragen Ihren Antrag mit. Wir halten unseren Antrag im Landtag natürlich aufrecht, freuen uns da auf die Debatte. Das Wahlalter 16 Jahre auf Landesebene kann auch nur funktionieren, Herr Bartels, da haben Sie natürlich völlig Recht, wenn man das mit einer entsprechenden Praxis in den Schulen verknüpft. Wenn man das nicht macht, das haben wir schon in anderen Bundesländern gesehen, geht das ziemlich in die Hose. Ich glaube aber, wenn die Lehrer ihren Schülern beibringen können, wie das Parteiensystem funktioniert, und dann ist einige Wochen später die Wahl, und die Jugendlichen könnten selbst abstimmen, dann ist das ein ganz anderer Anreiz, der es so auch der politischen Bildung leichter machen wird.

Ich freue mich, wie gesagt, auf die Debatte und hoffe, dass Sie den Antrag dann nicht mit dem Argument ablehnen: Wir haben ja jetzt das Wahlalter 16 Jahre auf Beiratsebene, was wollen Sie eigentlich! Ich habe versucht, es klar zu machen, und ich hoffe, es ist deutlich geworden, das sind noch einmal zwei unterschiedliche Sachen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Parlament hat sich in den letzten Jahren immer wieder mit der Frage befasst, ob das aktive und/oder passive Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt werden soll. Zuletzt hat auch hierzu ein Ausschuss getagt, und es ist im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss unlängst ausführlich beraten worden. Ohne jetzt der Debatte im Landtag vorgreifen zu wollen, möchte ich doch der Vollständigkeit halber wenigstens erwähnen, dass es erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken dagegen gibt, das Wahlrecht bei Landtags- und Bundestagswahlen auf 16 Jahre herabzusetzen. Das sei an dieser Stelle zumindest erwähnt, weil wir natürlich auch in anderen Rechtsgebieten peinlich genau darauf achten, wie wir mit Jugendlichen umgehen.

Ich möchte daran erinnern, dass die volle Geschäftsfähigkeit beispielsweise nach zivilrechtlichen Maßstäben auch an das Alter 18 Jahre geknüpft ist, dass die Strafmündigkeit von Jugendlichen mit privilegierten Vorschriften auch an bestimmte Fristen gebunden ist. Es ist sogar erlaubt, bis zu Einundzwanzigjährige unter das Jugendstrafrecht fallen zu lassen. Wenn man also über die Frage der Verantwortungsbereitschaft und des Verantwortungsbewusstseins von Jugendlichen nachdenkt, finde ich, kann man sich nicht nur auf das Wahlrecht fokussieren, da muss man vielleicht einmal alle rechtlichen Bereiche untersuchen. Da kann man nicht in der einen Sache, Herr Crueger, so reden und sagen, wir müssen auf jeden Fall das Jugendstrafrecht aufrechterhalten, und auch bis 21 Jahre muss das noch für Jugendliche anwendbar sein, und auch im Zivilrecht wollen wir keine vermehrte Verantwortung für Jugendliche, aber im Wahlrecht wollen wir den Jugendlichen mit 16 Jahren die volle Verantwortung geben.

Ich finde, wir müssen mit so einer Debatte erneut sorgsam umgehen, weil Sie erneut einen Antrag eingebracht haben, obwohl die Argumente dazu bereits bei der letzten Diskussion über die Herabsetzung des Wahlalters ausgiebig und ausführlich erörtert wurden. Die notwendigen verfassungsrechtlichen Bedenken sind dabei auch erwähnt worden.

Nur am Rande sei erwähnt, dass es das Wahlrecht für unter Achtzehnjährige in keinem anderen deutschen Landtag gibt, und Bremen wäre das erste Bundesland, wo dieser Zustand hergestellt werden sollte. Sie können davon ausgehen, dass das einer erheblichen verfassungsrechtlichen Prü-

fung zu unterziehen wäre. Wir haben die Argumente unseres Hauses, das sind keine politischen, sondern das sind wahlrechtliche Argumente, ausführlich dargestellt und die Bedenken auch offen gelegt. Diese haben sich nicht verändert, seitdem das Parlament das letzte Mal fachkundig darüber beraten hat. Deswegen kann ich auch noch nicht unmittelbar erkennen, dass die erneute Einsetzung eines Ausschusses, wie Sie ihn begehren, nun zu anderen verfassungsrechtlichen Bewertungen führen wird, sondern die Auffassung unserer Behörde als „Wahlrechtsbehörde“ ist dazu unverändert.

Das, was die CDU-Fraktion jetzt vorgeschlagen hat in dem gemeinsamen Antrag, kann, glaube ich, ernsthaft geprüft werden. Ich möchte an dieser Stelle allerdings nicht unerwähnt lassen, dass wir natürlich schon ein bisschen im Wahlrhythmus sind. Das Parlament hat in seiner letzten Sitzung in zwei Lesungen die Veränderung der Mandatsverhältnisse zwischen Bremen und Bremerhaven beschlossen, wofür wir auch sehr dankbar sind, weil wir einen erheblichen Zeitdruck hatten. Nach Paragraph 19 Absatz 3 des Wahlgesetzes besteht die Möglichkeit, bereits bis zu 15 Monate vor dem Wahltermin die Wahlaufstellungsversammlungen beginnen zu lassen. Für meine Partei kann ich einordnen, dass wir noch nicht so weit sind, für die Sozialdemokraten habe ich auch noch keine diesbezügliche Unruhe festgestellt,

(Heiterkeit)

aber ich kann ja nicht am Ende sagen, welche Parteien sich bewerben werden und wie die Aufstellungsfristen sind, darauf wird sehr genau zu achten sein. Diese Aufstellungsfrist gilt nicht nur nach dem Wahlgesetz für den Landtag, sondern sie gilt auch für die Stadtbürgerschaft und für die Beiräte. Deswegen werden wir sehr sorgsam zu prüfen haben.

Das Parlament beschließt mit diesem Antrag jetzt noch kein Gesetz, sondern gibt den Auftrag an den Senat, ein entsprechendes Gesetz zu erarbeiten. Das hat erhebliche wahlrechtliche Konsequenzen. Ich will damit nur sagen, ich bin für den Vorschlag dankbar, ich halte ihn auch für gut, im Gegensatz zu Herrn Crueger, um eine angemessene Beteiligung von Jugendlichen auf kommunaler Ebene sicherzustellen. Das ist das, was nach unserer verfassungsrechtlichen Einschätzung allenfalls ginge, das ist ein sehr guter, qualifizierter Vorschlag. Wir werden ihn sorgsam prüfen und dem Parlament die notwendigen Gesetzesänderungen mit den sich dann vielleicht auch daraus ergebenden rechtlichen Bedenken entsprechend mitteilen.

Lassen Sie mich noch einmal an dieser Stelle, weil Herr Grotheer gesagt hat, das Innenressort wäre der Oberblockierer, nur sagen, das Wahlrecht ist das vornehmste Recht des Parlaments! Das hat dieser Senat in unterschiedlichen Besetzungen immer wieder auch außerordentlich hoch geachtet. Wir haben die Aufgabe zu überprüfen, ob das, was beschlossen und durchgesetzt wird, wahlrechtlich geht.

Jetzt einmal allen Ernstes, Herr Grotheer: Wir wählen unsere Beiratsmitglieder in freier, geheimer und so weiter Wahl direkt durch die Bevölkerung. Wenn dann der Beirat Schwachhausen beschließt, dass der Beirat sich sozusagen beliebig viele Mitglieder selbst dazu wählen kann, dann darf ich ja wohl rechtliche Bedenken anmelden und sagen, das ist mit unserer Verfassung, mit unserem Wahlgesetz und mit unserem Beirätegesetz nicht so ganz vereinbar. Das muss man an dieser Stelle sagen, weil sich ansonsten jeder irgendjemanden dazu wählen könnte. Wir haben die Entscheidung getroffen, dass die Beiräte direkt durch die Bevölkerung gewählt werden, das wird auch Ihren Ansprüchen gerecht. Wir wollen eine örtliche Interessenvertretung der Menschen, das organisieren wir über die Beirätewahl. Dass diese sich dann beliebig vermehren können, sieht das Gesetz nicht vor und die Verfassung im Übrigen auch nicht.

Das Parlament ist ja auch nicht frei, über die jetzigen Sitze hinaus beliebig viele Abgeordnete dazu zu wählen, das ist wirklich Aufgabe des Souveräns, es hat auch ein bisschen mit der Gewaltenteilung zu tun, und deswegen hielten wir diesen Vorschlag für nicht ganz verfassungskonform. Wenn es eine Beleidigung ist, das zu erwähnen, dann haben wir vielleicht eine leicht unterschiedliche Auffassung von der sachgerechten Interessenwahrnehmung. Es ist unsere Aufgabe, darauf hinzuweisen, dass ein Beschluss des Beirats rechtswidrig ist. Nichts anderes haben wir an dieser Stelle getan.

Das betrifft im Übrigen auch die Haushaltsbefugnis. Natürlich kann der Beirat nach den geltenden haushaltsgesetzlichen Vorschriften nicht einen Sondertopf Jugendbeirat entsprechend hier bilden. Ich meine, das Haushaltsgesetz beschließt dieses Parlament. Das Parlament hat uns auferlegt, bestimmte Kriterien bei der Vergabe von Haushaltsmitteln zu beachten. Wenn Sie das ändern wollen, sind Sie frei, das zu ändern, aber wenn der Beirat jetzt beschließt, dass der Jugendbeirat selbst Geld in die Hand bekommt, über das er frei verfügen kann, dann, muss ich sagen, steht das nicht in Übereinstimmung mit den Gesetzen, die dieses Parlament mit Ihrer Stimme, Herr Grotheer, mit der Mehrheit der Sozialdemo-

kraten und wahrscheinlich in diesem Punkt vielleicht sogar auch in Übereinstimmung mit der Auffassung der Grünen beschlossen hat. Der Hinweis darauf sollte auch keine Beleidigung sein, sondern einfach nur der schlichte Hinweis darauf, dass das nicht rechtmäßig ist, was dort entsprechend erfolgt.

Außerdem teile ich die Auffassung von Herrn Crueger nicht, und ich finde auch widersprüchlich zu sagen, damit lösen wir das Problem der Beteiligung von Jugendlichen in unserem Gemeinwesen nicht. Da widersprechen Sie sich! Auf der einen Seite sagen Sie, Jugendliche sollten aktiv und passiv, ich weiß nicht, ich vermute einmal, mit 16 schon wählen können, auf der anderen Seite sagen Sie, aber auf der Ortsebene bringe das nichts, weil sie ja bei den Parteien kandidieren müssen, da hätten sie ja nichts davon!

Gehen Sie einmal davon aus, auch wenn Sie das Wahlalter auf 16 Jahre für den Landtag und die Stadtbürgerschaft herabsetzen, wird sich die Frage dann stellen, wie Jugendliche antreten, ob sie als eigene Partei antreten oder als Wählerinitiative oder ob sie eine Integration in das bestehende Parteiensystem bekommen! Dass Sie jetzt sagen, auf der Landesebene helfe die Herabsetzung auf 16 Jahre, aber auf der kommunalen Ebene helfe sie überhaupt nichts, weil die Jugendlichen sich trotzdem nicht ernst genommen fühlen und trotzdem noch den Weg über die Parteidemokratie gehen müssen, da, muss ich ehrlicherweise sagen, habe ich Sie am Ende nicht verstanden.

Entweder kommen wir gemeinsam zu der Auffassung und sagen, jawohl, wir wollen Jugendliche im gesetzlich möglichen Rahmen an den Entscheidungsprozessen unserer demokratischen Gesellschaft partizipieren lassen, dafür bin ich, dann muss man sagen, wir wollen ihnen das aktive und passive Wahlrecht geben! Dann sind sie aber nicht privilegiert, sondern dann nehmen sie an den Wahlen teil wie alle anderen Menschen, die in Bremen an Kommunalpolitik interessiert sind, auch daran teilnehmen. Das kann man in Form von Beiratswahlen organisieren, dafür ist diese Anregung sicherlich ein überprüfenswerter Vorschlag, und ich glaube, dass wir die andere Debatte, ob es verfassungsrechtlich erlaubt ist, das Wahlalter generell auf 16 Jahre herabzusetzen, noch im Landtag ausführlich diskutieren können.

Wir werden den Vorschlag des Parlaments ernst nehmen. Sie bitten uns, das zu prüfen und Ihnen zu berichten. Die andere Möglichkeit wäre gewesen, dass Sie aus dem Parlament heraus sofort die entsprechenden Vorschriften im Beirätegesetz und im Wahlgesetz ändern. Sie haben sich für

diesen Weg entschieden, wir werden Ihnen zügig und umfangreich dazu berichten. Ich hoffe, dass das der Auftakt sein kann, wie wir Jugendlichen die Möglichkeit geben, sie an den Entscheidungsprozessen weiter mitwirken zu lassen.

Im Übrigen glaube ich, dass die Jugendlichen in Schwachhausen, in Huchting und in allen anderen Beiräten außerordentlich ernst genommen werden. Das ist zumindest die Wahrnehmung, die wir aus dem bisherigen Verfahrensablauf in den Beiräten haben. Sie fühlen sich auch ernst genommen. Dass sie darüber hinaus natürlich eine weitergehende Teilnahme erwünschen, das kann man verstehen, aber es ist nicht so, dass die Beiräte mit den Jugendlichen bisher etwa nachlässig umgegangen seien. Das ist zumindest nicht unsere Wahrnehmung. Wir können über jeden Jugendlichen, der bereit ist, sich in unsere demokratische Willensbildung einzumischen, froh und dankbar sein. Die Beiräte haben das auch gespürt und wahrgenommen, und sie gehen sehr verantwortungsbewusst damit um. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Grotheer.

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte nur einige durchaus freundlich gemeinte Worte zu Herrn Senator Röwekamp sagen. Ich habe nicht gehört, dass hier irgendjemand beleidigt war oder jemanden beleidigen wollte, ich habe das überhaupt nicht verstanden im Zusammenhang Ihres Redebeitrags. Ich werde noch einmal versuchen, das im Protokoll nachzulesen, was Sie gemeint haben. Ich habe nur davon gesprochen, dass im Beirat Schwachhausen - damit meine ich nicht nur die SPD-Vertreter - der Eindruck entstanden war, dass dieses Projekt „Jugendbeirat“, die Beteiligung Jugendlicher an der Beiratsarbeit vom Innenressort nicht positiv begleitet wurde, sondern dass der Eindruck entstanden war, da sind die Bedenken in der Mehrheit, um es einmal deutlich zu sagen! Dieses Verhalten wird, dabei bleibe ich, dem Thema überhaupt nicht gerecht.

Natürlich ist mir geläufig, dass es Probleme verfassungsrechtlicher Art geben kann, wenn vorgeschlagen wird, dass neben einem Beirat noch ein Jugendbeirat direkt durch die Bevölkerung gewählt werden soll, weil in unserem parlamentarischen System eine ununterbrochene Kette der Legitimation bei Wahlen vorhanden sein muss. Darüber kann man diskutieren. Wenn auch solche Bedenken vorgebracht werden, dann kann man sich damit auseinandersetzen, aber gerade das kam ja nicht!

Es ist übrigens, Herr Senator, nach unserer Verfassung so, dass wir diese Möglichkeit einer Zuwahl für Gremien, die teils parlamentarische, teils exekutive Rechte ausüben, durchaus haben: Wir haben die Deputationen, in denen Abgeordnete sitzen, und Deputierte werden durch das Parlament hinzugewählt. Ich habe mich durchaus auch mit dieser Frage beschäftigt, und aus dem Hause des Justizsenators war jedenfalls zu hören, dass etwa ein Modell, wonach die Schulen, die Verbände, die Vereine in den Stadtteilen Delegierte entsenden für einen Jugendbeirat, also ein Delegiertenprinzip, dass dieser Beirat dann wiederum Vertreter benennt für den Beirat, diese vom Beirat gewählt werden und Beteiligungsrechte bekommen sollen, eine Möglichkeit wäre, über die man durchaus hätte nachdenken können. Ich will nicht sagen, das ist der Schnee von gestern, ich wollte nur deutlich machen, dass es schwierige Fragen gibt, aber man muss dann nach den Lösungen suchen.

Das betrifft auch die Frage, ob man Jugendlichen Geld in die Hand geben darf, damit sie dann politisch darüber verfügen können. Da müssten wir möglicherweise die Landeshaushaltsordnung ändern, die Ortsamtsleiter sind aber ohnehin verpflichtet, darauf zu achten, dass sie eingehalten wird. Bemerkten möchte ich aber doch noch, dass die Stadtteilbeiräte über eine Vielzahl von Zuschüssen für die verschiedensten Projekte befinden. Niemand kommt auf die Idee, dass das gegen die Landeshaushaltsordnung verstößt! Das, was politisch gewollt war, war ein Modell, wonach Jugendliche für bestimmte Projekte, die aus ihrer Sicht wichtig sind, auch Geld zur Verfügung gestellt bekommen sollten, nicht mehr, aber eben auch nicht weniger!

Ich will es hier nicht komplizieren, ich finde, dass wir mit dem Beschluss, den wir jetzt fassen wollen, auf einem richtig guten Weg sind, und ich hoffe, dass wir uns nicht verlieren auf dem weiteren Weg, wenn es um die konkreten Gesetzesänderungen geht. Ich betone noch einmal, wir haben als Parteien in Bremen, in Deutschland ein gemeinsames Interesse daran, dass sich Jugendliche an der Politik beteiligen, dass sie mitmachen und dass wir eine ordentliche Beteiligung an den Wahlen haben. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Perschau.

Abg. **Perschau** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Grotheer, ich glaube, es ist nicht erforderlich, dass Sie das, was Herr Röwekamp gesagt hat, eigenständig

neu deuten müssen. Ich glaube, dass es ziemlich klar war, was er gesagt hat, und das fand ich auch sehr gut.

Wir haben die einzelnen Punkte auch sehr genau geprüft. Es ist natürlich so, Sie landen relativ schnell auf dünnem Eis, was die Legitimation von selbst ernannten Jugendbeiräten angeht, egal, ob sie jetzt in der Schule, in den Sportvereinen oder in den Verbänden der Jugendpflege gewählt werden, wo immer Sie das wollen! Deshalb war es für uns im Grunde genommen auch klar, dass man prüfen musste, was man denn vernünftigerweise tun kann, was uns selbst auch in die Pflicht nimmt, uns darum wirklich zu kümmern. Im Beirat hat jeder, der an einer öffentlichen Beiratssitzung teilnimmt, die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden und sich auch Gehör zu verschaffen.

Ich denke, dass wir jetzt eine Lösung haben, der alle drei Fraktionen zugestimmt haben. Wir sollten unsere Kraft jetzt weniger darin vergeuden, dass wir darüber nachdenken, wer wann wo welche Kriegsgeschichte hatte, sondern wir haben diesen Beschluss, wenn wir ihn heute so fassen, und es sieht ja so aus, und dann haben wir eine ganz enge Zeitschiene bis zur nächsten Wahl. Das betrifft zunächst auch einmal den Senat, und deshalb bin ich dankbar, dass Herr Röwekamp versprochen hat, dies schnell, und zwar so schnell wie möglich, zu prüfen und natürlich auch in der gebotenen Sorgfalt, aber dass wir zügig vorankommen!

Wir sollten uns alle nicht einbilden, dass die Wahrnehmung von aktivem und passivem Wahlrecht für Sechzehnjährige ein Selbstläufer ist! Wir werden auch in unseren eigenen Gliederungen, in unseren Stadtbezirksverbänden oder in den Ortsvereinen oder wie auch immer sie heißen, diese Kandidaten aufstellen müssen.

Diejenigen, die im Mai nächsten Jahres 16 Jahre alt sind, sind zurzeit 14

(Abg. Kleen [SPD]: Na!)

oder werden bald 15.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Das rechnen Sie besser noch einmal nach!)

Von daher ist es sicherlich so, dass wir in dieser Zielgruppe auch nicht so wahnsinnig trainiert sind, eigene Kandidaten zu identifizieren, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und dies auch gemeinsam aufzuarbeiten. Ich glaube, dass es ein sehr guter Vorschlag ist, der uns alle zu einer intensiveren Zuwendung zwingt, und ich hoffe, dass es gelingt, die rechtlichen Regelungen so zeitgerecht einzuführen und so zeitgerecht auch zu beschließen,

dass wir wirklich auch zu den nächsten Wahlen eine solche Lösung finden.

Wenn wir diese Lösung mit dem aktiven und passiven Wahlrecht nicht finden, dann werden wir möglicherweise auf improvisiertere Modelle ausweichen müssen, wie sie hier auch vorgeschlagen worden sind, aber es sind eben improvisiertere Modelle, weil sie Legitimationsprobleme haben und weil sie natürlich auch Separationsprobleme von der üblichen Beiratsarbeit haben. Deshalb wäre ich dankbar, wenn wir und der Senat uns dieser Arbeit jetzt zuwenden und uns auch in den Gliederungen darauf vorbereiten, so etwas wirklich umsetzen zu können und nicht so zu tun, als sei das alles schon bestens vorbereitet. Das ist ein sehr knapper Zeithorizont, auf den ich bewusst hinweisen möchte.

Ich wünsche uns eine erfolgreiche gemeinsame Arbeit, junge Menschen durch diese Maßnahmen stärker an politische Verantwortung zu gewöhnen und sie vielleicht auch dafür zu interessieren, das Gemeinwohl zu betrachten und daran mitzuwirken, es wirksam zu gestalten. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Crueger.

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bürgermeister Röwekamp, Sie haben es ja sehr richtig ausgeführt, dass es durchaus auch eine mitunter sinnhafte innere Logik gibt, ab welchem Alter man was darf und wofür man zur Verantwortung gezogen wird. Trotzdem fällt es aber in Ihren Geschäftsbereich, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zwischen 16 und 18 Jahren nach wie vor wie Erwachsene behandelt werden. Das heißt, ich denke, auch da kann man es in die eine wie in die andere Richtung diskutieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte nur noch ganz zum Schluss sagen, dass ich das Gefühl habe, hier brennt schon wieder der Streit innerhalb der großen Koalition, wer sich nun vermeintlich am besten dafür einsetzt, dass die Jugendlichen politisch beteiligt werden. Ich glaube, wir sind uns eigentlich hoffentlich in der Sache alle einig. Ich möchte nur dafür plädieren, dass wir diesen Streit, der in gewisser Weise auch einfach unsäglich ist, möglichst nicht allzu öffentlich führen. Die Blockaden, die es in den letzten Wochen gegenseitig gab, was auch alles sehr schön in der Zeitung berichtet wurde, sind,

glaube ich, nicht zielführend. Ich denke, das wird den Verdruss unter Jugendlichen eher steigern. Da haben sich einige junge Leute, die sich politisch beteiligen wollen, auf den Weg gemacht, und wenn sie jetzt als Rückantwort nur bekommen, na ja, irgendwie ist das dann doch im allgemeinen Parteiengozänk wieder untergegangen, ist das keine positive Nachricht.

Es macht nun einmal auch einen Unterschied, ob es wie in diesem Jugendbeirat Schwachhausen letztlich nur darum geht, dass wir die Jugendlichen ernst nehmen, oder ob wir, und das ist die zweite Baustelle, und da sind wir ja auch mit unserem Antrag im Landtag vertreten, ihnen das Wahlrecht geben. Das Wahlrecht auf der einen Seite und das Ernstnehmen bei Entscheidungen auf der anderen Seite, das sind auch noch einmal zwei voneinander losgelöste Problemfelder.

Deshalb brauchen wir uns, was den Jugendbeirat Schwachhausen angeht, nicht zu sehr in eine theoretische Debatte zu verrennen, sondern müssen dem Ortsamt einfach die Rückendeckung geben. Ich glaube, dann wird der Beirat auch ganz vernünftige Ergebnisse erzielen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/487 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2003

Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2004 (Drucksache 16/279 S)

Wir verbinden hiermit:

Jahresbericht 2005 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2003 der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) des Rechnungshofes vom 14. März 2005

(Drucksache 16/303 S)

sowie

Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) für das Jahr 2003 (Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2004 - Drs. 16/279 S) und zum Jahresbericht 2005 des Rechnungshofes vom 14. März 2005 (Drs. 16/303 S) vom 23. Januar 2006

(Drucksache 16/467 S)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über die Entlastung des Senats, Drucksache 16/279 S, abstimmen.

Wer dem Senat gemäß Paragraph 114 Absatz 1 in Verbindung mit Paragraph 118 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft erteilt dem Senat Entlastung.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses, Drucksache 16/467 S, abstimmen.

Wer den Bemerkungen im Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses, Drucksache 16/467 S, beitreten möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft tritt den Bemerkungen des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von dem Jahresbericht 2005 des Rechnungshofes, Drucksache 16/303 S, und von dem Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses, Drucksache 16/467 S, Kenntnis.

Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001

69. Änderung - Huckelriede (Am Damacker) - (ehemals 83. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983)

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2006 (Drucksache 16/472 S)

Wir verbinden hiermit:

Bebauungsplan 1808 A für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Werdersee und Am Damacker (zum Teil beiderseits)

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2006 (Drucksache 16/473 S)

sowie

Bebauungsplan 1808 B für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Buntentorsdeich (einschließlich), Am Damacker (zum Teil einschließlich), Werdersee, Max-Eyth-Straße (zum Teil einschließlich) und Niedersachsendam

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2006 (Drucksache 16/474 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Flächennutzungsplan Bremen abstimmen.

Wer den Plan zur 69. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Jetzt lasse ich über den Bebauungsplan 1808 A abstimmen.

Wer den Bebauungsplan 1808 A beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Bebauungsplan 1808 B abstimmen.

Wer den Bebauungsplan 1808 B beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2251 für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Stapelfeldstraße, Waltjenstraße (einschließlich, gerade Hausnummern 80 bis 138) und Lütjenburger Straße (Verlängerung)
Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2006 (Drucksache 16/475 S)

Wir verbinden hiermit:

Bebauungsplan 2276 für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Ortstraße (gerade Hausnummern 8 bis 24), Liegnitzstraße (ungerade Hausnummern 55 bis 63) und Stapelfeldstraße
Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2006 (Drucksache 16/476 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst lasse ich über den Bebauungsplan 2251 abstimmen.

Wer den Bebauungsplan 2251 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Bebauungsplan 2276 abstimmen.

Wer den Bebauungsplan 2276 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bildung

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Einhaltung von Geschwindigkeitsbegrenzung in Tempo-30-Zonen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Juni 2005 (Drucksache 16/340 S)

Wir verbinden hiermit:

Einhaltung von Geschwindigkeitsbegrenzung in Tempo-30-Zonen

Mitteilung des Senats vom 21. Februar 2006 (Drucksache 16/480 S)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Röwekamp, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. vom Bruch.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Juni 2005, Drucksache 16/340 S, ist von der Stadtbürgerschaft in ihrer 23. Sitzung am 21. Juni 2005 an die städtischen Deputationen für Inneres, federführend, und Bau und Verkehr überwiesen worden. Diese legen nunmehr mit der Drucksachennummer 16/480 S ihre Berichte dazu vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute ein zweites Mal über das Thema Verkehrsüberwachung, also über die Frage, wie gehen wir mit dem Verkehr in unserer Stadtgemeinde Bremen um, und zwar ganz speziell jetzt nicht mit dem überregionalen Verkehr, sondern mit dem Verkehr in den Wohngebieten, in den so genannten Tempo-30-Zonen. Einige Spielstraßen haben wir auch, im Wesentlichen sind es aber die Tempo-30-Zonen.

Wenn man sich einmal anschaut, was der Senator für Inneres in der letzten Woche als Verkehrsunfallentwicklung im Jahr 2005 veröffentlicht hat, so kann man sagen, dass wir es trotz eines leichten Rückgangs der Gesamtzahlen, der sehr erfreulich ist, immer noch mit einer sehr hohen Zahl von Verkehrsunfällen zu tun haben. Wir haben leider auch immer noch zu viele Opfer zu beklagen, darunter auch etliche Kinder. Im Land Bremen sind im letzten Jahr 450 Verkehrsunfälle mit der Beteiligung von Kindern passiert, und dabei sind 339 Kinder zu Schaden gekommen. Das ist im Wesentlichen - und ich möchte hier kein Missverständnis aufkommen lassen, was die Todesfälle, die schweren Unfälle angeht - auf Durchgangsstraßen und bei höherer Geschwindigkeit passiert. Hier haben wir sozusagen ein eigenes Thema, ein eigenes Problem, das wir abarbeiten müssen, meines Erachtens auch durch die Kontrollen der Polizei, durch die präventiven Maßnahmen, die Verkehrserziehung und so weiter, und das wir im Großen und Ganzen auch sehr vernünftig angehen.

Ein Teil dieses Unfallproblems ist aber auch die überhöhte Geschwindigkeit insgesamt in den

Tempo-30-Zonen, also dort, wo die Menschen wohnen und wo, Sie alle kennen die Situation, Kinder oft zwischen Fahrzeugen beim Spielen auf die Fahrbahn hervorlaufen und wo wir auch eine bedenkliche Entwicklung haben. Ich glaube, die Debatte seit unserem Antrag im letzten Jahr hat gezeigt, dass wir uns in den Grundannahmen, wie wir mit diesem Problem hier im Haus umgehen, einig sind. Wir haben alle in den entsprechenden Deputationen, auch in der letzten Debatte, hier bekannt, dass uns dieses Problem am Herzen liegt, dass wir auf eine Überwachung der Geschwindigkeitsbegrenzung in den Tempo-30-Zonen drängen.

Gleichwohl, wenn man noch einmal die Verkehrsunfallstatistik des Senators für Inneres nimmt, dann meldet dieser, erhoben durch die Polizei dort, zwei wesentliche Komponenten, die er auch selbst als besonders bedenklich bezeichnet. Die eine These ist, das aggressive Verhalten im Straßenverkehr nimmt zu. Diese Beobachtung hat die Polizei deutlich gemacht. Die zweite These ist, die Bevölkerung erwartet eine konsequente Überwachung und Ahndung von Verstößen. Genau an diesem Punkt, den Sie dort vorgestellt haben, Herr Röwekamp, haben Sie uns auf Ihrer Seite, weil wir sagen, dass es auch dort, wo die Menschen wohnen, also in den Tempo-30-Zonen, eine ausreichende Überwachung dieser Geschwindigkeitsbeschränkungen geben muss. Übrigens, das Thema behandelt ja auch in wesentlichen Punkten unser Antrag.

Es gibt sehr unterschiedliche Anhaltspunkte, um zu sagen, wie groß das Problem in diesen Tempo-30-Zonen ist. In der Antwort, die heute vorliegt, die mehrheitlich von SPD und CDU in den Deputationen beschlossen worden ist, die der Senat uns heute übermittelt, wird gesagt: Das ist im Prinzip ein Problem, das man nicht genau beziffern kann, aber man schätzt die Überschreitungen der Geschwindigkeit in diesen Tempo-30-Zonen auf etwa 20 bis 30 Prozent ein.

Nun haben wir aber leider ganz andere Zahlen, und das ist, finde ich, nicht besonders hilfreich. Immer wenn es wieder konkret wird, das heißt, wenn in den Beiräten und vor Ort noch einmal gemessen oder darüber gesprochen wird, dann haben wir ganz andere Zahlen. Gerade jüngst im Beirat Horn-Lehe hat man im Gebiet Vorkampsweg noch einmal gemessen und hat dann eine Überschreitungsquote der Geschwindigkeit von über 58 Prozent festgestellt.

Man hat festgestellt, dass die Überschreitung zwischen zehn und 20 Kilometer pro Stunde bei überhaupt nur 30 erlaubten Stundenkilometern liegt, und das passt eigentlich in das Bild, das vie-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

le vor Ort, und im Beirat ist es oft Thema, berichten. Wenn man sagt, na ja, in diesen Zonen mögen die Überschreitungen über den Daumen gepeilt 20 bis 30 Prozent sein, wird man dem eigentlichen Problem dort nicht gerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht aber nicht darum, am Ende korrekte Zahlen herauszufinden, weil ich glaube, dass es den Bürgern, Passanten und Kindern wenig nützt, wenn wir uns hier um Zahlen streiten. Wir hatten ja fünf Punkte in unserem Antrag in der Stadtbürgerschaft beantragt, die an die Deputationen überwiesen worden sind. Zum einen haben wir gesagt, dass weiter daran gearbeitet werden muss, in den Tempo-30-Zonen durch bauliche Maßnahmen den Verkehr so zu lenken, dass die Einhaltung der Geschwindigkeit zur Regel und nicht zur Ausnahme wird. Wenn man hier das Beispiel aus Horn-Lehe anschaut, dann ist es natürlich die Ausnahme, wenn überhaupt nur 42 Prozent die Geschwindigkeit eingehalten haben.

Der zweite Punkt, den wir beantragt hatten, war, dass es in einem größtmöglichen Maß auch Kontrollen dieser Geschwindigkeitsbegrenzungen geben muss. Es wird hier bereits einiges getan. Die Polizei ist mit Geschwindigkeitsmessgeräten unterwegs, aber es ist natürlich so, dass die Kapazitäten hierfür begrenzt sind. Wir wissen alle, dass die Polizei eine ganze Reihe von Aufgaben und sehr viele Schwerpunkte zu bearbeiten hat und hier auch Prioritäten setzen muss.

Als Drittes haben wir gefordert, dass es für besorgte Bürgerinnen und Bürger eine Anlaufstelle geben muss, wenn sie solche Probleme haben. Wir sind im Gespräch mit ganz vielen Initiativen rund um Schulen, Seniorenheime und Kindergärten, die sich immer wieder über die zu schnell fahrenden Fahrzeuge dort beschweren und sagen, dass es eine Anlaufstelle geben muss, wo man dies loswerden kann, um dann im Anschluss eine Messung zu veranlassen. Das ist eine Sache, die man einfach unter „bürgerfreundliche Stadt“ subsumieren könnte, wie Sie es ja auch immer propagieren. Ich halte diese Möglichkeiten, die es ja im Prinzip schon gibt, nach wie vor für eine gute Idee, um das zu melden, zusammenzufassen und auch noch einmal für die Bürgerinnen und Bürger ganz besonders öffentlich zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im vierten Punkt hatten wir gesagt, dass es sich in vielen Kommunen in anderen Bundesländern bewährt hat, Hinweistafeln aufzustellen, die die Geschwindigkeit messen und anzeigen als Selbst-

kontrolle, also nicht gleich mit dem scharfen Schwert des Bußgeldes drohen, sondern zunächst einmal auch den Autofahrern und Autofahrerinnen die Möglichkeit geben, durch eine Selbsterkenntnis, indem ich die Geschwindigkeit auf der Tafel angezeigt sehe, das Tempo zu drosseln und ohne Strafe und ohne gleich zum härtesten Mittel zu greifen sich selbst korrigieren! Das ist ein Punkt, bei dem wir festgestellt haben, dass wir darüber Einigkeit zu haben scheinen. Da haben wir möglicherweise Dissens darüber, ob die eine Tafel, die für das gesamte stadtbremische Gebiet angeschafft werden soll, ausreichend sein soll.

Ich kenne jetzt aber schon verschiedene Protokolle aus den verschiedensten Beiräten und bin auch in Beiräten gewesen, wo erwogen wird, selbst noch einmal mit eigenen Globalmitteln einzusteigen, sofern sie noch welche haben, denn diese werden im Haushaltsentwurf leider gerade um ein Drittel gekürzt. Dort muss man dann einmal schauen, was dann noch übrig ist. Ich glaube auch, bei einem Anschaffungspreis von 2000 bis 2500 Euro sollten wir es über die Jahre ermöglichen, dass am Ende auch die Polizei über mehrere dieser mobilen Anzeigetafeln verfügt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der fünfte Punkt ist meines Erachtens politisch der brisanteste, weil sich der Senat hier doch als in einer Weise innovationsfeindlich herausgestellt hat, die mich sehr überrascht hat. Wir haben in mehreren deutschen Großstädten, unter anderen Nürnberg, München, Leipzig und Hannover, aus der Einsicht heraus, dass polizeiliche Kapazitäten begrenzt sind - und das wird der Innensenator jederzeit auch selbst bestätigen, dass wir hier auch in Bremen sehr gut mit unseren polizeilichen Kapazitäten haushalten müssen -, den Schluss gezogen, dass durch zusätzliche Verkehrsüberwacher in diesem Bereich eine größere Möglichkeit für die Bürger besteht, die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung in diesen Bereichen auch tatsächlich zu garantieren. Die Verkehrsüberwacher refinanzieren sich aus den Einnahmen, die durch diese Überwachung erzielt werden und im Kommunalen dem Nichtvollzugsbereich zugeordnet sind. Das wäre bei uns das Stadtamt, wie wir es auch bei der Parkraumüberwachung haben.

Ich finde, das ist eine Überlegung, die man zumindest sehr intensiv hätte prüfen können. Das ist meines Erachtens so nicht geschehen. Man kann das jetzt in dem Bericht sehen, der uns hier heute vorliegt. Ich glaube, es gibt Interessen in Bremen, darüber können wir ganz offen reden, sowohl im Stadtamt als auch bei der Polizei, die diese Lösung nicht favorisiert haben. Trotzdem wäre es

Aufgabe der Politik zu sagen: Wenn es sich in diesen Großstädten bewährt hat, es so zu machen - und ich habe es mir am Münchner Beispiel sehr genau angeschaut, es hat sich dort sehr bewährt, so zu machen -, dann sollten wir politisch möglicherweise auch gegen die Interessen, die bei der Polizei und beim Stadtamt dagegen sprechen, uns ganz genau überlegen, ob wir hier nicht für die Bürger eine verbesserte Kontrolle der Geschwindigkeitseinhaltung in diesen Tempo-30-Zonen erreichen können. Mehr hatten wir eigentlich nicht in diesem Punkt gefordert.

Es kommt jetzt ein Bericht, der sagt, na ja, wir haben zwar zur Kenntnis genommen, dass das in diesen Städten so gemacht wird, für Bremen ist das aber nicht sinnvoll. Warum es nicht sinnvoll ist, geht aus dem Bericht nach wie vor nicht hervor. Deswegen bleibt natürlich der Verdacht - Verdacht ist eigentlich zu viel gesagt, weil wir hier bei diesem Thema nicht in solchen Begriffen reden sollen -, es bleibt aber immerhin übrig, dass es nicht ganz einsichtig ist, warum man nicht einmal durchrechnet, was diese Lösung für Bremen bringen würde. Bei der Parkraumüberwachung haben wir die Lösung, wie gesagt, und sie wäre verfassungsrechtlich und auch sonst ganz genau möglich bei der Überwachung des fließenden Verkehrs in diesen Tempo-30-Zonen, wenn wir es so beschließen würden.

Deswegen werden wir diesen Antrag hier heute auch noch einmal zur Abstimmung stellen. Es hätte meines Erachtens dem Senat und auch den beiden Koalitionsfraktionen gut getan, hier noch etwas beweglicher zu sein. In den Grundsätzen sind wir uns einig. Wir glauben aber, dass man in diesem Punkt als Senat besser auf die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger in diesen Stadtteilen eingehen könnte. Wenn Sie durch die Beiräte gehen, wenn Sie an die Schulen gehen und wenn Sie diese Initiativen, die es dort gibt, besuchen, werden Sie erfahren, dass es die Menschen, obwohl es ein kleines Problem ist, täglich drückt, vor allem die Eltern von Kindern. Wir finden, dass man als Regierung dieser Stadt Bremen besser auf dieses Problem hätte eingehen können, als das getan worden ist, und wir werden uns jetzt auch nach dieser Debatte weitere Schritte in die Richtung überlegen, dort die Verkehrssicherheit, vor allem für die schwächsten Verkehrsteilnehmer, zu verbessern. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Der nächste Redner ist der Kollege Kasper.

Abg. **Kasper (SPD)*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am Anfang, Herr Dr. Güldner, haben Sie gesagt, wir sind uns hier im Hause einig, und zum Schluss Ihrer Ausführungen haben Sie wieder so ein bisschen die Kurve bekommen, dass wir auseinander driften.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Im Grundsatz sind wir uns einig, das stimmt schon!)

Ich glaube, das ist der Sache nicht dienlich. Wir wollen davon auch überhaupt kein politisches Gezänk machen oder hier politische Positionskämpfe austragen, sondern ich glaube, uns allen geht es darum, dass die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer hier in der Stadt gewährleistet ist.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich möchte hier auch nicht mit Zahlen, so wie Sie das eben gemacht haben, beginnen oder sie vortragen. Ich sage einmal, und das ist eine absolute Forderung: Jede Eins in einer Liste, über der Verletzte, Getötete und so weiter steht, ist schon zu hoch, aber dass wir eine Null dorthin bekommen, glaube ich, werden wir gemeinsam nicht erreichen können mit allen Anstrengungen, die wir auch unternehmen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Da sind wir uns einig!)

Wir haben im Juni letzten Jahres bereits zu diesem Punkt debattiert, Sie haben das eben ausgeführt, und es hat auf Ihren Antrag hin einige Prüfungsaufträge und Beschlussvorschläge gegeben. Die Bremische Bürgerschaft hat das Ganze in die Fachdeputationen und in die Fachverwaltungen überwiesen, und mit der Mitteilung des Senats liegt heute das Ergebnis vor. Ich möchte kurz auf die einzelnen Absätze Ihres Antrags eingehen!

Im ersten Absatz stellen Sie Forderungen auf, die bezüglich baulicher Maßnahmen erfüllt werden sollten. In der Mitteilung des Senats wird aber aus meiner Sicht deutlich, dass das polizeiliche Lagebild sehr schnell herausfindet, wo die Brennpunkte in dieser Stadt liegen und wie zum Beispiel durch die große Unfallkommission dieses Unfalls geschehen erkannt wird und gegebenenfalls auch Nachbesserungen baulicher Art erfolgen. Das mag sich schon darin zeigen, dass vielleicht nur einmal eine Hecke geschnitten wird, denn das kann schon erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheit haben.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Der nächste Teil befasst sich mit verstärkten und regelmäßigen Kontrollen in Tempo-30-Zonen. Ich sage Ihnen, das ist das Alltagsgeschäft der Polizei, und wir können nicht sicher sein, dass wir mit einer Erhöhung des Kontrolldrucks eine Absenkung der Unfallzahlen herbeiführen. Man kann Stellen auch teilweise, es klingt jetzt hart, aber es wird so genannt, totmessen.

In den letzten Jahren haben wir gesagt, dass der direkte Kontakt zwischen Bürgern und Polizei, also das Aufzeigen des Fehlverhaltens und damit auch verbundener möglicher Folgen, in den meisten Fällen Einsicht erzeugt, und ich glaube, das ist nach wie vor wichtig. Man kann nicht nur messen, sondern man muss auch die Ansprache an den Bürger, an den Autofahrer suchen und wird dann bessere Ergebnisse erzielen. Das ist auch Teil der Präventionsarbeit, den die Polizei hier mit KOPs und der speziellen Verkehrsüberwachung macht. Ich denke, dort sind wir auch gut aufgestellt.

Der nächste Punkt ist das, wie ich es einmal nenne, Beschwerdetelefon. Ich habe im Juni letzten Jahres auch schon gesagt: Wir haben genug Möglichkeiten, wo sich Beschwerdeführer melden können, seien es das Bauressort als Fachressort, das ASV, die Ortsämter, die Beiräte oder die Polizei. All diese Einrichtungen geben genug Möglichkeiten, sich der Bürger und deren Forderungen anzunehmen. Sollte es trotzdem einmal zu abweisenden Haltungen von Behördenmitarbeitern gekommen sein, da bin ich mir ziemlich sicher, ist das nicht der Standard der von uns so hochgelobten Bürgernähe.

Der Forderung nach einer Anschaffung einer mobilen Geschwindigkeitsanlage wird nachgekommen. Der Polizeipräsident hat in der Innendeputation erklärt, dass diese Anlage angeschafft wird. Sie ist bestellt und soll in Kürze geliefert und dann durch die Verkehrssicherheitsberater der Polizei eingesetzt werden.

Es war dann noch einmal, auch in Ihren Ausführungen im letzten Jahr, der Vorschlag, diese Tafeln über Sponsoren zu finanzieren. Das geht leider nicht. Wir haben hier in Bremen, und das ist Ihnen sicherlich auch bekannt, als Stadtgemeinde einen Vertrag mit einer Gesellschaft, die für die Werbung im öffentlichen Raum zuständig ist, und ich glaube, da bekommen wir ein bisschen Ärger, wenn wir diese Werbung jetzt machen, egal auf welchen Geräten. Man könnte sich ja vorstellen, dass eine Geschwindigkeitsanzeigentafel aufgestellt wird oder ein kleines Plakat, auf dem steht „Güldners Brötchen sind die besten“, aber das

wollen wir auch nicht. Wir wollen dies von Werbung freihalten.

(Zuruf von Bürgermeister Röwekamp)

Ich habe nicht von der Größe gesprochen, Herr Bürgermeister!

Zum letzten Punkt des Antrags noch eine kurze Stellungnahme meinerseits! In der Mitteilung des Senats wird ausführlich darauf hingewiesen, wie die Einrichtung einer kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung in anderen Städten vorstatten geht. Meiner Meinung nach ist ein Nebeneinander von kommunaler und polizeilicher Überwachung nicht dienlich. Es entstehen neue Reibungspunkte, Schnittstellen tauchen auf, wer misst wann und wo? Diese ganzen Absprachen entfallen, solange wir es in einer Hand haben, nämlich in der Hand der Polizei mit den ausgebildeten Beamten und der Lagebilderstellung eine Etage höher im selben Gebäude. Dort sind die kurzen Wege vorgegeben.

Im letzten Jahr, Herr Dr. Güldner, haben Sie auch gesagt: „Wenn wir jetzt gut sind, dann können wir ja noch besser werden. Wenn wir vielleicht nicht so gut sind, dann können wir gut werden.“ Ich bin eigentlich der Überzeugung, dass wir gut sind, und jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin in diesem Bereich sind bestrebt, die Arbeitsergebnisse zu verbessern. Geben wir ihnen die Möglichkeit, engagiert für die Verkehrssicherheit zu arbeiten!

Mein Fazit: Aus meiner Sicht ist der Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen gut aufgearbeitet. Wir werden uns den Empfehlungen der Fachdeputationen in den Abstimmungen anschließen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Focke.

Abg. **Focke** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Koalition ist sich in der Bewertung völlig einig. Ich kann all das, was Herr Kasper gesagt hat, voll unterstreichen, und dabei muss ich noch einmal betonen, dass er ja nun wirklich der Fachmann ist, weil er Mitglied der Innendeputation und auch Verkehrs- und Bauexperte ist, weil er ja auch noch in der Baudeputation sitzt.

(Beifall bei der SPD - Abg. Pohlmann [SPD]: Bravo!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Insofern sind die fünf Punkte, die Herr Kasper hier eben genannt hat, wirklich fachmännisch beleuchtet worden.

Herr Güldner, ich möchte noch etwas zu Ihrem ersten Punkt sagen, insbesondere was die baulichen Maßnahmen und Veränderungen betrifft! Da haben Sie den Vorkampsweg angesprochen, und in diesem Vorkampsweg haben wir gerade nun eine Bürgerbefragung mit einem Fragebogen durchgeführt.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Die CDU!)

Die CDU, ja! Da hat sich ein großer Rücklauf herausgestellt, aber bauliche Veränderungen will dort keiner haben. Das ist ja immer genau das Problem: Baumnasen wie Schwellen und so weiter behindern ja eher, als dass sie helfen, die Geschwindigkeitsbegrenzung einzuhalten. Natürlich werden Kontrollen verlangt, aber keine baulichen Maßnahmen.

Zu diesem Punkt zwei, da geht es ja um die Kontrollen, die auch ausführlich beschrieben wurden: Es ist nun lange genug im Innenressort geprüft und abgearbeitet worden, dass Kontrollen regelmäßig der Fall sind, und ich kann auch sagen, dass man nicht den ganzen Tag in allen Tempo-30-Zonen und verkehrsberuhigten Zonen Verkehrskontrollen durchführen kann.

Das geht nicht. Aber die Ergebnisse zeigen ja, dass Erfolge schon eingetreten sind. Ich finde, man muss auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass dafür auch etwas getan wird.

Zum Punkt Beschwerdetelefon! Ich meine, es gibt so viele Möglichkeiten, sich an jemanden zu wenden, dass wir nicht eine neue Bürokratie aufbauen müssen, bei der wir dann eine Zentrale erfinden, die alles verteilt und noch mehr Leute zusätzlich beschäftigen muss. Da kann man viel schneller und direkter an die Betroffenen herangehen.

Bei der Geschwindigkeitsanzeigetafel haben Sie sich durchgesetzt. Das ist noch ein zweites Mal geprüft worden. Das Geld ist sozusagen zusammengekratzt worden, und die Tafel kommt jetzt bald. Sie wird an bestimmten Punkten zum Einsatz kommen. Das ist gut, insofern könnte man sagen, dass man diesem Teil des Antrages folgen kann. Allerdings ist das Ergebnis ja schon bekannt.

Der Punkt fünf, die Modelle der kommunalen Geschwindigkeitskontrollen, ist hier ausführlichst in einem extra Beitrag aufgearbeitet worden. Er schließt allerdings auch mit dem Fazit ab, dass es

im Moment nicht notwendig ist, dort in weitere Überlegungen einzutreten. Es wird auch noch einmal darauf verwiesen, dass es einen Rückgang der Fallzahlen von über zwölf Prozent gegeben hat und dass man weiter dabei ist, zu einem weiteren Abbau zu kommen.

Im Grunde genommen muss man sagen, dass die ersten drei Punkte nicht abhilfefähig sind. Das haben wir eben gesagt, weil wir ganz anderer Auffassung sind. Wir sind der Auffassung, dass das richtig gemacht wird. Den Punkten vier und fünf könnten wir zustimmen. Allerdings hat sich das ja mittlerweile erledigt, und insofern weiß ich jetzt nicht, ob wir wirklich darüber abstimmen müssen. Im Punkt fünf steht, dass zum 31. Oktober 2005 ein Bericht gegeben werden soll. Der Termin ist lange verstrichen, aber der Bericht liegt hier mit dieser Anfrage vor. Ich schlage daher vor, dass wir den Antrag insgesamt ablehnen, denn Punkt vier ist erledigt - die Tafel wird bald aufgestellt -, und im Nachhinein können wir ja nicht zum 31. Oktober 2005 einen Bericht anfordern. Das ist ja wohl schlecht möglich. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist in diesem Hause manchmal so, dass es eine Wahrheit gibt, die hier so verkündet wird, und dann gibt es eine andere Wahrheit, die sehr viel näher an der Wirklichkeit ist. Das ist immer ein bisschen frustrierend. Wenn Sie sich jetzt die beiden Reden anschauen, die gerade gehalten worden sind, und dann als Bürger in dieser Stadt die Zeitung aufschlagen und sehen, was die Polizei Bremen, also diese Grünen, nicht diese Grünen, sondern die Polizei,

(Zurufe von der CDU: Die sind jetzt die Blauen!)

zu diesem Thema sagt: „Mehr Unfälle, wer hat versagt? Polizei geht in die Offensive.“ Hier vom 11. September 2005, Wolfgang Fingerhut, Verkehrsexperte der Polizei Bremen, ich darf mit Genehmigung des Präsidenten einmal zitieren bezüglich der Frage der Tempo-30-Zonen: „Das wäre eine Möglichkeit“, sagt der Verkehrsexperte der Polizei, „in den Wohngebieten, die besonders gefährliche Bereiche sind. Statistisch passieren dort, wenn die Kinder am Nachmittag spielen, die meisten Verkehrsunfälle.“

*) Vom Redner nicht überprüft.

Nächste Frage: Sie haben mehr Radarkontrollen angekündigt. Weshalb haben Sie diese Möglichkeit nicht früher ausgeschöpft? Antwort der Polizei Bremen: „Wir führen schon regelmäßig Geschwindigkeitsmessungen durch. Mir geht es darum, noch stärker an Schulen und Kindergärten zu kontrollieren, sofern es personell überhaupt machbar ist. Die Ressourcen sind eben begrenzt. Uns fehlt schlicht das Personal, es vor Ort umzusetzen“, sagt Herr Fingerhut dann weiter im „Weser-Report“ vom 11. September 2005. Das ist das andere.

Im „Weser-Report“ vom 7. September 2005 steht: „Polizei verzweifelt an Unfällen“. Auch hier ist der gleiche Tenor zu lesen: „Am häufigsten kracht es, wenn Kinder zwischen parkenden Autos hervorkommen. In 60 Prozent dieser Fälle ist überhöhte Geschwindigkeit die Ursache.“ Da würde ich doch schon bitten, dass das, was die Polizei selbst in der Öffentlichkeit dem Bürger mitteilt, sich wenigstens etwas in den offiziellen Darstellungen der Kollegen aus den Fraktionen des Senats hier in diesem Hause auch widerspiegelt, weil Sie sonst gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unglaubwürdig werden, meine Damen und Herren.

Zu dem Beispiel in Horn-Lehe, Vorkampsweg, da haben Sie von der CDU in der Tat eine eigene Umfrage in Auftrag gegeben.

(Abg. Focke [CDU]: Nicht in Auftrag gegeben! Wir haben sie selbst in die Haushalte verteilt!)

Da müsste man sich einmal anschauen, wie Sie die Fragen formuliert haben. Man kann die Fragen, wie wir alle wissen, auch so formulieren, dass man schon in etwa weiß, wie die Antworten lauten.

Sie haben weggelassen, dass es in dem gleichen Wohngebiet bereits seit langem eine Bürgerinitiative gibt, die in einem Bürgerantrag im Stadtteil die Einrichtung baulicher Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung fordert. Manchmal ist das, was hier gesagt wird, nur ein Teil dessen, was vor Ort stattfindet. Bitte stellen Sie es so dar, dass die Bürgerinnen und Bürger sich dort dann auch gänzlich wiederfinden, nämlich auch diese andere Seite! Dann werden Sie sehen, dass sie an ganz vielen Stellen, gerade um Schulen herum und gerade da, wo Kinder spielen, genau diese Forderungen haben und dass wir dem bisher nicht in Gänze nachkommen.

Es wäre wichtig, diese Bürgerinnen und Bürger dort auch ernst zu nehmen und ihre Forderungen

hier nicht einfach unter den Tisch fallen zu lassen.
- Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin von Natur aus ein fröhlicher und freundlicher Mensch. Trotzdem ärgert es mich an dieser Stelle ein bisschen, dass wir hier über ein ganz kleines Segment einer ansonsten außerordentlich erfolgreichen Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei Bremen miteinander reden und dass der Eindruck entsteht, als ob das, was wir als Polizei Bremen machen, von wenig Erfolg gekrönt sei.

Ich will an dieser Stelle deshalb noch einmal ganz ausdrücklich hervorheben, dass wir, seitdem die Polizei Bremen seit ungefähr fünf Jahren die Verkehrssicherheitsarbeit als einen der Schwerpunkte ihrer polizeilichen Tätigkeit neu definiert hat, in Bremen einen erheblichen Rückgang an Verkehrsunfällen, an Schwerverletzten, auch an Bagatellschäden und an Verkehrsunfällen mit leichten Unfallfolgen haben. Es handelt sich um ein außerordentlich erfolgreiches Verkehrskonzept der Polizei Bremen. Herr Dr. Güldner, wir sollten der Versuchung widerstehen, jetzt an einem kleinen Punkt zu versuchen, diesen Erfolg, den die Polizei mit sehr viel Engagement, mit sehr viel Einsatzbereitschaft der einzelnen Kolleginnen und Kollegen und mit sehr viel Arbeit erreicht hat, jetzt hier entsprechend zu egalisieren oder klein zu reden. Das, was die Polizei Bremen an dieser Stelle macht, ist sehr erfolgreich und beispielgebend für viele andere Kommunen in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Dies auch deswegen, und das spricht eben auch ganz konkret gegen Ihren Vorschlag, am Ende zu sagen, wir sollten es vielleicht noch einmal neu zwischen Stadtamt und Polizei aufteilen. Ich bin strikt dagegen, es noch einmal neu aufzuteilen, und zwar aus einem ganz wichtigen Grund: Wir müssen auch öffentlich dem Eindruck vorbeugen, dass es uns bei der Geschwindigkeitskontrolle auch in Tempo-30-Zonen nur um das Geldverdienen geht. Wir wollen mit der Messung in Tempo-30-Zonen mehr Verkehrssicherheit erzeugen, und das ist die Aufgabe der Polizei.

(Beifall bei der CDU - Abg. Imhoff [CDU]: Genau!)

Ich weiß nicht, ob Sie morgens schon einmal bei einer Geschwindigkeitsmessung dabei gewesen sind, Herr Dr. Güldner, sonst würde ich Ihnen

empfehlen, kommen Sie doch einfach einmal mit! Den größten Erfolg erreichen wir nämlich dann, wenn wir nicht nur messen und einige Wochen später Bußgeldbescheide zuschicken. Den größten Erfolg erreichen wir dann, wenn wir messen, anhalten, ein Belehrungsgespräch führen und versuchen, die Menschen davon zu überzeugen, sich beim nächsten Mal anders zu verhalten. Das Anhalterrecht hat aber nur die Polizei, Herr Dr. Güldner, und deswegen wäre eine Verlagerung zum Stadtamt eine reine Abzockerei, und diesem Eindruck sollten wir, finde ich, vehement entgegen-treten, weil es uns darum nämlich nicht geht.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich, und da hat Herr Fingerhut Recht, das Meiste zählt. Wir könnten noch viel mehr machen. Wir könnten noch mehr Überwachungsgeräte und auch noch mehr Polizei- und Verwaltungsmitarbeiter gebrauchen, die in der Verkehrsüberwachung tätig sind. Aber es ist ein Schwerpunkt unserer polizeilichen Aufgabenwahrnehmung. Wir haben 18 mobile Laserblitzer, auf jedem Revier gibt es einen, und deswegen brauchen wir auch nicht den Eindruck zu erwecken, als ob es hier sozusagen freie Zonen gäbe, in denen jeder so fahren könnte, wie er wollte. Die einzige Gewährleistung Ihres Zieles, dass wir keine Verkehrsunfälle mehr hätten, wäre, dass wir keinen Straßenverkehr mehr hätten. Aber das, glaube ich, fordert nicht einmal Ihre Fraktion. Innerstädtischer Verkehr findet statt, und unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass er möglichst sicher und mit möglichst wenigen Verletzungsfolgen stattfindet, und dafür haben wir gute polizeiliche Konzepte angeboten.

Ich will an dieser Stelle auch sagen, dass dieses Konzept aus einer Vielzahl von Schritten besteht. Es fängt beispielsweise mit der Verkehrserziehung in den Schulen an. Da ist es richtig und vernünftig, dass diese durch Kontaktbereichspolizisten erfolgt. Es ist ein sehr erfolgreiches Modell, dass wir mit uniformierten Kontaktbereichspolizisten in die Schulen, zu den Elternabenden und in die Kindergärten gehen und Verkehrserziehung gestalten. Das ist auch eine Aufgabe von Verkehrssicherheitsarbeit. Die nächste Aufgabe ist das, was wir in der Verkehrsunfallkommission miteinander leisten, dass wir versuchen, Brennpunkte zu erkennen, wo wir durch bauliche Änderungen und durch andere Beschilderungen beispielsweise erreichen können, dass wir Gefahrenquellen beseitigen. Das ist auch eine Aufgabe, die wir gemeinsam mit anderen Ressorts als Polizei als Teil unserer Verkehrssicherheitsarbeit wahrnehmen.

Der dritte Punkt ist die Entscheidung darüber, in welchen Bereichen wir welche Geschwindigkeiten zulassen. Das machen wir gemeinsam mit dem ASV. Der vierte Bereich ist dann tatsächlich die Überwachungstätigkeit. Es macht überhaupt keinen Sinn, den vierten Schritt jetzt irgendeiner anderen Behörde zu geben und die anderen drei Schritte bei der Polizei zu lassen, weil das eine mit dem anderen zu tun hat.

Wenn Sie nun sagen, der Bürger weiß nicht, an wen er sich wenden soll: Wir haben im Zuge der Polizeireform ganz bewusst, gezielt und mit Ihrer Zustimmung die Verkehrssachbearbeiter wieder an die einzelnen Polizeireviere zurückgegeben, an 18 Polizeireviere. Wenn der Bürger den Eindruck hat, dass man hier oder dort durch eine Geschwindigkeitsmessung mehr Sicherheit erzeugen könnte, ist der Verkehrssicherheitsfachbearbeiter in dem Polizeirevier der geeignete Ansprechpartner, der dazu kompetent und sachgerecht Auskunft geben kann. Wir brauchen nicht so etwas wie Behörde und zentrale Telefone. Wir haben eine dezentral organisierte Verkehrssicherheitsberatung in der Polizei Bremen. Diese ist erster Ansprechpartner bei der Polizei und nimmt ihre Aufgabe verantwortungsbewusst und sachgerecht wahr, meine Damen und Herren, und das funktioniert gut.

Wenn Sie einmal an einer Geschwindigkeitsüberwachung teilnehmen, Herr Dr. Güldner, dann werden Sie im Übrigen feststellen, dass wir häufig diejenigen erwischen, die nicht aus anderen Wohnquartieren kommen. Die meisten Menschen, die gegen die Geschwindigkeitsauflagen verstoßen, wohnen da auch. Wenn Sie vor Schulen blitzen, dann erwischen Sie in der Regel Lehrer, Eltern und Anwohner. Unser Hauptanliegen muss doch eigentlich darauf gerichtet sein, die Menschen auch in ihren Quartieren zu verkehrsgerechtem Verhalten zu erziehen.

Das schaffe ich nicht durch Blitzgeräte, die dazu führen, dass ich Wochen später einen Bußgeldbescheid zuschicke. Sie können sich ja vielleicht einmal an Ihrem eigenen Verhalten messen. Die Therapiewirkung ist überschaubar. In der Regel ärgert man sich darüber, dann überweist man das Geld, und danach hat man es aber auch schon ziemlich schnell wieder vergessen. Unsere Aufgabe ist eine andere. Wir wollen in den Stadtteilen mit den Beiräten und mit den Verkehrssicherheitsberatern der Polizei Bremen versuchen, polizeiliche Konzepte aus einem Guss zu machen, die dazu führen, dass wir tatsächlich mehr Verkehrssicherheit erzeugen.

Deswegen ist es, glaube ich, richtig zu sagen, dass diese Aufgabe bei der Polizei Bremen bleibt.

Da ist sie gut aufgehoben, da wird sie sehr vernünftig wahrgenommen, und zwar mit einem guten Erfolg über die vielen Jahre, in denen wir das jetzt machen. Es gibt überhaupt keinen Anlass, diese Aufgabe nun auf andere Behördenteile zu zergliedern.

Die Städte, die Sie meinen, liegen in Flächenstaaten. Berlin und Hamburg als Stadtstaaten beispielsweise machen das genauso wie wir. Es ist ja nicht so, dass wir jetzt nicht wissen, was in Osterholz, Huchting, Lesum oder Blumenthal passiert. Das wissen wir als staatliche Behörde „Polizei“ schon relativ genau, weil wir in allen diesen Stadtteilen auch mit Polizeirevieren vertreten sind. Das mag beispielsweise in Nürnberg oder Kassel anders sein. Die Stadtstaaten haben doch den enormen Vorteil, dass sie sich in dieser Frage tatsächlich nicht zergliedern müssen, sondern eine solche Verkehrssicherheitsarbeit aus einem Guss machen können. Deswegen, glaube ich, ist die Arbeit sachgerecht und richtig.

Mir ging es an dieser Stelle noch einmal darum zu sagen, dass das Bessere der natürliche Feind des Guten ist und dass wir noch mehr erzeugen könnten. Der Anspruch der Polizei ist auch, für noch mehr Verkehrssicherheit zu sorgen und die geeigneten Tätigkeiten dazu zu entfalten. Dazu ist sie auch in der Lage. Wenn Sie uns mehr Geld geben, sind wir dafür dankbar.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Es geht nicht nur um Geld!)

Nein, es geht nicht nur um Geld, es geht zum Beispiel auch darum, Vorbild zu sein! Ich bin schon immer froh, dass ich nicht verhaftet werde, wenn ich der Einzige bin, der hier am Dom an der Ampel stehen bleibt.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Da sind Sie nicht der Einzige!)

Doch, in der Regel bin ich der Einzige! Die meisten Menschen schauen mich verwundert an, wenn ich da warte, bis es grün wird. Es hängt auch mit eigenem Vorbildverhalten zusammen. Wenn wir uns alle gemeinsam anstrengen, unseren Kindern wieder ein Vorbild zu sein, dann glaube ich, dass wir auch eine gute Verkehrssicherheitsarbeit leisten.

(Beifall bei der CDU)

Das wäre auf jeden Fall sinnvoller, als das zu zergliedern. Deswegen glaube ich, dass der Bericht an die Deputation sachgerecht ist. Ich hätte die

Bitte, dass Sie hier auch entsprechend verfahren.
- Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachennummer 16/340 S abstimmen.

Hier ist getrennte Abstimmung vorgesehen.

Zuerst lasse ich über die Punkte eins bis drei des Antrags abstimmen, dann über die Punkte vier und fünf.

Wer den Punkten eins bis drei seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Punkte eins bis drei ab.

Nun lasse ich über den Punkt vier des Antrags abstimmen.

Wer dem Punkt vier seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Punkt vier zu.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Punkt fünf abstimmen.

Wer dem Punkt fünf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Punkt fünf ab.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2006 und 2007

Mitteilung des Senats vom 28. Februar 2006
(Drucksache 16/481 S)

Wir verbinden hiermit:

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2006 und 2007

Mitteilung des Senats vom 21. März 2006
(Drucksache 16/489 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung der ergänzenden Mitteilungen des Senats mit den Drucksachen-Nummern 16/481 S und 16/489 S zu den Haushaltsgesetzen und Haushaltsplänen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Umweltfreundliche Energieversorgung statt Kohlekraftwerk

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. März 2006
(Drucksache 16/482 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Neumeyer, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Kramer.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen und hier einem Standardvorwurf an den Grünen vorzubeugen: Natürlich begrüßen auch wir, dass die swb AG am Standort Bremen in die Erneuerung der Energieversorgung investieren will. Nur, der Bau eines Steinkohlekraftwerks ist ein Griff in die Mottenkiste. Es ist der völlig falsche Weg!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Grünen wollen eine umweltverträglich erzeugte Energieversorgung und keinen neuen Klimakiller. Der bereits hohe Kohlendioxid ausstoß durch Stromerzeugung in Bremen würde sich durch den Bau eines Kohlekraftwerks nach Berechnungen des Bundes für Umwelt und Naturschutz verdoppeln. Zudem würde Feinstaub unnötig in die Luft geblasen. Es gibt Alternativen: Ein mit Erdgas betriebenes neues Kraftwerk würde erheblich energieeffizienter arbeiten. Es entstünde bedeutend weniger klimaschädigendes Kohlendioxid. Bezogen auf die jetzt in Betrieb befindlichen alten Steinkohlekraftwerke würden die Klimagase mit einem Gas- und Dampfturbinenkraftwerk bis zu 60 Prozent reduziert. Das würde bedeuten, dass 930.000 Tonnen Kohlendioxid weniger freigesetzt würden, und es wäre eine Reduzierung der Freisetzung durch das Land Bremen um acht Prozent der gesamten Emissionen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Also: Innovationen gibt es, und die müssen auch nach unserer Meinung zum Zuge kommen. In Zeiten des Klimawandels darf es kein Zurück zu veralteten Technologien geben.

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich in dem Zusammenhang auch vergegenwärtigen, dass mit der Entscheidung für ein Kohlekraftwerk die Weichen für 40 Jahre unnötige Umweltbelastung mit all ihren unkalkulierbaren Folgen für Menschen, ich nenne hier nur das Stichwort Hurricane Katrina, aber auch für die Wirtschaft gestellt werden. Als Entscheidungsgrundlage muss man also sehr weit in die Zukunft denken und dabei die technologischen Entwicklungsszenarien im Blick haben. Eines ist ziemlich sicher, dass in diesem langen Zeitraum, also bis 2050, die Bedeutung der Windenergienutzung im Energiemix er-

heblich zunehmen wird. Ein Grund übrigens, warum die BIS, also die Bremerhavener Gesellschaft für Innovationsförderung und Stadtentwicklung, ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, finanziert durch den Bremer Haushalt! Eine städtische Gesellschaft in Bremerhaven hat das Gutachten zum Thema „Entwicklung der Kraftwerkskapazitäten an der deutschen Nordseeküste bei Ausbau der Windenergienutzung“ in Auftrag gegeben.

Veröffentlicht wurde das Gutachten im Jahr 2004, und ich zitiere aus diesem Gutachten von Seite 49, Zitat: „Für einen vor diesem Hintergrund erforderlichen Ersatz der abgängigen Kraftwerkskapazitäten kommen damit vor allem hocheffiziente und schnell an- und abfahrbare Gaskraftwerke in Frage, die für die Regelergiebereitstellung zum Ausgleich der fluktuierenden Stromspeisung aus Windenergie eingesetzt werden können. Neben ihren diesbezüglichen technischen Vorteilen weisen Gaskraftwerke in der Regel neben Energiebereitstellung auch ökonomische Vorteile gegenüber Kohlekraftwerken auf.“ Soweit aus dem Gutachten!

Ich fasse das einmal mit meinen eigenen Worten zusammen: Wenn wir eine zukunftsfähige Energieversorgung wollen, dann müssen wir nicht nur die regenerativen Energien fördern, sondern auch diejenigen Technologien, die diese im Sinne der Optimierung ergänzen, oder noch einmal anders ausgedrückt: Ziel muss es sein, die Windkraft grundlastfähig zu machen, und dafür sind insbesondere Gaskraftwerke geeignet. Wer dagegen jetzt auf ein Kohlekraftwerk setzt, der verhindert in der Tat Klimaschutz bis 2050. So lange läuft das nämlich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch Bremen muss seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten, und das ist im Prinzip der grüne Antrag. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als dass der Senat seinen gesetzlichen Auftrag wahrnimmt. Mit dem Bremischen Energiegesetz von 1991 hat Bremen die Grundlage geschaffen, energiepolitisch Einfluss zu nehmen. Der Senat muss nämlich nach diesem Gesetz darauf hinwirken - hier zitiere ich wieder mit Erlaubnis des Präsidenten -, „dass vor dem Bau, der Erneuerung oder der Erweiterung von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität und/oder Wärme mit einer Gesamtleistung von mehr als zehn Megawatt geprüft wird, ob stattdessen oder ergänzend Maßnahmen zur Energieeinsparung oder zur rationellen Energienutzung und -versorgung technisch möglich sind und welche zusätzlichen Kosten hierdurch verursacht würden“. Soweit das Zitat! So steht es in dem zurzeit gültigen Gesetzeswerk.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, zusammen mit uns Grünen diese Aufforderung ausdrücklich an den Senat zu richten. Das würde im Konkreten bedeuten, dass der Senat unverzüglich auf die swb AG mit dem Ziel zugeht, hier auf umweltfreundlichere Alternativen hinzuwirken. Solche Alternativen gibt es, ich habe es dargelegt. Eine wäre eben die Variante Gaskraftwerk. Aus unserer Sicht sollte aber auch untersucht werden, ob weitere innovative Entwicklungspfade dezentraler Erzeugung und neuer Speichertechnologien in Betracht kämen. Ich finde, hier würde sich auch an dieser Stelle eine Zusammenarbeit mit dem sich in Gründung befindlichen Energiekompetenzzentrum der Region Weser-Ems besonders gut anbieten. Dort ist ein Schwerpunkt - ich nenne hier auch nur das Stichwort, denn um das auszuführen reicht meine Zeit leider nicht - virtuelles Kraftwerk, was ja genau das technologische Entwicklungsszenario ist mit der Zielrichtung, die Windenergie auch grundlastfähig zu machen.

Zusammengefasst: Wir Grünen wollen eine innovative zukunftsfähige Energieversorgung anstatt veralteter klimaschädlicher Technologien. Dabei haben wir auch im Sinne der Nachhaltigkeit zukünftige Generationen im Blick, denn, meine Damen und Herren, das, was heute vielleicht kostengünstig ist wie zum Beispiel die Kohle, kann uns morgen teuer zu stehen kommen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um den Antrag „Umweltfreundliche Energieversorgung“ zu debattieren, muss man erst einmal die Ausgangssituation der deutschen Stromerzeugung ansprechen. Wie sieht es zurzeit in Deutschland aus? Momentan stehen uns bundesweit über 1200 Kraftwerke der unterschiedlichen Energieträger zur Verfügung. Das sind vornehmlich Öl-, Gas-, Kernkraft-, Braun- und Steinkohlekraftwerke. Leider, so muss man sagen, wurde in den letzten 16 Jahren kaum noch Geld in den Kraftwerksausbau in Deutschland investiert. Ich sage leider, weil die Laufzeiten beschränkt sind. Die fossilen, also die Ölgasanlagen haben eine Lebensdauer von zirka 50 Jahren. Die Politik hat beim Kernenergiekonsens mit den Betreibern jedoch eine Laufzeit von durchschnittlich 32 Jahren ausgehandelt. Das heißt, dass wir mittel- und langfristig in Deutschland einen Ver-

*) Vom Redner nicht überprüft.

sorgungsengpass an Strom haben, weil wir in den letzten Jahren nicht investiert haben und weil die alten Anlagen auslaufen.

Meine Damen und Herren, die Energieversorger werden und müssen jetzt handeln, und da jetzt auch auf Bundesebene eine seriöse große Koalition regiert, gibt es den Unternehmen auch die Planungssicherheit, die sie für solch langfristige Investitionen auch brauchen. Unter diesem Aspekt sehe ich auch das Anliegen der swb-Gruppe, ein Steinkohlekraftwerk bauen zu wollen.

Nun kann man ja glauben, dass wir keine neuen Kraftwerke brauchen, da wir unheimlich viel im Sektor der erneuerbaren Energien tun. Das ist leider ein Trugschluss, da die Kraftwerke die Energie vorhalten müssen, falls kein Wind weht oder die Sonne nicht scheint. Außerdem wird trotz unserer Fortschritte noch lange nicht so weit unsere gesamte Energie aus regenerativen Energien zu erzeugen sein.

Auch dem Ruf des Stromimports aus dem Ausland muss ich hier eine Absage erteilen. Vor Energie aus dem Ausland kann ich nur warnen, denn dort herrschen wesentlich geringere Sicherheitsstandards, und einmal abgesehen davon sollten wir uns nicht vom Ausland abhängig machen. Außerdem funktioniert das alles sowieso nicht, weil die Übertragungskapazitäten an den Grenzen bei Weitem nicht ausreichend sind, um die fehlende Strommenge in Deutschland zu kompensieren.

Meine Damen und Herren, die swb AG möchte ein Steinkohlekraftwerk in Mittelsbüren bauen. Dazu ist sie an das Umweltressort herangetreten und führt Gespräche, um diese 800-Megawatt-Anlage zu realisieren. Wir haben die Zusage aus dem Ressort, und wir haben das auch schon in den Deputationen angesprochen, dass wir mit der Deputation diesen Prozess intensiv begleiten werden. In Mittelsbüren wird auf dem Gelände der Stahlwerke momentan schon Strom erzeugt. Von mehreren Blöcken ist einer schon abgeschaltet, und ein anderer soll zusätzlich weichen, wenn ein neues Kraftwerk gebaut wird.

Im Wesentlichen gibt es also nichts Neues: In Mittelsbüren wird Strom erzeugt. Wenn man das in Frage stellt, so wie es die Grünen letzten Endes mit ihrem Antrag tun, muss man wissen, was man will. Will man im Land Bremen noch Strom erzeugen, oder will man das nicht? Will man Arbeitsplätze erhalten und schaffen oder nicht? Die CDU-Fraktion will das, und das auch umweltverträglich.

(Beifall bei der CDU)

Ein Kohlekraftwerk nach den neuesten Umweltstandards ist lange nicht mehr die Dreckschleuder, die sich einige Menschen vorstellen. Neue Technik und bessere Filter sorgen dafür, dass man auch heute solche Anlagen mit ruhigem Gewissen bauen kann. Selbst der CO₂-Ausstoß wird im Vergleich zu heutigen Kohlekraftwerken deutlich verringert, und deswegen kommen wir hier auch nicht mit dem Bremischen Energiegesetz oder dem Landesenergieprogramm in Konflikt.

Ein Gaskraftwerk würde zwar die CO₂-Bilanz in Bremen wesentlich verbessern, aber man sollte doch bitte realistisch an die Sache herangehen, denn wenn ein Gaskraftwerk ans Netz gehen muss, muss man auch erst einmal Kraftwerksgas bekommen. Das kann die swb momentan nicht. Die swb hat keine Möglichkeiten, Gas zu realistischen Preisen einzukaufen oder sich in irgendwelche Lieferverträge einzuklinken. Dazu kommt die Unsicherheit, dass die wesentlichen Gasvorkommen nur in zwei Ländern im Ostblock zu finden sind. Jeder weiß, dass die politischen Verhältnisse dort nicht immer stabil sind. Wer erinnert sich nicht daran, dass Russland im Frühjahr einfach so den Gashahn zugezogen hat! Kohle dagegen gibt es weltweit, und die Verfügbarkeit ist gegenüber Gas auch noch größer.

Diese Argumente haben uns, die CDU-Fraktion, dazu veranlasst, nicht gegen ein Steinkohlekraftwerk zu sein, sondern es konstruktiv zu begleiten. Das heißt für die CDU-Fraktion, dass wir größten Wert darauf legen, dass, wenn ein Kohlekraftwerk ans Netz geht, es so umweltschonend wie möglich arbeitet. Außerdem ist für uns wichtig, dass die Frage der Fernwärmeversorgung aus diesem Kraftwerk bei den Planungen eine wichtige Rolle einnimmt. Ganz wichtig ist für uns, dass die Anwohner in den betroffenen Stadtteilen nicht zusätzlich belastet werden, das heißt, dass die Kohle, die angeliefert wird, nicht die ganze Gegend vollstauben darf. Die anliegenden Stadtteile haben schon die Immissionen des Hafens und der Stahlwerke zu tragen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass es für diese Leute keine zusätzlichen Belastungen gibt.

Meine Damen und Herren, wir lehnen den Antrag der Grünen ab. Die Gründe dafür habe ich eben genannt. Den Grünen möchte ich den Rat geben, dass sie sich einmal darüber im Klaren werden, wie sie die Stromversorgung in Deutschland in Zukunft sicherstellen wollen. Atomkraftwerke wollen Sie nicht und Kohlekraftwerke auch nicht. Das, was geht, wollen Sie nicht! Hauptsache, Ihnen geht nicht irgendwann das Licht aus! Setzen Sie sich endlich für einen vernünftigen Energiemix ein, damit der Verbraucher in Deutschland Strom

auch zu vertretbaren Preisen erlangen kann. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einleitend möchte ich betonen, dass wir uns alle eine umweltfreundliche Energieversorgung in Bremen wünschen. Wir wünschen uns auch, dass es möglich ist, die Windkraft grundlastfähig zu machen. Die Wünsche sind sicherlich über alle Fraktionen die gleichen, doch nicht alles, was man sich wünscht, ist auch zu realisieren.

Zurzeit sind in Deutschland 24 neue Kraftwerke im Bau oder in Planung. Das liegt zum einen daran, dass viele Kraftwerke veraltet sind, zum anderen liegt es daran, dass die Versorgungssicherheit weiter sichergestellt werden soll, auch vor dem Hintergrund eines Atomausstiegs. Auch die swb-Gruppe plant in Bremen einen Kraftwerksneubau, weil der aktuelle Kraftwerkspark veraltet ist und durch einen Kraftwerksneubau auch eine Effizienzverbesserung und somit auch eine Verringerung der CO₂-Emissionen erreicht werden kann. Geplant ist, am Standort Mittelsbüren statt eines GuD-Kraftwerks, also des angesprochenen Gaskraftwerks, ein Steinkohlekraftwerk zu bauen, und genau dagegen richtet sich der Antrag der Grünen.

Wir von der SPD-Fraktion fänden den Antrag der Grünen auch gut, wenn man die Welt in schwarz oder weiß aufteilen könnte. Richtig ist, dass ein mit Erdgas betriebenes Kraftwerk energieeffizienter ist. Auch liegt die Ausnutzung bei einem Erdgaskraftwerk bei 58 Prozent, während sie bei einem Steinkohlekraftwerk nur bei 45 Prozent liegt. Außerdem ist auch richtig, dass bei einem Gaskraftwerk bedeutend weniger CO₂-Emissionen austreten. Es kommt auch hinzu, dass ein Gaskraftwerk im Bau und sogar im Betrieb günstiger ist. Da stellt sich die Frage, ob das die Planer von der swb aus betriebswirtschaftlicher Sicht richtig überlegt haben. Das könnte man ja einmal annehmen.

Richtig ist aber auch, dass in Deutschland bis zum Jahr 2011 24 neue Kraftwerke geplant sind, Herr Imhoff hat schon berichtet, warum das so ist. Lediglich sechs Kraftwerke sollen mit Gas betrieben werden und bis zum Jahr 2008 fertig gestellt

sein. Das heißt, diese Kraftwerke sind schon länger in Planung und auch schon im Bau. Die anderen Kraftwerke bis 2011 sollen dagegen mit Stein- oder Braunkohle betrieben werden. Man kann jetzt natürlich trotzdem mutig sein und weiterhin annehmen, dass eigentlich alle zukünftigen Betreiber von Kraftwerken, die jetzt in der Planung sind, nicht betriebswirtschaftlich überlegen können. Diese Annahme, meine Damen und Herren, wäre allerdings zu einfach, und dabei kommen wir wieder auf den Vergleich von schwarz oder weiß. So einfach ist die Welt eben nicht aufgeteilt. Es gibt eine Menge Zwischentöne, die man auch berücksichtigen muss, und wir von der SPD-Fraktion tun dies.

(Beifall bei der SPD)

Erstens müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass sowohl Gas als auch Öl nicht unbegrenzt zur Verbrennung zur Verfügung stehen. Zweitens gehen Experten davon aus, dass dies nur noch bis zum Jahr 2050 möglich ist. Drittens ist auch davon auszugehen, dass sich die Preisentwicklung bei Gas weiter nach oben bewegen wird, auch aufgrund der immer weiter zunehmenden internationalen Nachfrage. Wir alle kennen die neuen Märkte in China, Indien et cetera. Viertens spielt die hohe politische Unsicherheit und Abhängigkeit bei der Verfügbarkeit von Gas eine große Rolle, Herr Imhoff hat eben die Kältewelle in Russland und die daraus folgenden Konsequenzen geschildert. Fünftens ist es zurzeit in der Tat schwierig, für diese großen Mengen an Gas, die für solch ein Kraftwerk benötigt werden, langfristige Lieferverträge zu bekommen. Im Übrigen spielt auch die Besteuerung von Gas eine große Rolle.

Dagegen sieht die Lage bei der Steinkohle etwas entspannter aus. Davor kann man die Augen einfach nicht verschließen. Erstens ist Steinkohle weltweit noch in ausreichendem Maße, ich denke, für noch etwa 600 Jahre, vorhanden. Zweitens kann man davon ausgehen, dass Steinkohle wesentlich preisstabiler sein wird, auch über diesen langen Zeitraum bis zum Jahr 2050. Drittens ist Steinkohle unabhängiger von politischen Verhältnissen zu beschaffen, weil sie eben weltweit vorhanden ist, und viertens ist die Lage am Europahafen für die Lieferung von Steinkohle tatsächlich optimal.

Für uns spielt natürlich auch die Standortsicherung eine nicht unerhebliche Rolle, und selbst produzierter Strom ist für die swb natürlich günstiger und macht sie unabhängiger. Die SPD-Fraktion begrüßt in diesem Zusammenhang die

* Von der Rednerin nicht überprüft.

Sicherung und Schaffung weiterer Arbeitsplätze durch einen Kraftwerksneubau.

(Beifall bei der SPD)

Es ist davon auszugehen, dass in der Bauphase über vier Jahre 900 Arbeitsplätze geschaffen werden und zusätzlich noch 640 Arbeitsplätze im Bereich der Zulieferung. Im Betrieb werden es zirka 70 Arbeitsplätze am Kraftwerksstandort sein und noch einmal 200 Arbeitsplätze im Bereich Wartung, Service und Dienstleistungen. Meine Damen und Herren, das ist eine nicht ganz unerhebliche Zahl von Arbeitsplätzen.

Zum Schluss komme ich noch zur Anwendung des Paragraphen 16 Bremisches Energiegesetz. Aus unserer Sicht haben sich die Rahmenbedingungen für die Anwendung des Paragraphen 16 durch die Liberalisierung der Märkte für Strom und Gas sowie durch die vollständige Privatisierung der Stadtwerke Bremen und Bremerhaven grundlegend geändert. Das bedeutet, dass eine Prüfung durch den Senat schon allein dadurch passiert, dass der Senat mit der swb-Gruppe Gespräche führt und sich für ökologisch vorteilhafte Alternativen im Sinne des Bremischen Energiegesetzes einsetzt. Genau das passiert zurzeit ja auch.

Das Umweltressort hat angekündigt, Anfang April ein Gutachten in Auftrag zu geben, welches die beiden Kraftwerksalternativen unter bestimmten Kriterien vergleicht. Dieses Gutachten soll bis zum Sommer vorliegen. Möglicherweise ergeben sich dadurch neue Aspekte, die in der weiteren Planung berücksichtigt werden müssen. Wir gehen natürlich auch davon aus, dass bei der Entwicklung des Kraftwerks die neueste, wirkungsvollste Technologie zur Vermeidung von CO₂-Immissionen eingesetzt wird. Abschließend bleibt mir nur noch zu sagen, dass die Gesamtsituation zwar nicht zufriedenstellend ist, die SPD-Fraktion den Antrag der Grünen jedoch unter den gegebenen Rahmenbedingungen ablehnen muss. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin jetzt doch etwas verwundert, insbesondere auch aufgrund Ihrer Rede, Frau Garling. Was ist eigentlich unsere Aufgabe, was ist die Aufgabe des Parlaments? Ich habe hier betriebswirtschaftliche Betrachtungen der swb AG wahrgenommen. Unsere

Aufgabe als Parlament ist doch, dass wir die Gesamtgesellschaft im Blick haben müssen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

dass wir für die Vereinbarungen vom Kyoto-Protokoll bis hin zum Klimaschutz in Bremen Sorge tragen müssen. Das ist doch unser Job! Hier muss man doch ganz deutlich sagen, dass Bremen keinen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Die CO₂-Freisetzung in Bremen hat sich seit Jahren nicht signifikant verändert. Da können wir doch nicht einfach die Augen verschließen und sagen, weiter so, und schreiben wir noch einmal fort und setzen das die nächsten 40 Jahre fort. Unsere Aufgabe ist es doch, die entsprechenden Einflussnahmen zu tätigen, um sozusagen in die Richtung des gesamtgesellschaftlichen Interesses zu wirken. Das sehe ich als dringend an.

(Abg. Imhoff [CDU]: Ohne Gas!)

Ein zweiter Punkt, Herr Imhoff, und damit komme ich zu Ihnen: Ich kann nicht zu allem etwas sagen, diese Rede war mir einfach zu grausig, aber ich möchte zwei Punkte noch einmal ansprechen! Der eine ist, dass das, was wir vorschlagen, doch ein Hinwirken auf umweltfreundlichere Alternativen ist. Da muss man doch einmal klar sehen, dass auch ein Gaskraftwerk Arbeitsplätze schafft. Wir sagen ja nicht einmal, dass ein Gaskraftwerk die Wahl sein muss. Man muss auch noch stärker in Richtung Dezentralisierung und Verknüpfung mit Erneuerbarem schauen. Da ist auch klar, dass dieser Entwicklungspfad viel mehr Arbeitsplätze als ein Kohlekraftwerk schafft. Insofern ist es immer Unsinn, uns Grünen vorzuwerfen, wir seien die Arbeitsplatzvernichter.

Letzter Punkt, Herr Imhoff, weil Sie sagen, dass zusätzliche Belastungen der Anwohner vermieden werden müssen: Es ist ziemlich klar, dass ein Kohlekraftwerk eines solchen Ausmaßes Feinstaub emittiert. Da können Sie sich noch hundertmal hinstellen und sagen, es muss vermieden werden. Das ist technologisch überhaupt nicht möglich. Mit Kohleverfeuerung ist Feinstaubfreisetzung verbunden, und den Zusammenhang muss man doch auch einmal wahrnehmen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Präsident Weber: Als Nächste erhält das Wort Frau Staatsrätin Kramer.

Staatsrätin Kramer: Herr Präsident, meine Herren und Damen Abgeordneten, insbesondere von der antragstellenden Fraktion, und da wieder ins-

besondere Frau Dr. Mathes! Ihr Antrag ist außerordentlich sympathisch, und im Grunde hat jeder hier in diesem Haus Sympathie für das, was Sie mit dem Antrag zum Ausdruck bringen wollen. Er ist aber auch irreführend, und vor allem ist irreführend, an wen er sich eigentlich richtet.

Sie haben an die gesamtgesellschaftliche Verantwortung dieses hohen Hauses und des Senats appelliert, und Sie haben Paragraph 16 in das Zentrum Ihrer Ausführungen gestellt. Dieser Paragraph 16 verpflichtet den Senat, darauf hinzuwirken, dass die Energiedienstleister umweltverträgliche Alternativen prüfen. Sie machen daraus in Ihrem Antrag, nachdem Sie das im Vorspann in der Klammer erst richtig dargestellt haben, ein Realisieren. Wie soll der Senat denn darauf hinwirken, dass hier ein GuD-Kraftwerk realisiert wird? Diese Antwort sind Sie auch in der Debatte schuldig geblieben.

Wir leben nämlich nicht mehr in der Zeit, in der wir es mit einem Stadtwerk zu tun hatten, sondern wir haben es mit einer ganz normalen Aktiengesellschaft zu tun, auf die Stadt und Land nur den Einfluss haben, den der rechtliche Rahmen im Genehmigungsverfahren gibt, und auf die ansonsten nur durch Überzeugungsarbeit Einfluss genommen werden kann.

Davon haben meine beiden Vorredner, Frau Garling und Herr Imhoff, schon gesprochen. Seitdem die Pläne der swb-Gruppe bekannt geworden sind, ein überaltertes Kraftwerk durch ein modernes zu ersetzen, das im Übrigen die CO₂-Bilanz in diesem Land verbessert und nicht verschlechtert, haben wir intensive Gespräche mit der swb geführt, um die Alternative GuD-Kraftwerk gemeinsam mit der swb zu ventilieren, also genau in der Zielrichtung, von der auch Ihr Antrag getragen ist.

Wir haben uns dabei von der swb erklären lassen müssen, dass im Hinblick auf die langfristigen Zeiträume, konkret bis 2045, die Belieferungssicherheit im Hinblick auf Gas von der swb wesentlich negativer beurteilt wird als im Hinblick auf Steinkohle. Das hängt mit bestimmten Vertragskonstellationen zusammen, bei denen auch die Experten in meinem Haus nicht in allen Details sattelfest sind. Deswegen haben wir, und insofern kooperiert die swb auch sehr gut mit uns, vorgeschlagen, dass wir durch ein Gutachten eines renommierten Instituts - zur Angebotsabgabe aufgefordert worden sind das Wuppertal-Institut und die dena - diesen ganzen Komplex gutachterlich aufbereiten lassen.

Also: CO₂-Reduktionspotential, Feinstaubauswirkungen versus wirtschaftlicher Rentabilität, Liefersicherheit, weitere Entwicklung im Immissions-

handel, perspektivische Entwicklungen in der Preisentwicklung bei Gas und bei Kohle, diese ganzen Items, die hier eine Rolle spielen, sollen von einem Gutachter, von einem unabhängigen Gutachter, aufbereitet werden. Selbstverständlich wird die zuständige Deputation über die Ergebnisse unterrichtet, und sie werden dort auch diskutiert.

Mehr Möglichkeiten haben wir doch nicht nach Paragraph 16. Von daher frage ich mich: Was wollen Sie eigentlich mit Ihrem Antrag erreichen? Sie laufen Türen ein, die so offen sind wie ein Scheunentor. Das, was Sie möchten, ist schon längst in die Wege geleitet. Wenn Sie aber darüber hinaus möchten, dass der Senat dafür sorgt, dass statt des von der swb-Gruppe geplanten modernen und, gemessen am heutigen Zustand, auch CO₂-verträglicheren Kohlekraftwerks ein GuD-Kraftwerk gebaut wird, dann muss ich schlicht sagen, das ist eine Forderung, die zu erfüllen nicht möglich ist.

Wir können Überzeugungsarbeit leisten, wir können mit dem Investor in eine intensive Debatte und in einen Austausch über die Vor- und Nachteile treten, wir können auch an dessen gesamtgesellschaftliche Verantwortung appellieren, aber letztlich muss man eben sehen, dass auch die betriebswirtschaftlichen Argumente in diesem Kontext eine Rolle spielen. Was nützt uns ein teures Kraftwerk, wenn wir keine Liefersicherheit zu kalkulierbaren Preisen mit Gas bekommen können und eine solche Investition sich dann möglicherweise als eine auf Sand gebaute erweist! Lassen Sie uns hier den sachlichen Diskurs weiter vorantreiben, aber bitte ohne überzogene Erwartungen an das, was der Senat aus Paragraph 16 heraus verpflichtet ist zu tun! - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/482 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bau und Verkehr

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Ortsgesetz zur Neuregelung der Kostenbeteiligung bei Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege

Mitteilung des Senats vom 14. März 2006
(Drucksache 16/484 S)

Wir verbinden hiermit:

Verbesserung der Ferienangebote in der Kindertagesbetreuung

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 21. März 2006
(Drucksache 16/488 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es manchmal interessant, wie im Verwaltungsdeutsch manche Sachen klingen. Wir sollten es ruhig benennen, es geht um die Erhöhung der Kindergartengebühren. Das ist der Kern dessen, worum es heute geht. Es klingt aber irgendwie

besser, Ortsgesetz zur Neuregelung der Kostenbeteiligung bei Angeboten der Förderung und so weiter.

Alle Welt redet im Moment davon, dass man doch eigentlich die Kindergartengebühren ganz streichen sollte, und da ist in der Tat die Frage am Anfang berechtigt: Passt das eigentlich in die Zeit, dass wir hier genau das Gegenteil machen? Ich will versuchen zu begründen, weswegen ich glaube, dass trotzdem kein Weg daran vorbeiführt. Dazu vorweg die spitze Bemerkung, am lautesten wird die Forderung von denjenigen erhoben, die es nicht bezahlen müssen. Als Bundespolitiker, egal welcher Partei, kann ich leicht fordern, wir müssen die Gebührenfreiheit herstellen. Solange die finanzielle Ausstattung dabei nicht mitgeliefert wird, ist das ein erhebliches Problem.

(Beifall bei der SPD)

Genau da kommen wir zum Kern dessen, was wir uns hier in Bremen fragen müssen. Angesichts der Haushaltsnotlage, aber insgesamt auch finanziell knapper Mittel ist die Frage: Wo setzen wir finanzielle Prioritäten? Setzen wir finanzielle Prioritäten, indem wir auf Einnahmen verzichten? Das wäre die Gebührenfreiheit oder die Gebührensenkung, die ich im Grundsatz befürworte. Natürlich würden meine Partei und ich sehr gern die Gebührenfreiheit für alle drei Jahre herstellen, wer kann dagegen sein? Oder setzen wir die Prioritäten so, dass wir das System verbessern?

Wir haben uns als SPD ganz klar dafür entschieden, dass wir sagen: Wir müssen eine Systemverbesserung an den Anfang stellen, wenn wir dann weiter Geld haben im Zeitverlauf, dann muss man natürlich weiter darüber nachdenken, kann man die Kindergartengebühren senken beziehungsweise ganz streichen. Die Priorität muss aber unseres Erachtens auf Ausbau liegen.

Ausbaumöglichkeiten gibt es genug. Ich nenne hier nur ein paar Punkte, weil ich es doch wichtig finde, deutlich zu machen, dass wir keineswegs der Meinung sind, dass wir ein optimales System haben. Das sagt auch keiner. Es ist nach wie vor die Grundausrüstung der KTH allgemein, aber auch in Schwerpunkteinrichtungen und gerade in benachteiligten Stadtteilen weiter zu verbessern. Die Grundausrüstung unserer KTH ist zu gering.

Zweitens ist die Betreuungsquote der unter Dreijährigen nach wie vor unzureichend. Das, was wir im Moment erreicht haben, wird den Bedarfen, die in der Gesellschaft bestehen, überhaupt nicht gerecht, so dass hier dringender Ausbaubedarf besteht. Die Betreuung von Kindern in den Schulferien in den KTH ist nur für Eltern, wenn beide El-

ternteile berufstätig sind beziehungsweise wenn Alleinerziehende berufstätig sind, gewährleistet, ansonsten können wir das nicht garantieren. Ganztagsplätze sind nur für Leute garantiert, die selbst berufstätig sind, ansonsten haben wir auch diesen Bedarf noch nicht hinreichend gedeckt. All diese Sachen, ich will jetzt keine vollständige Auflistung von Problemen machen, zeigen, dass wir erheblichen Ausbaubedarf im System haben und dass wir diesen auch angehen müssen.

Allerdings, auch das muss man sagen, dass wir dies angehen. Ich glaube, dass die Kritik, die häufig zu hören ist, Ihr erhöht ja die Gebühren, aber es passiert nichts in diesem Bereich, falsch ist. In dem Zusammenhang will ich auf ein paar Punkte eingehen, die wichtig sind, damit man ein paar Relationen hat, wie der Ausbau wirklich im Moment vonstatten geht.

Zum einem haben wir als Reaktion von Pisa verschiedene Maßnahmen, insbesondere auch Sprachförderungsmaßnahmen, Förderungsmaßnahmen für Eltern und Mütter, eingerichtet, um hier einen ganz wesentlichen Missetand anzugehen, nämlich den, dass Bildung dann versagt, wenn die Kinder kein Deutsch können. Wenn Kinder kein Deutsch verstehen, aber in Deutsch unterrichtet werden, ist es klar, dass sie wenig lernen. Darüber brauchen wir nicht lange nachzudenken. Deswegen sind wir das angegangen.

Wir haben in den letzten Jahren für eine personelle Verstärkung der KTH gesorgt über die Ausbildung von Sozialassistentinnen, eine Maßnahme, die umstritten war, denn natürlich ist es keine adäquate zweite Fachkraft oder zweite Gruppenleiterin, wie es häufig gefordert wird. Allerdings ist das angesichts der finanziellen Lage eine Verbesserung, die sich durchaus sehen lassen kann. Des Weiteren ist jüngst beschlossen worden und auch mit Geld unterlegt worden im Haushalt der stufenweise Ausbau der Kindertagesbetreuung für Null- bis Dreijährige. Wir haben uns vorgenommen, bis zum Jahr 2010, also das Kindergartenjahr 2010/2011, auf eine Versorgungsquote von 20 Prozent zu kommen und dafür elfeinhalb Millionen Euro in die Hand zu nehmen.

Schließlich will ich betonen, wozu wir den Antrag eingebracht haben. Es ist uns in Diskussionen um die jetzige geplante Erhöhung der Kindergartengebühren gelungen, auch einen weiteren Punkt anzugehen. Es geht darum, die Ferienbetreuung auszubauen. Es muss Ziel sein, dass alle Kinder, die im Kindergarten sind, ganz regulär während der Ferien, mit Ausnahme der Schließungszeiten, das sind allerdings nur vier Wochen über das Jahr verteilt, keine 12 Wochen, wie es Schulferien sind, ganz normal weiter betreut werden. Das ist zum

einen aus meiner Sicht eine Selbstverständlichkeit gegenüber den Eltern, hat aber auch eine sozialpolitische Komponente. Gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen ist es auch sozialpolitisch notwendig, dass die Kinder dauerhaft durchgehend betreut und nicht zwischendurch längere Zeiten nach Hause geschickt werden.

Trotz der schwierigen Haushaltslage haben wir uns als Koalition dazu bereit gefunden, nicht nur ein Konzept bis zum Ende des Jahres zu fordern, sondern wir werden auch in diesem Haushalt noch Umschichtungen vornehmen und für das Jahr 2007 einen ersten, wenn noch nicht den Endbetrag, den ein Ausbau braucht, aber einen ersten Betrag in Höhe von 300.000 Euro bereitstellen.

Wir werden dieses System weiter ausbauen, weil wir wissen, dass dieses System ausgebaut werden muss. Kinderbetreuung muss einen ganz zentralen Stellenwert in der Politik des Staates haben. Wenn man diese ganzen Verbesserungen einmal addiert - es schadet ja auch nicht, gerade wenn man sich langsam dem Ende einer Legislaturperiode nähert -, dann kommt man unter dem Strich dazu, dass wir in dieser Legislaturperiode, bis zum Jahr 2007 jetzt eingeschlossen, knapp zehn Millionen Euro mehr für Kinderbetreuung jährlich bereitstellen, als wir das am Anfang dieser Legislaturperiode getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Das zeigt eine sehr deutliche Prioritätensetzung. Wenn man sich jetzt diese Diskussion, was ich eingangs gesagt habe, vor Augen führt, dass wir diese finanziellen Prioritäten setzen müssen, kann ich ruhigen Gewissens sagen, wir haben in der Vergangenheit in diesem Bereich viel getan, und da ist es auch vor diesem Hintergrund verantwortbar, die Elternbeiträge erhöhen. Da geht es ja insgesamt um eine Summe von jährlich 1,5 Millionen Euro, gut 1,5 Millionen Euro, ich glaube, es waren 1,57 Millionen Euro. Das ist eine Relation, die ich vertreten kann, weil das, was gemacht wird, nämlich eine Umschichtung in den bestehenden Haushalten, gewährleistet ist und dieser Beitrag, der dann den Eltern abverlangt wird, unter dem Strich wirklich für einen Ausbau des Systems verwandt wird.

Ich gehe davon aus und das zeigt auch der Koalitionsantrag, dass wir diese Politik in den nächsten Jahren weiter fortsetzen werden. Deswegen kann ich diese Gebührenerhöhung auch gegen die Kritik, die von manchen kommt, gut verteidigen, und

ich möchte Sie bitten, dem auch zuzustimmen! -
Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bartels.

Abg. **Bartels (CDU)*):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stimmen ebenfalls dem Entwurf aus dem Ressort von Senatorin Röpke zu. Wir halten es für eine Gebührenanpassung mit Augenmaß. Sie ist moderat, und die KiTa-Gebühren sind zu der im Moment noch geltenden Staffelung ausgewogen, strukturierter, logischer und auch gerechter. Wir denken, dass man nach neun Jahren, die letzte Anpassung war 1997, eine maßvoll und sozial ausgewogene Erhöhung macht. Sie liegt im Durchschnitt bei elf Prozent. Das System der Kindertagesbetreuung in Bremen muss finanzierbar bleiben, meinen wir. Wir werden uns als Stadtgemeinde nicht aus der finanziellen Unterstützung unserer KiTas zurückziehen.

Wir haben schon in den vergangenen Jahren vieles angestoßen und eingeleitet, Dr. Schuster hat darauf hingewiesen, all die Maßnahmen, um im KTH-Bereich dem Bildungsauftrag auch verstärkt Rechnung zu tragen. Nach den Ergebnissen der Pisa-Studie ist inhaltlich die frühkindliche Bildung als Schwerpunkt gesetzt worden. Insbesondere was einen optimalen Übergang vom Elementarbereich auf den Primarbereich, also vom Kindergarten in unsere Grundschulen, angeht, müssen wir diese beiden Einrichtungen unserer Auffassung nach noch besser verzahnen.

In einigen Einrichtungen funktioniert das teilweise vorbildlich, in anderen funktioniert es weniger gut. Wer aber glaubt, es geht zum Nulltarif, der irrt. Auch bei den Sprachstandserhebungen und der Sprachförderung haben wir einiges investiert, wobei wir der Auffassung sind, dass man nur dazu kommen muss, weniger Screenings, also Erhebungen, durchzuführen, als dass man viel mehr in die Förderung selbst stecken muss. Sprachstandserhebungen sind kein Ersatz für Sprachförderung.

(Beifall bei der CDU)

Wir meinen, dass die Erzieherinnen in den KTH einen genauen Überblick haben, wie die Kinder die deutsche Sprache beherrschen. Da ist es auch nicht notwendig, mit umfangreichen Frage-

bögen jedes einzelne sprachliche Defizit eines Kindes zu ermitteln. Es ist besser, das Geld direkt in die Förderung zu stecken, als Mittel- und Zeitkapazitäten dafür einzusetzen, nur zu ermitteln, wie ein Förderungsbedarf in allen Einzelheiten existiert, ebenso wie wir die eingeleitete Flexibilisierung unseres Betreuungsangebots verbessern müssen, die Flexibilisierung der Angebote, um auf die individuellen Elternwünsche einzugehen.

Das sind alles Maßnahmen, die unsere Angebote in den vergangenen Jahren attraktiver gemacht haben und bei denen wir nicht stehen bleiben wollen. Gerade bei den unteren Einkommensgruppen haben wir bei dem Vorschlag aus der Sozialbehörde sehr genau auf eine sozialverträgliche Anpassung geachtet und die Beiträge teilweise sogar gesenkt. Dabei beseitigen wir die mit den einzelnen Überarbeitungen der Gehührentabelle aufgetretenen Ungerechtigkeiten für einzelne Einkommensgruppen und machen sie schlüssiger.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass wir die Gruppen stärker belasten, die vorher vergleichbar in der Systematik begünstigt waren. Dabei leisten wir ab der fünften Betreuungsstunde ein Mittagessen in unseren KTH, das mit 22 Euro im Monat in einem sehr guten Preis-Leistungs-Verhältnis steht. Jedes Kind, das länger als fünf Stunden betreut wird, bekommt automatisch eine warme Mittagungsverpflegung. Die Kosten dafür liegen in der Regel unter denen, die dafür im eigenen Haushalt aufgebracht werden müssen.

Wir wollen die bildungspolitischen Herausforderungen im Kindergartenbereich angehen, wie wir dies als Koalition im Bildungsbereich in unseren Schulen bereits angegangen sind und weiter angehen werden. Dies können wir nur mit einer angemessenen Kostenbeteiligung der Eltern leisten. Wir werden die Standorte der KiTas neu organisieren und auch zukünftig wohnortnahe Bildung und Betreuung im Elementarbereich anbieten.

Das ist sicher eine Umbruchphase für viele KTH, die wir aber positiv nutzen wollen und auch als Chance begreifen müssen, wobei wir schon jetzt im Bereich der Drei- bis Sechsjährigen eine sehr hohe Versorgungsquote im Stadtgebiet haben, 97 Prozent der Bremer Kinder zwischen drei und sechs Jahren gehen in eine KiTa. Das kann sich sehen lassen, mit dem Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz haben wir hier viel erreicht.

Wir wollen nicht stehen bleiben. Wir wollen auch die übrigen Kinder erreichen und sie vor der Grundschule in einem Kindergarten begrüßen

*) Vom Redner nicht überprüft.

können, ganz einfach, weil es wichtig ist für einen guten Start in das Schulleben unserer Kinder.

(Beifall bei der CDU)

Auch der Ausbau an Betreuungsplätzen, meine Damen und Herren, für die unter Dreijährigen ist nicht zum Nulltarif zu haben, wenn er tatsächlich etwas wert sein soll. Wir investieren zum Kindergartenjahr 2006/2007 in den Bereich der unter Dreijährigen und bauen hier stufenweise bis 2010 aus. Wir werden in nur vier Jahren den Bereich aufstocken und ein Angebot für 20 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe bereitstellen. Dabei werden wir die genauen Bedarfe noch zu ermitteln haben. 11,5 Millionen Euro, Dr. Schuster hat auch dies schon erwähnt, werden wir hier kumuliert bereitstellen.

Man kann nicht allen Ernstes so tun, als wären die KiTas aus dem Jahr 1997 vergleichbar mit denen von heute, als hätte sich da nichts getan. Das ist nicht unsere Auffassung, die Wirklichkeit sieht auch anders aus. In der derzeitigen schwierigen Umbruchphase, in der sich die KiTas befinden und wir den Akzent mehr hin zu Bildungseinrichtungen setzen, müssen sich auch die Eltern mit einbringen.

Noch einmal: Wir halten die Erhöhung für zurückhaltend und moderat. Manchmal habe ich jedoch den Eindruck, das Thema ist auch begleitet von solch einer Diskussion „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“. Das passt irgendwo nicht zusammen. Wenn man es als selbstverständlich erachtet, über kostenlose KiTa-Betreuung nachzudenken - das sage ich sowohl an unseren Koalitionspartner als auch an die Kollegen der Opposition -, und Sie sich gleichzeitig scheuen, Studiengebühren einzuführen, dann passt das ebenso nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen das auch deutlich sagen, anders kommen wir qualitativ nicht voran. Wir müssen schnell vorankommen, denn im Elementarbereich werden die grundlegenden Kompetenzen und Fertigkeiten vermittelt. Da können wir nicht ganze Kindergenerationen durchlaufen lassen, die am Anfang der Schule ihren Klassenlehrer nicht verstehen, nur weil er komischerweise Deutsch spricht.

Meine Damen und Herren, Kinderbetreuung ist ein Standortfaktor, daher werden wir die frühkindliche Bildung auch weiter ausbauen. Das ist aber auch eine gesamtgesellschaftliche Auflage, die in der Politik eine zentrale Aufgabe hat. Deshalb haben sich die Fraktionen der großen Koalition ver-

abredet, schrittweise für alle Kinder aus Einrichtungen der Kindertagesbetreuung das Betreuungsangebot während der Ferienzeiten zu erweitern. Bisher gilt für die Inanspruchnahme des Feriendienstes die Berufstätigkeit, Kinder während der Ferienzeiten im KTH sollen betreut werden können. Wir wollen dies auch aus bildungspolitischer Sicht stufenweise für die übrigen Kinder erreichen.

Dies wird nicht von heute auf morgen zu realisieren sein, aber jede Reise beginnt mit dem ersten Schritt. Diesen ersten Schritt haben Sie in Form dieses Antrags vorgelegt bekommen. Wir bitten den Senat, ein entsprechendes Konzept zeitnah und rechtzeitig bis Oktober dieses Jahres vorzulegen. Dies ist ein weiterer Akzent, den wir hier setzen wollen. Im Übrigen tragen wir den Vorschlag aus dem Hause von Frau Senatorin Röpke mit. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Crueger.

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war eine richtige Grundsatzdebatte bislang, was die Koalition im KTH-Bereich erreicht hat und was nicht.

Ich stand vor zwei Wochen bei lausiger Kälte vor den Erzieherinnen aus den KTH, die streiken. Das hat viel mit den Tarifverhandlungen zu tun, aber auch ein Stück weit damit, dass wir nach wie vor in Bremen, was die personelle Ausstattung unserer KTH angeht, ganz hinten stehen und eine Erzieherin mit bislang noch Unterstützung durch Integrationskräfte, durch Praktikanten versucht, den Kindern die bestmögliche Bildung mitzugeben. Wir stellen immer höhere Anforderungen an diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auf der anderen Seite passieren dann wieder solche Dinge wie die Kürzung des bezahlten Anerkennungspraktikums für Erzieherinnen, wo man dann natürlich auch sagt, an der einen Stelle packt man etwas dazu, an der anderen nimmt man es womöglich wieder weg. Ich sage es einmal so: Der richtige qualitative Schritt nach vorn ist zumindest für uns als Opposition in Ihrer KTH-Politik nach wie vor nicht zu erkennen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Unsere erste Priorität ist eine bessere Regelausstattung in den KTH, das heißt, wir wollen vor allen Dingen die zweite Kraft in den Gruppen. Daran hängen ganz viele Probleme, das ist zum Teil in Ihren Reden auch schon angeklungen. Ich glaube nämlich auch, wenn man zwei Kräfte in einer Gruppe im KTH hätte, dass man dann beispielsweise, was die Sprachförderung angeht, aber auch, was Integrationsförderung für gewisse Gruppen von Kindern angeht, weniger externe Programme bräuchte, weil da mehr im laufenden Betrieb passieren könnte.

Ich glaube, dass im Moment unsere personelle Situation sehr schlecht ist und wir gerade deshalb so viele Programme darum herumbauen müssen, um das noch irgendwie abzufedern. Unserer Meinung nach ist das verkehrt, das ist die verkehrte Priorisierung, sondern das Geld muss in gut qualifizierte Erzieherinnen gehen. Da haben wir auch einen Antrag gestellt, deren Qualifizierung zu verbessern. Den haben Sie auch nicht wirklich mit Überzeugung hier beschlossen, sondern erst einmal überwiesen. Ich glaube, dass das der entscheidende Weg ist. Wenn man dann das Ziel hat, irgendwann kostenfreie Kindergärten vom ersten bis zum dritten Jahr anzubieten, dann ist das eine sehr richtige Forderung, aber die kommt erst nach der qualitativen Verbesserung der Infrastruktur. Da sind wir, Herr Schuster, völlig Ihrer Meinung.

Ich denke, dass wir uns die vorliegende Gebührenerhöhung vor allem auch in ihrer internen Logik anschauen müssen. Da ist es mir bislang immer noch nicht begreifbar geworden, warum ausgerechnet bei den Geringverdienenden die Nachmittagsangebote um bis zu 33 Prozent teurer werden sollen, warum ausgerechnet diese Gruppe in Zukunft so viel mehr zahlen muss für eine Betreuung, die über fünf Stunden hinausgeht, während hingegen die höheren Einkommensgruppen bei dem gleichen Angebot einen Euro geschenkt bekommen. Das ist für mich einfach nicht nachvollziehbar.

Wir Grünen können da nur herauslesen, es geht darum, dass man eine Steuerungswirkung versucht, den sozial Schwächeren, die mit weniger Einkommen, wo womöglich der Mann oder die Frau zu Hause sitzt und nur ein Partner verdient, das Kind dann nachmittags wieder auf den Schoß zu setzen und zu sagen: Das könnt ihr ja auch selbst machen. Wir hingegen sehen die ganz starke soziale Komponente gerade auch der Ganztagsbetreuung.

Wir haben dies damals schon gegeißelt, als Sie Ganztagsplätze gekürzt haben. Wir sagen es an dieser Stelle auch wieder: Ganztagsplätze haben

nicht nur eine Bedeutung für Berufstätige. Natürlich ist das ein ganz entscheidender Punkt, aber genauso entscheidend ist auch, dass Ganztagsplätze eine soziale Komponente haben und es vielen Kindern gut tut, wenn sie möglichst lange eine gute Förderung im Kindergarten bekommen, und dass es nicht allen Kindern gut tut, wenn sie mittags wieder nach Hause müssen. Das ist auch so.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine andere Steuerungswirkung werden wir wahrscheinlich im Hortbereich beobachten. Dort wird es, glaube ich, so sein, wenn dann ein Hortplatz je nach Einkommensgruppe zum Teil - gerade bei den Besserverdienenden - auf einmal 40 Euro mehr kostet, dass wir den umgekehrten Effekt haben werden. Die sozial Schwächeren werden ihre Kinder zu Hause lassen, die sozial Stärkeren, die jetzt plötzlich 40 Euro mehr zahlen müssen, werden sich vielleicht alternative Angebote suchen. Ich glaube auch, dass man das berücksichtigen muss.

Man darf hier keine Debatte beginnen, die ein bisschen etwas von einer Neiddebatte hat, jetzt nehmen wir es den einen und geben es den anderen oder umgekehrt, sondern wir müssen ganz klar sehen, wir haben ein Interesse daran, dass in unseren Angeboten in unseren Kindertagesstätten und Horten sowohl Kinder aus sozial problematischerem Elternhaus als auch Kinder aus gut situiertem Elternhaus miteinander zusammen die Zeit verbringen und gut betreut werden. Wir haben kein Interesse an einer sozialen Entmischung, in welche Richtung sie auch immer passieren mag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

An der Stelle noch ein kleiner Exkurs! Ich glaube auch, dass die Frage, welche Stadtteile haben eine Ganztagschule und welche haben keine und in welchen Stadtteilen wird es faktisch dazu führen, dass die Eltern keine Hortgebühren mehr zahlen müssen, weil ihre Kinder in der Ganztagschule sind und der Hort der Ganztagschule längst angegliedert ist, und in welchen Stadtteilen haben wir noch dieses zweigeteilte System, wie wir es aus der Vergangenheit kennen, auch eine Frage von Gerechtigkeit ist. Grundsätzlich geht es bei dieser Gebührenerhöhung nicht primär darum, die Qualität zu verbessern, sondern der Auslöser war die Minderausgabe, die wir im KTH-Haushalt haben. Diese Minderausgabe musste aufgelöst werden. Daraufhin hat man dann gesagt, dann versuchen wir es - nachdem alles andere bislang nichts gebracht hat und auch die schlauen Gutachter Putz und Partner uns noch nicht sagen

konnten, woher das Geld kommen soll - mit der Gebührenanhebung.

Ich finde, es ist immerhin anzuerkennen, dass Sie jetzt den Schwenk gefunden haben, Herr Schuster, das noch mit dieser Verbesserung der Ferienbetreuung zu verknüpfen, auch wenn mir klar ist, dass die Summe, die wir dafür brauchen, noch irgendwie abstrakt in den Sternen steht und wir nicht genau wissen, wie viel wir damit finanzieren können. Auch wenn es so ist, dass bislang bei der Ferienbetreuung das ausschließende Kriterium die Berufstätigkeit ist und wir natürlich auch schauen müssen, dass dann womöglich in Zukunft alle dafür zahlen, aber von der Ferienbetreuung profitieren dann nur die Eltern, die berufstätig sind, ich finde, auch das ist ein Widerspruch in sich. Daran sind also noch viele Fragen.

Wir werden Ihren Antrag an dieser Stelle, was die Ferienbetreuung angeht, mittragen, weil wir das für eine richtige Sache halten. Das ist aber nicht die alleinige Ursache, warum wir hier eine Gebührenerhöhung beschließen, sondern diese Gebührenerhöhung hat viel mit Ihrer schlechten Haushaltspolitik zu tun. Deshalb gibt es diese Minderausgabe, und deshalb bekommen wir hier heute diese Vorlage. Ich denke, das muss man auch einfach einmal so sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt wird es natürlich, auch was die finanzielle Situation für die KTH angeht, trotz der einen oder anderen positiven Maßnahme insgesamt nicht viel besser werden. Wenn ich in der Vorlage lese, es geht auch um die Verpreisung einzelner Module für die Zukunft, so wird das bislang noch heftig bestritten. Da sagt man noch nein, im Moment noch nicht, aber ich meine, es steht am Himmel geschrieben, dass es auch dazu kommen wird, wobei mir immer noch nicht ganz klar ist, was dann ein Modul ist. Ist dann ein Modul die Erzieherin, die mit der Trommel den Kindern, die das entsprechend von ihren Eltern bezahlt bekommen haben, das Trommeln beibringt und die anderen sitzen daneben, oder die einen malen nur noch mit schwarzen Stiften und die anderen mit Buntstiften? Das ist mir alles noch nicht klar.

Ich wittere dahinter zumindest die Zweiklassengesellschaft in unseren Kindertagesstätten. Solange das in diesen Vorlagen steht, glaube ich auch, wird es uns früher oder später beglücken. Davor kann ich nur warnen. Aus unserer Sicht gilt nicht nur für die Schule, sondern auch und gerade für den Kindergarten, dass wir alle Kinder gemeinsam unterrichten müssen und dass die soziale Herkunft und wie viel Geld die Eltern haben, nicht dafür ausschlaggebend sein darf, wie viele Bil-

dungschancen wir unseren Kindern mitgeben. - In diesem Sinn bedanke ich mich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Crueger, drei kurze Bemerkungen sind mir doch noch wichtig. Die erste ist, wir sind uns ja in vielen Bereichen inhaltlich einig. Ich fände es nur schöner, wenn Sie nicht immer die negativsten Befürchtungen annehmen, sondern sich dann wirklich nur an der Realität orientieren und nicht sagen, was Sie meinen, was laufen wird.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Punkt zwei ist die Qualitätsverbesserung, die noch unzureichend ist, das habe ich deutlich gemacht. Sie ist aber gelaufen und läuft parallel. Wir werden parallel die Betreuung von Null- bis Dreijährigen ausbauen. Wir werden mit dem Feriendienst weitermachen, wir haben die Sprachförderung angefangen und vorangetrieben, und wir haben die Grundausrüstung über andere Kanäle erst einmal verbessert. Das ist nicht völlig zufriedenstellend, aber wir haben für Verbesserungen gesorgt, und weil die Verbesserungen davor finanziert wurden, kann man nicht sagen, eigentlich geht es nur darum, Haushaltslöcher zu stopfen. Aber ein Teil dieser Finanzierungslasten wurde in der Tat auf die Eltern abgewälzt.

Die letzte Sache finde ich einfach noch ärgerlich, das war der erste Punkt, weswegen ich mich gemeldet habe. Wir haben nicht, das möchte ich ausdrücklich hier betonen, das bezahlte Anerkennungsjahr gestrichen. Wir überprüfen zurzeit die Ausbildung der Erzieherinnen. In diesem Zusammenhang ist in der Diskussion, inwieweit das Anerkennungsjahr weiter wichtig ist, und es gibt, das hatten wir in den Jugendhilfeausschüssen, noch sehr viele offene Fragen, wie die Praxisanteile dieser Ausbildung gemacht werden sollen. Lassen Sie uns am Ende, das heißt, wenn wir diese Fachfragen geklärt haben, entscheiden, was wir machen! Ich lege aber Wert darauf: Wir haben bisher nicht das bezahlte Anerkennungsjahr gestrichen. Wir werden uns zum entsprechenden Zeitpunkt darüber unterhalten, was wir machen. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte über die Erhöhung der Kindergartengebühren ist bis jetzt sehr sachlich geführt worden trotz kontroverser und unterschiedlicher Auffassungen, was ja auch verständlich ist. Ich möchte aber wirklich noch einmal betonen, was Herr Bartels gesagt hat: Es ist seit 1997 das erste Mal wieder, dass wir hier diese Debatte führen in diesem Hause, das erste Mal, dass wir darüber sprechen, dass Kindergartengebühren erhöht werden müssen. Das hat auch seine Begründung. Das ist ein langer Zeitraum, und es ist auch unter anderem damit zu begründen, dass selbst im System natürlich über Betriebskosten und über Personalkosten auch Preissteigerungen entstanden sind, die auf der anderen Seite auch widerspiegelt werden müssen.

Wir haben es uns auch nicht einfach gemacht, auch nicht in der Behörde. Ich möchte noch einmal die Ziele benennen, die wir uns gesetzt haben. Wir wollen eine systematische Beitragsordnung haben, die einheitlich strukturiert ist, die auch die neuen Entwicklungen mit aufgreift. Wir haben ja in der Zwischenzeit erweiterte Angebote generiert. Wir wollen vor allen Dingen eine sozial gerechte Beitragstabelle haben, wo die unteren Einkommensgruppen besonders in den Blick genommen werden. Wir haben einen Vorschlag dazu entwickelt, und ich möchte mich ausdrücklich noch einmal bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die diesen Vorschlag erarbeitet und die auch das Verfahren getragen haben. Es war ein ausgesprochen konstruktives Verfahren, auch in den Anhörungen, die wir im Januar mit den Trägern und mit den Elternvertretern durchgeführt haben, und eine sehr sachliche Arbeitsatmosphäre. Das ist auch nicht selbstverständlich bei einer so schwierigen Auseinandersetzung.

Selbstverständlich ist dann in den Anhörungen das gefordert worden, was jetzt wieder bundespolitisch deutlich zum Thema erhoben worden ist in den vergangenen Wochen, nämlich die Beitragsfreiheit - ein verständlicher Wunsch seitens der Elternvertretungen, gar keine Frage. Das würde aber für uns bedeuten, dass wir jährlich rund gerechnet auf zehn Millionen Euro Einnahmen verzichten müssten. Sie kennen alle unsere finanzielle Situation, das ist schlicht und einfach zurzeit überhaupt nicht darstellbar.

Da teile ich auch das, was gesagt worden ist. Wenn wir eine solche Diskussion hier führen, dann müssen wir primär auf die Qualität in den Einrichtungen Wert legen. Das muss die oberste Priorität sein, und wir haben, Herr Bartels hat es gesagt, die Situation, dass 97 Prozent unserer Kinder unsere Einrichtungen besuchen. Aus mei-

ner Erfahrung ist es nicht so, dass die übrigen drei Prozent wegen der Gebühren nicht kommen, sondern da gibt es andere Vorbehalte, andere Gründe, andere Barrieren, die wir versuchen, mit anderen Mitteln, zum Beispiel über Spielkreise, zu überwinden.

Ich teile auch die Auffassung von Herrn Dr. Schuster. Natürlich ist es richtig, dass die Beitragsfreiheit langfristig ein Ziel ist, das wir alle anstreben sollten, gar keine Frage. Es ist aber wirklich kein Zufall, dass diese Forderung jetzt von der Bundesebene kommt, dass Bundespolitiker aus allen Parteien sich hinstellen und sagen, jetzt müssen die Kommunen und Länder sich aber einmal anstrengen und müssen einmal klar machen, dass hier Kindertagesstätten beitragsfrei besucht werden können. Das kann ich auch fordern, wenn ich dafür das Geld nicht geben muss. Da sage ich umgekehrt: Wir können gern darüber reden, aber dann muss auch der Bund seinen Beitrag dazu leisten. Allein können wir es nicht schaffen, und das hat auch gerade wieder der Vertreter des Deutschen Städtetages zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Insofern hoffe ich, dass man da bald einmal zu einer sachlichen Ebene zwischen Bund, Land und Kommunen zurückkommt. Das hat immer auch etwas mit dem Schwarzen-Peter-Spiel zu tun, das ist mein Eindruck, wo die Bundesebene von eigenen Unzulänglichkeiten ablenken will, indem sie auf die Länder und Kommunen verweist. Das ist nicht angebracht. Wir brauchen ein Zusammenspiel aller Ebenen vor allen Dingen dann, wenn es darum geht, die Frage zu lösen, wie bekommen wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hin und wie können wir Familienpolitik weiter nach vorn bringen. Das ist das gemeinsame Ziel, das wir angehen müssen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir haben mit dem Beitragssystem einen Vorschlag entwickelt, den ich für sozial gerecht halte. Wir haben uns auch bemüht, innerhalb des Systems, Herr Crueger, das ist ja hochkomplex, die bisherigen Unstimmigkeiten im Beitragssystem auszugleichen. Die Schwierigkeiten bestehen darin, dass das System in sich wiederum in der Gestaltung so kompliziert ist, dass man alle Unstimmigkeiten auch nicht beseitigen kann. Das macht sich insbesondere bei dieser Gruppe bemerkbar, die bis zu 52 Euro pro Monat mehr bezahlen muss. Das haben wir erkannt, und wir kommen jetzt mit einer Übergangsregelung dieser Gruppe entgegen, um die Belastung abzufedern.

Ich möchte auch noch einmal kurz auf das eingehen, was gesagt worden ist zur Situation in den Kindergärten, zu dem, was wir geschafft haben, und zu dem, was wir vorhaben. Es ist völlig d'accord, wir können uns hier sicherlich fachlich sofort darüber verständigen, dass eine Gruppe mit 20 Kindern mit zwei qualifizierten Fachkräften eine gute, notwendige Ausstattung ist. Wir haben das oft diskutiert, bei vielen Gelegenheiten, aber wir wissen auch, das kostet Geld. Wir wissen auch, es kostet Geld, für jedes Kind einen Ganztagsplatz anzubieten, sei es im Kindergarten oder in der Schule, das wäre ja das Optimum, auch das können wir zurzeit in dieser Breite nicht bezahlen.

Wir haben aber dennoch, das finde ich schon, etliches erreicht, gerade in der Zeit nach Pisa. Wir haben einen Rahmenbildungsplan auf den Weg gebracht, wir haben den Bildungsauftrag in den KiTas sehr viel stärker verankert, als das in der Vergangenheit war. Das ist für die Erzieherinnen eine zusätzliche große Herausforderung, aber eine Herausforderung, die sie auch gern annehmen. Wir haben bei den Erzieherinnen und Erziehern eine hohe Bereitschaft, an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen. Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, dass wir über das Pro-KiTa-Programm diese Fortbildungen im großen Umfang gewährleisten, und zwar nicht aus dem Regeleinsatz heraus, sondern mit zusätzlichen Stellvertreterkräften, die wir über das Programm zusätzlich in die KiTas bringen. Das ist eine entscheidende Qualitätsverbesserung im Auftrag des Rahmenbildungsplanes.

(Beifall bei der SPD)

Sprachförderung ist angesprochen worden. Herr Bartels, da müssen wir uns noch einmal über die Frage des Screenings auseinander setzen. Bis jetzt habe ich das so verstanden, dass Sie es immer mitgetragen haben. Ich denke aber, das können wir in der Fachdeputation gern noch einmal miteinander diskutieren. Es ist aber wichtig und notwendig, dass wir das fortsetzen und die Kinder, die nicht über die deutschen Sprachkenntnisse verfügen, zusätzlich fördern, wie wir das bis jetzt angelegt haben. Unser Ziel muss es sein, auch noch etwas früher dann mit den Kindern entsprechend arbeiten zu können.

Es ist von Ihnen angesprochen worden, Herr Bartels, der Übergang von der KiTa in die Grundschule. Ich finde, da haben wir mit dem Modellprojekt einen richtigen Weg eingeschlagen. Der Weg über Entwicklungsdokumentation, ohne Brüche das Kind in den Stärken weiterzuführen von der KiTa in die Schule, ist der absolut richtige.

Das müssen wir ausbauen, das ist keine Frage, und da sind wir uns auch sehr einig.

Ich finde es sehr gut, dass die Koalition diesen Antrag auf den Weg gebracht hat, Ferienangebote weiter auszubauen. Das ist ein ganz entscheidender Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um dort den Eltern auch ein Stück Sicherheit in der Betreuungssituation geben zu können.

Ich möchte zum Schluss noch einmal betonen: Mir liegt immer sehr daran, dass wir den Bereich der Kindertagesbetreuung auch als Standortfaktor in den Blick nehmen. Das ist ein wichtiger Faktor für junge Familien bei der Frage, wo siedeln sie sich an. Es ist ein wichtiger Faktor, der mittlerweile auch deutlicher von der Wirtschaft in den Blick genommen wird, weil die Wirtschaft erkannt hat, sie braucht qualifizierte, junge Arbeitskräfte, insbesondere junge Frauen, die sie in den spezifischen Bereichen auch halten muss und will in den Betrieben und in der Wissenschaft insbesondere. Da ist auch viel in Bewegung gekommen zum Beispiel durch betriebsnahe Kindergärten. Ich bin mir sicher, dass wir trotz aller Schwierigkeiten das, was wir erreicht haben in den letzten Jahren, Stück für Stück fortsetzen werden und auch müssen, das sage ich ganz klar, und dass wir in diesen Anstrengungen auch nicht nachlassen werden. Das ist ein ganz wichtiger Bereich, Kinder von Anfang an zu fördern und zu bilden, und wir werden gemeinsam, denke ich, an vielen Stellen noch weiter darüber diskutieren. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über das Ortsgesetz abstimmen.

Wer das Ortsgesetz zur Neuregelung der Kostenbeteiligung bei Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/488 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle Einstimmigkeit fest. Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 44 vom 14. März 2006

(Drucksache 16/485 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petition S 16/372 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, das war der letzte Tagesordnungspunkt für heute.

Ich bedanke mich, schließe die Sitzung und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend.

(Schluss der Sitzung 18.12 Uhr)